taz die tageszeitung
montag
28. januar 2019

Kommentar von **Malte Kreutzfeldt** zur Einigung der Kohlekommission

Mehr Druck ist hilfreich

Die Kritik der derzeit bekanntesten Klimaaktivistin fällt vernichtend aus: „Schändlich und unakzeptabel“ sei es, dass Deutschland noch bis 2038 Kohlekraftwerke betreiben will, urteilte die schwedische Schülerin Greta Thunberg, die die Schulstreiks für das Klima initiiert hat. Auch deutsche KlimaaktivistInnen lehnen den Konsens ab.

Diese Skepsis ist nachvollziehbar. Denn klare Gewinner des Deals sind die Bundesländer, in denen die Braunkohlereviere liegen. Sie dürfen sich in den nächsten zwanzig Jahren über viele zusätzliche Milliarden für den notwendigen Strukturwandel freuen. Auch die Gewerkschaften haben ihr Ziel einer guten Absicherung der Beschäftigten erreicht. Ob auch das Klima am Ende zu den Gewinnern gehört, bleibt dagegen offen.

Konkret und positiv sind nur die kurzfristigen Festlegungen für die Zeit bis 2022: Bis dahin sollen nach dem Plan der Kommission so viele zusätzliche Kohleblöcke vom Netz gehen, dass das Klimaziel für 2020 zumindest mit etwas Verspätung halbwegs erreichbar scheint. Und weil die ersten Braunkohlekraftwerke im Rheinland abgeschaltet werden, können dort sowohl der Hambacher Wald als auch ein Teil der bedrohten Dörfer gerettet werden.

Die mittelfristigen Pläne bis 2030 fallen dagegen leider schwammiger aus. Da auf verbindliche Zwischenziele verzichtet wurde, steht nicht fest, wann wie viele Kraftwerke vom Netz gehen. Auch das Ende der Kohlenutzung im Jahr 2038 bleibt weit hinter dem zurück, was möglich und für das 1,5-Grad-Ziel nötig wäre.

Trotz der ungleichen Erfolge scheint es insgesamt aber vernünftig, dass die Umweltverbände diesem Ergebnis zugestimmt haben. Zum einen ist es in diesen Zeiten, in denen die öffentliche Debatte in vielen Bereichen immer aggressiver und unsachlicher wird, schon ein Gewinn an sich, wenn sich so unterschiedliche Akteure wie Industrieverbände, Umweltgruppen und Gewerkschaften nach langen Verhandlungen auf einen gemeinsamen Kompromiss einigen können.

Zum anderen findet der Einstieg in den Kohleausstieg mit dieser Einigung nun definitiv schneller statt als ohne ihn. Das verbessert die deutsche Klimabilanz deutlich – kurzfristig und dauerhaft. Und die mittel- und langfristigen Ziele können, sofern sie sich durch immer günstigere erneuerbare Energien und steigende CO_2-Preise nicht von allein nach vorne verschieben, auch im Rahmen dieses Konsenses noch weiter verschärft werden.

Dass Basisbewegungen wie Ende Gelände oder die streikenden SchülerInnen den Kompromiss ablehnen und weitere Proteste ankündigen, ist angesichts der klimapolitischen Schwächen nicht nur nachvollziehbar, sondern hilfreich. Denn der Beschluss der Kohlekommission ist ein guter Start für den weiteren Prozess – nicht weniger, aber auch nicht mehr. Bis zum tatsächlichen Ende der Kohlenutzung wird noch viel gesellschaftlicher Druck erforderlich sein.

Und noch ’ne **Schippe** druff!

Bis 2038 dürfen deutsche Kohlekraftwerke weiter das Klima aufheizen. Zudem gibt’s Milliarden für die Kohleregionen. AktivistInnen geht der Deal der Kohlekommission nicht weit genug. Warum haben die Umweltverbände ihm dennoch zugestimmt?
3

Werden voraussichtlich noch weitere 19 Jahre in Kraftwerken verheizt: Braunkohle-Briketts
Foto: Wolfgang Maria Weber/ TV-yesterday

Ausgabe Berlin
Nr. 11843
€ 2,30 Ausland
€ 1,80 Deutschland
4 190254 801808 10605

Die taz wird ermöglicht durch

18.660

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13

Aboservice: 030 | 25 90 25 90
fax 030 | 25 90 26 80
abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325
anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22
kleinanz@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0
fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
taz
Postfach 610229, 10923 Berlin
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune
www.taz.de

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Gut, dass wir den Scheuer haben. Der Mann weiß einfach, wie man die Sorgen der Automobillobby ernst nimmt, Porsche fahrende Raser an seine Partei bindet und die EU obendrein als Gefahr für die nationale Vernunft darstellt. In der *Bild am Sonntag* sagte Scheuer, wir müssten endlich „die masochistische Debatte“ über angeblich zu hohe Feinstaub-Grenzwerte beenden. Sehr vernünftig, meint *verboten,* versteht aber nicht, warum Masochismusgegner Scheuer immer noch

in der CSU ist!

Tod durch Missionierung

Ein US-Amerikaner kommt im Indischen Ozean ums Leben. Inselbewohner töten ihn mit Pfeilen, weil er sie zum Christentum bekehren will. Seine evangelische Kirche macht ihn nun zum Märtyrer
13

#

#NoWallEver
von Eléonore Roedel

11

das portrait

Foto: imago

Konkurrenz der Polit-Symbole: Jetzt tritt ***der rote Schal*** *gegen die gelbe Weste an*

Rot gegen Gelb. Es geht nicht um die Leibchen gegnerischer Fußballmannschaften, die Abgrenzung ist vielmehr politisch gemeint. Die Leute, die am Sonntag mit rotem Halstuch im regnerischen Paris vom Platz der Nation zur Bastille marschierten, demonstrierten gegen die Gelbwesten. Ihr knallroter Schal soll ebenso ein Symbol werden wie die Warnweste, von der Karl Lagerfeld, elegant mit Fliege auf dem Foto wie immer, in einer Werbung für die Unfallverhütung im Straßenverkehr einmal gesagt hatte: „Sie ist gelb, sie ist hässlich und passt zu gar nichts, aber sie kann dein Leben retten."

Wer zuerst die Idee hatte, die Warnweste zum Symbol eines sozialen Aufstands gegen die Arroganz der Staatsmacht zu erklären, ist unklar. Vielleicht kam das ganz spontan, weil es ratsam war, bei den organisierten Blockaden auf den Kreiseln mit der fluoreszierenden Weste gut sichtbar zu bleiben. Jeder Automobilist hat seine gelbe Weste, die auch für Straßenfeger und andere Arbeiter zur täglichen Arbeitskleidung gehört und jetzt zudem eine soziale Zugehörigkeit signalisiert.

Wie aber kamen die Gegner der Gelbwesten auf die Idee, ausgerechnet das rote Halstuch als Erkennungszeichen zu wählen? Im Straßenverkehr, um den es ja ursprünglich wegen der hohen Treibstoffpreise ging, signalisiert diese Farbe, stoppen zu müssen. Und mit ihrer Demonstration wollen die Foulards rouges nun einer Bewegung Einhalt gebieten, die nach ihrem Geschmack längst zu weit gegangen ist und eine Gefahr für die Allgemeinheit darstellt. Schwarz oder Braun als Gegenfarbe wäre kein gutes politisches Signal gewesen, Grün ist bekanntermaßen auch schon besetzt.

Aber ausgerechnet das traditionell links beheimatete Rot als Farbe der Reaktion, als Fahne für den Ruf nach Ruhe und Ordnung? Das rote Halstuch der Sonntagsdemonstranten gegen die Samstagsgewalt der Gelben – es leuchtet wie ein rotes Tuch in einer Arena! Die „roten" Linksparteien und Gewerkschaften, die aus Angst vor unklaren Zielsetzungen und rechten Misstönen bei den Protesten der Gelbwesten auf Distanz blieben, müssen sich jetzt herausgefordert fühlen. Millionen, die unter roten Fahnen, die Internationale singend, gegen die kapitalistische Herrschaft gekämpft haben, muss sich der Magen umdrehen.

Ob dieser Versuch eines ideologischen Diebstahls funktionieren kann? Mehr als nur ein braver Bürger, der gewiss Lust hätte, im Namen einer konservativen schweigenden Mehrheit gegen die Krawalle und Unruhestifter auf die Straße zu gehen, dürfte zögern, sich dazu jetzt ausgerechnet als „Roter" zu verkleiden.

Die Macron-Fans, die ihren gewählten Präsidenten und mit ihm die Demokratie schlechthin gegen die Bewegung von Wutbürgern verteidigen wollen, haben ohnehin ein Problem mit dem Farbspektrum: Als Kandidat, der sich vorgenommen hatte, rechts, links und die politische Mitte gleichermaßen anzusprechen, schillert er bis jetzt unklar – und farblos. Seine demonstrierenden Anhänger wollen dem nun abhelfen. Bleibt die Frage: Ist Macron rot vor Scham oder vor Wut? *Rudolf Balmer, Paris*

taz blogs
taz geht auch anders
Die Blogs sind erfrischend, kurz, lang, schräg und eigensinnig: taz.de/blogs

die nachricht

Verkehrsminister setzt auf Datenflut gegen Stau

Deutschlands Städte und Straßen sind voll von Autos. Um das Verkehrschaos in den Griff zu bekommen, will Minister Andreas Scheuer jetzt möglichst viel über die Fahrer*innen wissen

Das Neue
Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer will keine Limits, weder beim Tempo auf der Autobahn noch beim Einsatz von Mobildaten. In einem Bericht der *Bild am Sonntag* schlug der CSU-Politiker nun vor, sich des Kampfes gegen Staus in Städten anzunehmen und dafür die persönlichen Bewegungsdaten der Autofahrer*innen zu nutzen. „Wenn viele Nutzer ihre persönlichen, anonymisierten Mobilitätsdaten zur Verfügung stellen würden, könnten Städte die Verkehrspolitik besser planen, sodass die Menschen weniger im Stau stehen. Die Bürger müssen dem Staat dabei vertrauen." Sein Ziel: bessere Mobilität und saubere Luft.

Der Kontext
Der Verkehrsminister ist nicht der Erste, der auf die Idee kommt, mithilfe etlicher persönlicher Daten der Autofahrer*innen ein Verkehrschaos zu verhindern. Experimentiert hat damit bereits das Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation gemeinsam mit der Stadt Stuttgart. Dafür hat das Institut mit Telefónica Deutschland zusammengearbeitet. Das Unternehmen hat für die Erhebung anonymisierte Mobilfunkdaten zur Verfügung gestellt. Diese Daten entstehen, wenn die Nutzer*innen telefonieren oder im Netz surfen und die Geräte mit den Mobilfunkzellen kommunizieren. Aus diesen Informationen können dann Bewegungsprofile erstellt werden. Dass es sich dabei um anonyme Daten handelt, hat für die Fraunhofer-Studie der TÜV Saarland sichergestellt. Es sollten keine Bezüge zu Einzelpersonen hergestellt werden können.

Einen weiteren ähnlichen Vorstoß gab es zudem im vergangenen Jahr vom Städte- und Gemeindebund. Damals forderte deren Hauptgeschäftsführer, Gerd Landsberg, die Kommunen auf, in den Handel mit Daten einzusteigen. Ihm ging es weniger um Bewegungsprofile als vielmehr um Lärmwerte, Messergebnisse zur Feinstaubbelastung und um demografische Informationen. Die Kommunen sollten diese Daten für sich nutzen und damit die Bedürfnisse der Bevölkerung stillen. Aber sie sollten die Daten auch an Privatfirmen verkaufen, zum Beispiel an Immobilienanbieter oder Transportunternehmen.

Die Reaktionen
Die Datenverkaufsidee der Kommunen ist vor allem bei Datenschützer*innen auf harte Kritik gestoßen. Denn über Bewegungsdaten lassen sich leicht Rückschlüsse auf konkrete Personen ziehen und damit auch eindeutig zuordenbare Profile erstellen. Die Reaktionen der Datenschützer*innen sind also auch jetzt im Fall Scheuer erwartbar. Allerdings geht seine Anti-Stau-Idee derzeit im Wirbel um Tempolimits und die Kritik von Lungenärzten an den Stickoxid-Werten beinahe unter.

Die Konsequenz
Stau hin oder her: Nimmt die Mobildatenabfrage Form an, wird Scheuer erklären müssen, wie er den Schutz persönlicher Daten der Autofahrer*innen gewährleisten kann. Gute Argumente könnte die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) liefern. Sie sieht klare Grenzen bei der Speicherung von Daten vor. *Tanja Tricarico*

taz sachen

Nächstes Mal mehr Tiki-Taka!

Die Routiniers des taz Panter FC waren nicht zufrieden. „Da wäre mehr drin gewesen", analysierte Teamchef René Hamann, und Sturmspitze Pascal Beucker beklagte den Mangel an Chancenverwertung. Zusammengefasst: erst Pech, dann kein Glück und klar: alle mehr laufen, mehr verschieben, mehr Tiki-Taka – das Übliche halt.

Als Erstteilnehmer beim Hallen-Entertainment-Cup der Medienliga Berlin-Brandenburg in der Soccer-World Berlin-Marienfelde konnte man diesem Samstag aber durchaus Positives abgewinnen – und nicht nur deswegen, weil der Berliner Schmuddelwinter Outdooraktivitäten ohnehin mal wieder wenig attraktiv erscheinen ließ. Gingen die taz Panter etwa nicht gleich im ersten Spiel gegen die Kollegen von der Yorck-Kino-Gruppe in Führung? War das dann nicht vielleicht eine höchst unglückliche 2:3-Niederlage am Schluss? Und hätten wir nicht mindestens ein weiteres Spiel mindestens mit einem Unentschieden abschließen müssen?

Wir kommen aber wieder, keine Frage, gerade jetzt, wo die Moderatoren auch aufs Laufende gebracht wurden, dass unser kleines Medienhaus nicht mehr in der Rudi-Dutschke-Straße zu Hause ist, sondern in der Friedrichstraße residiert – „Dit ham sie sich von ihren Genossen bezahlen lassen". Und von wegen „zu Hause sein": Die Hallenwände der Soccer-World schmücken einträchtig die Fahnen von Deutschland und der Türkei, von Berlin und Hertha BSC sowie die vieler anderer Länder. Auch die palästinensische Fahne ist zu sehen. Eine aber fehlt: die von Israel. Da geht noch was – wie bei uns Pantern. *(waam)*

im auge behalten

Die SPD will ein neues eigenes „Geschichtsforum" einrichten. Das Gremium solle der Sozialdemokratie „neue Impulse" geben und die Partei „anschlussfähig für intellektuelle Diskurse machen", sagte der SPD-Schatzmeister und Beauftragte für Historische Fragen, Dietmar Nietan, jetzt dem „Tagesspiegel". Erst im Sommer 2018 hatte die SPD ihre „Historische Kommission" aufgelöst, die 1981 noch unter dem Parteivorsitz von Willy Brandt gegründet worden war und in der sich HistorikerInnen nicht nur mit der 155-jährigen Parteigeschichte auseinandersetzten, sondern auch mit heutigen politischen Prozessen. Sparmaßnahmen waren der offizielle Grund für die Schließung im vergangenen Jahr, zahlreiche SPD-AnhängerInnen hatten dagegen protestiert. *(dpa)*

die these des tages

„Viele heiraten, weil sie jemanden brauchen, der sie pflegt und vögelt und in den Arm nimmt, ohne jedes Mal dafür bezahlen zu wollen – sondern als Flatrate quasi."

Fatma Aydemir über die verlogene Aufregung um sogenannte Scheinehen
14

Die Bildergeschichte Avenida Revolución (1/5)

Tijuana im Januar, an einem Imbissstand auf der Vergnügungsmeile, der „Straße der Revolution". Während die mexikanische Grenzstadt als Schauplatz des Drogenkrieges und von Flüchtlingsdramen in den Schlagzeilen ist, kommen jährlich Millionen Tourist*innen zu Besuch. Foto: Spencer Platt/getty images

Besser schlecht als gar nicht

Sie haben gekämpft, aber längst nicht alle Ziele erreicht. Dennoch stimmen die Umweltverbände dem Konsens der Kohlekommission und damit dem Ausstieg aus der Kohleverstromung erst im Jahr 2038 zu – anders als viele AktivistInnen

Aus Berlin **Malte Kreutzfeldt**

Anstrengend dürfte es für alle Beteiligten gewesen sein. Am Freitagmorgen pünktlich um 8 Uhr hatten sich die 28 Mitglieder der Kohlekommission mit ihren MitarbeiterInnen und den Gästen aus der Politik im festlichen Ludwig-Erhard-Saal im Bundeswirtschaftsministerium versammelt. Nur in den ersten Minuten war die Presse dabei und durfte beobachten, wie sich alle freundlich begrüßten. Dann folgten 21 Stunden mit viel Kaffee, Schnittchen, Pizza vom Bringdienst – und extrem harten Verhandlungen.

Doch niemand stand in der Nacht vor so schweren Entscheidungen wie die drei Vertreter der Umweltverbände. Denn viele Trophäen waren schon im Vorfeld verteilt worden: Die Bundesländer hatten ihre Strukturhilfen durchgesetzt, die Konzerne ihre Entschädigungen, die Gewerkschaften die Absicherung für die Kohlekumpel. BUND-Chef Hubert Weiger, Greenpeace-Geschäftsführer Martin Kaiser und Kay Niebert, Präsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR), hatten bis zum Beginn der finalen Sitzung für ihre Mitglieder hingegen noch nichts herausgeholt.

Die aus ihrer Sicht entscheidenden Frage, wann welche Kraftwerke abgeschaltet werden, war bis zuletzt offen geblieben. Und sie hatten sich im Vorfeld weit aus dem Fenster gelehnt. „Im Jahr 2030 muss der Kohleausstieg abgeschlossen sein", hatte Kaiser noch kurz vor der letzten Sitzung verkündet. „Nur so kann Deutschland seine Klimaziele erreichen."

Am Samstagmorgen um kurz vor fünf steht fest: Das letzte deutsche Kohlekraftwerk geht nicht 2030 vom Netz, wie die Verbände öffentlich gefordert hatten, und auch nicht in der ersten Hälfte der 2030er Jahre, wie sie insgeheim gehofft hatten. Sondern 2038. Oder – falls eine Überprüfung im Jahr 2032 ergibt, dass es nötig und möglich ist – auch schon 2035. Trotzdem haben die Umweltverbände dem Ergebnis zugestimmt.

Wenige Stunden später verteidigen ihre erschöpften Vertreter diese Entscheidung vor der Bundespressekonferenz. „Der Durchbruch ist uns gelungen", sagt DNR-Präsident Niebert. „Das Ergebnis ist ein Mut machendes Signal", meint Weiger. Und auch Greenpeace-Mann Kaiser ist sichtbar müde, aber zufrieden: „Das Industrieland Deutschland steigt aus der Kohleverstromung aus."

Das Enddatum halten sie zwar für deutlich zu spät, und auch den Verzicht auf verbindliche Zwischenziele für die Zeit zwischen 2022 und 2030 kritisieren sie scharf. Diese Haltung wollen sie in einem gemeinsamen Sondervotum zum Bericht festhalten. Dass sie trotzdem zugestimmt haben, liegt vor allem an der ersten Phase des Ausstiegs. Bis zum Jahr 2022 geht im Vergleich zu 2017 etwa ein Drittel der Kohlekapazität vom Netz. Ein Teil davon war bereits vorher beschlossen. Zusätzlich stillgelegt werden sollen Steinkohlekraftwerke mit einer Leistung von rund 4 und Braunkohlekraftwerke mit 3 Gigawatt.

Das entspricht etwa sechs mittleren Braunkohleblöcken. Welche das sein werden, hat die Kommission nicht explizit festgelegt. Doch weil mit dem Ausstieg im Westen und mit den ältesten Kraftwerken begonnen werden soll, ist ziemlich klar, auf welche es hinauslaufen wird: Die vier älteren am Standort Neurath und dazu zwei bis drei Blöcke in Niederaußem. Weil alle diese Kraftwerke aus den Tagebauen Hambach und Garzweiler II beliefert werden, sagen die Umweltverbände: „Damit ist der Hambacher Wald gerettet, und ein großer Teil der Umsiedlungen kann ebenfalls vermieden werden", so Greenpeace-Geschäftsführer Kaiser. Im Abschlusstext selbst steht das nicht so explizit. Da heißt es nur, die Kommission halte den Erhalt des seit Jahren von Klima-AktivistInnen besetzten und juristisch umkämpften Waldstücks für „wünschenswert" und schlage zudem einen neuen „Dialog um die Umsiedlungen" vor. Doch auch Tagebau-Betreiber RWE, der einen Erhalt des Hambacher Walds bisher für technisch ausgeschlossen erklärt hatte, sagt nun, man sehe den Wunsch der Kommission kritisch, sei aber gesprächsbereit.

> Der Erhalt des Hambacher Walds wird durch den Konsens zwar wahrscheinlicher. Sicher ist er aber noch nicht

Dass der Hambacher Wald gerettet ist, davon sind viele KlimaaktivistInnen nicht überzeugt. „Was mit dem Hambi und den Dörfern passiert, ist unklar", so Nike Mahlhaus vom Bündnis Ende Gelände, das in den letzten Jahren Aktionen gegen die Braunkohle organisiert hatte. Für sie steht fest: „Was die Kohlekommission vorlegt, ist kein Konsens." Ende Gelände will darum weiter protestieren. Auch von VertreterInnen der streikenden SchülerInnen kam scharfe Kritik. Linus Steinmetz, der der Kommission am Freitag noch einen offenen Brief überreicht hatte, nannte die Einigung auf Twitter einen „Verrat an uns Jugendlichen" und kündigte an, die Streiks würden fortgesetzt.

Protest kam auch von der Grünen Liga. In der Lausitz sollten „Steuermilliarden praktisch ohne Gegenleistung fließen", kritisierte der aus der ostdeutschen Umweltbewegung hervorgegangene Verband. Die Vertreterin der Lausitzer Tagebaubetroffenen, Hannelore Wodtke, hatte darum als einziges Mitglied der Kommission gegen den Abschlussbericht gestimmt.

Auch Greenpeace und BUND halten weitere Proteste für notwendig, um den Kohleausstieg zu beschleunigen. In der Kommission sei aber nicht mehr durchzusetzen gewesen, heißt es. Zwar gab es mit einer zehnköpfigen „Klimagruppe", zu der neben Umweltverbänden und Regionalvertreterinnen auch Wissenschaftler und Verbandsvertreter gehörten, innerhalb der achtundzwanzigköpfigen Kommission zunächst eine Sperrminorität. Damit konnten einige Forderungen von Industrie und Gewerkschaften abgewehrt werden. Nachdem jedoch einzelne Mitglieder dieser Gruppe in der Nacht zu Samstag signalisiert hatten, mit dem letzten Kompromiss leben zu können, hätte ein Nein der Umweltverbände die Entscheidung nicht mehr aufhalten können.

Weil das Papier im Vergleich zum Status quo viele Vorteile bringe und der weitgehende Konsens die Umsetzung durch die Politik wahrscheinlicher mache, habe man sich am frühen Morgen zur Zustimmung entschieden, hieß es. Nicht nur für Greenpeace-Chef Kaiser war das nach eigenen Worten „eine extrem schwierige Entscheidung". Man hoffe, dass die Basis die Entscheidung verstehe. „Wir wollten nicht den Lindner machen", sagt DNR-Präsident Niebert unter Anspielung auf den Abbruch der Jamaika-Verhandlungen nach der Bundestagswahl 2017. „Schlechter Klimaschutz ist besser als gar kein Klimaschutz."

Fühlen sich verkohlt: Umweltaktivist*innen sind mit dem Ergebnis der KoKo nicht zufrieden Foto: Florian Boillot/RubyImages

Die Ergebnisse

Das Gremium Die Kommission mit 28 stimmberechtigten Mitgliedern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden sollte seit Juni 2018 im Auftrag der Bundesregierung ein Konzept für den Kohleausstieg erarbeiten. Am Samstagmorgen hat das Gremium seinen Abschlussbericht vorgestellt, der mit nur einer Gegenstimme beschlossen wurde und folgende Vorschläge enthält:

Geld für Strukturwandel Die Bundesländer, in denen die Braunkohlereviere liegen, erhalten in den nächsten 20 Jahren insgesamt 40 Milliarden Euro, um neue Jobs zu schaffen – durch den Ausbau der Infrastruktur, die Ansiedlung von Bundesbehörden und Investitionsanzreize für Unternehmen.

Sicherheit für Beschäftigte MitarbeiterInnen der Tagebaue und Kraftwerke sollen finanzielle Unterstützung erhalten, wenn sie vorzeitig in den Ruhestand gehen oder sich für neue Jobs weiterqualifizieren. Die Kosten werden auf 5 Milliarden Euro geschätzt. Die Betreiberkonzerne sollen zumindest bei Abschaltungen vor 2030 eine Entschädigung bekommen. Die genaue Höhe bleibt im Bericht offen.

Fahrplan für den Ausstieg Bis 2020 soll etwa ein Drittel der Kapazität der Kohlekraftwerke stillgelegt sein. Bei der Braunkohle ist davon vor allem das rheinische Revier betroffen. Bis 2030 soll sie um insgesamt 60 Prozent sinken – ohne konkrete Zwischenziele, aber möglichst stetig. Das letzte Kraftwerk soll 2038 vom Netz gehen, falls möglich, auch schon 2035.

Konsens der KoKo: kein Knaller fürs Klima

Der Kompromiss verfehlt die Ziele des Pariser Abkommens, sagen Experten. Beim „Klimagesetz" müssen jetzt Verkehr und Gebäude mehr CO_2 einsparen

Von **Bernhard Pötter**

Für Ronald Pofalla, den Chef der „Kohlekommission", ist das Ergebnis nicht nur ein „historischer Kraftakt", sondern auch ein guter Kompromiss. Der Vorschlag der Kommission, so Pofalla am Samstagmorgen, sichere Arbeitsplätze, eine bezahlbare Energieversorgung und „nachhaltigen Klimaschutz". Am letzten Punkt aber zweifeln Klimaexperten und Ökonomen. Denn diese Pläne zum deutschen Kohleausstieg reichen nach ihren Analysen nicht für Deutschlands Anteil am 1,5-Grad-Ziel und organisieren den Ausstieg zu langsam. „Der deutsche Kohleausstiegsplan verfehlt die Anforderungen des Pariser Abkommens", twitterte der Thinktank Climate Analytics, der die Leistungen der Staaten beim Klimaschutz misst und bewertet. Denn wenn Deutschland, immerhin weltweit sechstgrößter Verschmutzer bei CO_2-Emissionen, helfen wolle, den Klimawandel bis 2100 auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, müssten die Kohlemeiler schon bis 2030 stillgelegt werden.

Einen „gefährlichen Präzedenzfall" sieht Climate Analytics darin, dass der Ausstieg bis 2038 Zeit hat. Deutschland sei damit unter den EU-Staaten isoliert, die bislang das Kohle-Aus verkündet haben – und könnte Ländern wie Polen als Rechtfertigung dienen, am dreckigen Brennstoff festzuhalten. Unter den Aussteigern sind Belgien und Frankreich (2020), die allerdings deutlich weniger auf Kohle angewiesen sind als Deutschland. Immerhin hat aber auch Großbritannien den Ausstieg bis 2025 verkündet.

Auch andere Experten äußern Zweifel. So könnten sich andere Länder kaum 40 Milliarden Euro an Strukturhilfen und Entschädigungen für den Ausstieg leisten, moniert Brigitte Knopf vom Mercator Institut MCC. So richtig Staatsgeld für Regionen und Arme sei, so „fragwürdig" seien Entschädigungen für Unternehmen, sagt etwa Niklas Höhne vom NewClimate Institute. Die Analysten von Carbon Tracker wiederum weisen darauf hin, dass die deutsche Volkswirtschaft bis zu 12 Milliarden Euro sparen könnte, wenn das Kohle-Aus bis 2030 käme. Denn bereits 2018 hätten 44 Prozent der deutschen Kohlekapazität Verluste geschrieben, meint Sebastian Ljungwaldh. „Alle deutschen Kohlekraftwerke werden bis 2030 wegen steigender Preise für CO_2-Zertifikate und Umweltauflagen nicht mehr rentabel sein."

Der Kompromiss der Kohlekommission erhöht auch den Druck auf die anderen Ressorts in der Bundesregierung, endlich effektive Pläne zum Klimaschutz vorzulegen. Denn in diesem Jahr will die Koalition ein „Klimaschutzgesetz" vorlegen. In einem Rahmengesetz sollen dafür die Klimaziele für die Sektoren Energie, Industrie, Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft festgeschrieben werden, die sich am „Klimaschutzplan 2050" orientieren.

Mit dem Kommissionsbericht liegt nun ein Vorschlag für die Energiewirtschaft auf dem Tisch, wie ihr Ziel (minus 61 bis 62 Prozent gegenüber 1990) bis 2030 zu schaffen wäre. Bisher hat nur das Agrarministerium ein Konzept vorgelegt, das allerdings noch verbessert werden muss. Für die Bereiche Industrie (Vorgabe: minus 51 bis 49 Prozent), Gebäude (minus 67 bis 66 Prozent) und Verkehr (minus 42 bis 40 Prozent) haben die Ressorts noch nichts geliefert, auch wenn Ende 2018 eigentlich Abgabeschluss war.

Manche Ressorts hatten gehofft, wenn die Energiewirtschaft mehr liefere, hätten sie selbst mehr Luft und müssten keine zu ehrgeizigen Pläne machen. Diese Hoffnung ist nun verpufft. Deshalb soll das Rahmengesetz zum Klimaschutz auch regeln, wer die Strafzahlungen aufzubringen hat, wenn die Klimaziele verfehlt werden. Denn gerade etwa im Verkehr, wo es seit 1990 sogar eine Steigerung der Emissionen gab, drohen ab 2021 Strafzahlungen an die EU, wenn die Klimaziele verfehlt werden. Geht es nach dem Umweltministerium, soll dafür das Verkehrsressort aufkommen.

> Ein Ausstieg bis 2030 könnte Deutschland 12 Milliarden Euro sparen, meinen Analysten

Aber selbst wenn die Bundesregierung diese ehrgeizigen Ziele aus dem Klimaschutzplan erreicht, führt das 2030 zu 55 Prozent weniger CO_2-Emissionen. Das allein wäre eine Kraftanstrengung der deutschen Volkswirtschaft – aber immer noch nicht genug. Denn der Plan beruht auf EU-Zielen zum Klimaschutz, die nur auf ein Klimaziel von 2 Grad zielen. Um 1,5 Grad anzupeilen, wie im Pariser Abkommen vereinbart, müssen alle Staaten beim Klimaschutz ihre Anstrengungen noch einmal steigern. Auch Deutschland.

Des Brexits bittere Pillen

Kommt der ungeregelte Austritt, drohen den Briten Versorgungsengpässe. Wie sich Pharma-Unternehmer rüsten und was Apotheker Ahmed fürchtet

Aus London **Daniel Zylbersztajn**

Muss immer mehr draufzahlen: Mehmed Ahmed in seiner Apotheke Foto: Daniel Zylbersztajn

Leider ist dieses Medikament aus", bedauert der Pharmazeut einer kleinen Londoner Apotheke und bietet der älteren Frau mit ihrem Rezept an, dennoch einmal nachzusehen, was sich machen lässt. „Ein derartiger Arzneimangel kommt derzeit immer häufiger vor", erklärt der Apotheker der Kundin, die mit ihrem Sohn gekommen ist. „Vielleicht ist es wegen des bevorstehenden Brexits", sagt er.

Wenn bis vor dem 30. März zwischen Großbritannien und der Europäischen Union kein Abkommen geschlossen wird, das die Übergangszeit nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs reguliert, könnte es beim In- und Export aller möglichen Güter zu Schwierigkeiten kommen, so die Befürchtung vieler Briten. Das gilt nicht nur für Lebensmittel und Industriegüter, sondern eben auch für Arzneimittel. Jedes Jahr werden 1 Milliarde Arzneimittelpackungen zwischen Großbritannien und der übrigen EU ausgetauscht. Drei Viertel dieser Medikamente und die Hälfte aller anderen medizinischen Produkte werden derzeit aus anderen EU-Staaten importiert. Das wird sich auch nach dem Brexit nicht so schnell ändern. Das britische Ministerium für den Austritt aus der EU gibt sich dennoch zuversichtlich, dass im Fall eines ungeregelten Brexits trotzdem alles glatt über die Bühne gehen wird, zumindest was Medikamente betrifft.

Das britische Gesundheitsministerium forderte bereits im August 2018 die gesamte Pharmaindustrie auf, Arzneimittel für einen Mindestbedarf von sechs Wochen aufzustocken. Sollte es nach einem Austritt zu Problemen kommen, gäbe es so einen kurzfristigen Puffer.

Die britische Regierung hat zusätzlich selbst damit begonnen, Medikamente zu lagern. 11 Millionen Pfund stehen dafür zur Verfügung. Zyniker sprechen wegen solcher Kosten vom Ende aller groß verkündeten finanziellen Vorteile des Austritts. Doch als letztendlich für die Gesundheit ihrer Bürger verantwortliche Instanz kann die Regierung in Fragen der medizinischen Versorgung solchen Sicherheitsmaßnahmen nicht aus dem Weg gehen.

Die japanische Pharmagruppe Eisai stellt Medikamente zur Bekämpfung von Epilepsie her. Ihr europäischer Hauptsitz liegt in Hatfield am nördlichen Rande Londons: ein moderner, mit Bäumen bestandener Bürokomplex. In einer hoch gebauten Lagerhalle erklärt der 46-jährige Verantwortliche Martin Day, dass das Gebäude noch nie so voll gewesen sei wie derzeit. „Ja, das ist wegen des Brexits", bestätigt der Mann in gelb-grüner Sicherheitsweste und zeigt auf die Paletten, die sich meterhoch nach oben ziehen „Wir verpacken die einzelnen Ladungen jetzt viel enger und kompakter, um Platz zu sparen", sagt er. Sein Team sei deswegen durchgehend beschäftigt – eine Bemerkung, die der stets hin und her fahrende Gabelstapler bestätigt. In der Halle herrscht Normaltemperatur, in anderen Gebäuden werden die Medikamente bei minus 70 Grad Celsius frisch gehalten.

David Jefferys, der Vizepräsident von Eisai, sagt, dass die Firma sich schon seit 18 Monaten im Brexitmodus befindet. Statt der vorher üblichen sechs Wochen baut Eisai einen sechsmonatigen Vorrat auf. „Arznei für Epileptik ist so spezifisch, dass wir für die Menschen, die darauf angewiesen sind, eine große Verantwortung tragen", sagt er. Auch Rohstoffe zur Weiterproduktion würden gelagert, damit bei Importverzögerungen die Herstellung nicht gestört wird. Und das sei noch nicht mal alles, erwähnt Jefferys.

Damit weiterhin Lizenzen in der EU angemeldet werden können, verlagerte Eisai ein Team nach Frankfurt und die medizinischen Tests nach Antwerpen. Ein Zurück schließt Jefferys auch im Fall eines geregelten Austritts Großbritanniens aus der EU aus. Die zusätzliche Lagerung und die neuen Büros in Belgien und Deutschland kosteten seine Firma inzwischen über 10 Millionen Euro, betont Jefferys. Ab März müsse das Unternehmen dann wahrscheinlich permanent doppelt für Lizenzen zahlen, einmal in der EU und einmal in Großbritannien. Denkt Eisai gar an eine Verlegung seiner Zentrale auf den Kontinent? „Nein", sagt Jefferys, „wir haben über die Jahre viel in unsere Präsenz hier und in Arbeitskräfte investiert." Und er ergänzt: „Wir hoffen sehr, dass es eine Einigung bezüglich einer geregelte Übergangsphase gibt, damit die Umstände für den britischen Markt so gut wie möglich bleiben."

„Wir hoffen sehr, dass es eine Einigung bezüglich einer geregelten Übergangsphase gibt"

David Jefferys, Vizechef der Pharmagruppe Eisai

Im Zuge der Loslösung von der EU hat Großbritannien eine ganze Reihe Vorbereitungen für den Pharmasektor getroffen. Neue Verträge mit den USA, Australien und Kanada regeln, dass weiterhin die für medizinische Zwecke notwendigen radioaktiven Isotope in das Land kommen können.

„Wir verpacken jetzt viel enger“: Martin Day in seiner angesichts des bevorstehenden Brexits mit Pharmazeutika voll gestopften Vorratshalle in London
Foto: Daniel Zylbersztajn

Apotheker sollen größere Freiheiten vom zentral gesteuerten nationalen Gesundheitsdienst (NHS) erhalten, um, bei Nichtverfügbarkeit gewisser Medikamente, rasch Alternativen finden zu können, die sie dann im Auftrag des Gesundheitsdienstes selbständig bestellen zu dürfen.

Damit Medikamente den befürchteten kilometerlangen Warteschlangen an den Kanalhäfen von Calais und Dover entgehen, hat man neue Transportrouten nach Großbritannien über alternative Häfen geplant. Arzneimitteltransporte sollen außerdem bevorzugt abgefertigt werden. Notfalls könnte es gar Sonderflüge mit dringend benötigten Medikamenten geben, um die Arzneimittelversorgung zu garantieren.

Diabetes-Patienten und Epileptiker in Sorge vor Engpässen

Nicht wenig also, um Engpässen zu entgehen. Doch Bridget Turner, Direktorin von Diabetes UK, dem Verband britischer Diabetiker*Innen, beruhigt Derartiges dennoch nicht. Es gebe zu wenige Einzelheiten über all diese Pläne, sagt sie am Telefon. „Insulin muss ununterbrochen verfügbar sein, da Diabetiker*Innen der Stufe I schon innerhalb weniger Stunden ohne Insulin schwer erkranken können. Sie können auch nicht einfach die Art oder Marke des Insulins, ohne schwerwiegende Gesundheitsfolgen in Kauf zu nehmen, wechseln“, erklärt Turner. Deshalb seien Diabetiker*innen zunehmend über die Situation besorgt – und das, obwohl Premierministerin Theresa May selbst insulinpflichtige Diabetikerin ist.

Auch der britische Epilepsie-Verband warnt. Vereinzelt hätten Betroffene inzwischen aus Furcht vor einer unregelmäßigen Versorgung nach dem Brexit damit begonnen, eigene medizinische Vorräte aufzubauen. „Allein das könnte bereits zu einem Arzneimangel führen“, sagt die Geschäftsführerin Clare Pelham. Auf Facebook gibt es inzwischen Gruppen wie „48 % Prepper“ mit über 7.000 Mitgliedern zum Austausch über das, was man zu Hause lagern sollte, um auf einen „No Deal Brexit“ vorbereitet zu sein.

Martin Sawer ist Geschäftsführer der Healthcare Distributon Association, der die Logistikunternehmen im britischen Gesundheitssystem vertritt. Er glaubt, dass die Regierung durch die Planung alternativer Routen für den „No Deal“ vorgesorgt habe. Mögliche Probleme nach einem ungeregelten EU-Austritt könnten auch aus ganz anderen Gründen entstehen. „Medikamente werden manchmal absichtlich vom Markt ferngehalten, um so ihren Wert zu steigern“, sagt er. So etwas könne beispielsweise passieren, wenn das britische Pfund nach dem Austritt weiter sinken sollte.

Mehmed Ahmed, ein privater Apotheker im Nordosten von London, steht in seiner Wollweste vor übervollen Regalen in seinem Geschäft. Ihn würde es nicht überraschen, wenn der Pharmahandel mit der Verfügbarkeit von Arzneimitteln üble Spielchen spielen würde. Der 48-Jährige vermutet, dass er bei einigen Medikamenten im Falle eines „No Deal“ sogar draufzahlen muss. Das sei auch jetzt schon manchmal der Fall. Verantwortlich für die Preisregulierung ist ein spezielles Komitee, das die Preise im Auftrag des Nationalen Gesundheitsdienstes abklärt. Schon derzeit bestehe ein Mangel bei rund 80 Produkten. Ahmed zeigt auf Naproxen, ein entzündungshemmendes Schmerzmittel, dass derzeit 45 Prozent teurer ist, als der Gesundheitsdienst es festgelegt hat. Nicht immer erhält der Apotheker die Mehrkosten zurückerstattet.

Ein Sprecher der Nationalen Apothekervereinigung (NPA) erklärte dazu, das Problem sei bekannt. „Der Mangel an bestimmten Medikamenten ist seit mehreren Monaten ein zunehmendes Problem, und der Brexit scheint die Situation noch verschärft zu haben“, heißt es in einer Stellungnahme des Apothekerverbands. Deshalb fordert er eine Erlaubnis, dass Apotheken untereinander Medikamente austauschen dürfen.

„Eigentlich wurde behauptet, dass die medizinische Versorgung aufblüht, denn der Nationale Gesundheitsdienst hat ja nun 350 Millionen Pfund extra“, bemerkt Ahmed in seiner Apotheke zynisch. Tatsächlich hatten vor dem Referendum Politiker, die den Brexit propagierten, die Information in die Welt gesetzt, Großbritannien könne nach einem Austritt zusätzliche 350 Millionen Pfund pro Woche für den Gesundheitsdienst ausgeben. So stand es auch auf einem roten Brexit-Werbebus, der inzwischen zum Symbol für die Lügenkampagne vor dem Referendum geworden ist.

Unmissverständlich gibt sich Mike Thompson, der Geschäftsführer des Verbands der britischen Pharmaindustrie ABPI: „Während wir so eng wie möglich die Situation eines ungeregelten Brexits vorbereiten, können wir nur betonen, dass ein ‚No Deal‘ eine extreme Herausforderung darstellen wird. Wir können nur hoffen, dass in der wenigen Zeit, die übrig bleibt, das Parlament über eine schnelle Lösung zum ‚No Deal‘-Engpass übereinkommen kann und so Patienten versichern kann, dass die Arzneimittelversorgung im März nicht gestört wird.“

Am Dienstagabend soll in Westminster wieder einmal über einen neuen Plan zum Austritt Großbritanniens abgestimmt werden. Worüber genau eigentlich abgestimmt werden soll, weiß derzeit noch niemand.

BMW macht erst mal Ferien vom Brexit

Autobauer BMW geht auf Nummer sicher. Nach dem voraussichtlichen Brexit am 30. März steht in seinen vier Werken in Großbritannien die Produktion still. „Wir haben unsere üblichen Wartungsperioden aufgrund des Brexits vorgezogen“, sagt eine BMW-Sprecherin. Sonst werden die Werke im Sommer auf Vordermann gebracht und Maschinen auf neue Modelle umgestellt, in diesem Jahr wird unter anderem die Fabrik in Oxford im April für vier Wochen geschlossen – unabhängig davon, ob es zu einem harten Brexit kommt oder nicht. „Wir haben uns so selbst Planungssicherheit geschaffen“, sagt die Sprecherin.

Rund 70.000 Unternehmen in Deutschland sind nach Angaben des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) vom Brexit betroffen. Ihnen drohen Lieferengpässe, Transportprobleme und zusätzliche Ausgaben in Milliardenhöhe. Bei einem harten Brexit werden nach den Regeln der Welthandelsorganisation von heute auf morgen Zölle auf Lieferungen zwischen Großbritannien und der Europäischen Union fällig – und damit zeitraubende Kontrollen an den Grenzen. Sollte das ausgehandelte Abkommen doch noch unterzeichnet werden, ändert sich für die Unternehmen bis Ende 2020 dagegen wenig. Danach würde ein Freihandelsabkommen alles Weitere regeln. Doch danach sieht es derzeit nicht aus.

Große Unternehmen wie BMW bereiten sich intensiv auf den Brexit in welcher Variante auch immer vor. Die Bayern haben die Lagerkapazitäten in den britischen Werken ausgeweitet und Vorräte angelegt – was bei der in der Autobranche üblichen „Just-in-time“-Fracht, also der Lieferung zeitlich passgenau zur Verarbeitung, eine große Herausforderung ist. Sollte es nach dem Brexit zu gravierenden Lieferverzögerungen kommen, funktioniert just in time nicht mehr. „Wir haben unsere Logistikketten abgesichert“, sagt die Sprecherin. Dazu hat der Automobilhersteller unter anderem seine LieferantInnen geschult. „Es geht darum, bei ihnen ein Bewusstsein zum Beispiel für Zollprozesse zu schaffen“, erklärt sie.

Die großen Konzerne in der Industrie und im Handel haben die Kapazitäten und das Geld, um sich auf verschiedene Varianten des Brexits vorzubereiten, auch wenn das mit massiven Belastungen verbunden ist. Das sieht bei mittleren und kleinen Firmen ganz anders aus, sagt Gregor Wolf, Leiter der Abteilung Außenwirtschaft beim Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA). „Ein substanzieller Teil der betroffenen Unternehmen in Deutschland scheint noch keine ausreichenden Vorkehrungen für den Brexit getroffen zu haben.“ Diese Firmen haben zum Beispiel ihre Lieferketten nicht geprüft und sichergestellt, dass sie auch nach einem harten Brexit die erforderlichen Vorprodukte erhalten. „Jeder hofft, dass es nicht so weit kommt“, sagt er. Viele Firmen schrecken davor zurück, Investitionen in ein Szenario zu stecken, das dann doch nicht eintritt.

Andere Unternehmen haben dagegen die Produktion von Großbritannien schon in andere Länder ausgelagert. Mit großen Unsicherheiten kämpft beispielsweise die Chemiebranche, da es zahlreiche ungeklärte Fragen etwa bei der Registrierung gibt. Aber auch andere Branchen sehen einer ungewissen Zukunft entgegen. Denn wie es mit der beidseitigen Anerkennung von Standards und Zertifizierungen weitergehen wird, ist unklar. Firmen, die sich jetzt noch mit dem Aufbau von Vorräten gegen den harten Brexit wappnen wollen, könnten bereits zu spät dran sein. Wolf: „Es fehlt an Lagerkapazitäten, sowohl zum Teil in Deutschland als auch in Großbritannien.“

Anja Krüger

Letztes Glied der Versorgungskette: britisches Apotheken-Symbol
Foto: Danny Lawson/ empics/ picture alliance

Arzneimittel-Agentur verlässt London: 900 Jobs weniger

Umzug nach Amsterdam Etwa zwei Monate vor dem geplanten Brexit hat die Europäische Arzneimittel-Agentur EMA in London ihre Türen für immer geschlossen. Damit gehen Großbritannien nach einem Bericht der Zeitung *The Guardian* etwa 900 Arbeitsplätze verloren. Die EU-Behörde verlagert ihren Sitz nach Amsterdam. Die EMA ist die Aufsichtsbehörde für Qualität und Sicherheit von Arzneimitteln. Der Umzug war wegen des bevorstehenden EU-Austritts nötig geworden.

Abschied von Europa Am Freitagabend wurden die 28 EU-Fahnen eingeholt und Abschiedsreden gehalten. „Das ist ein trauriger Tag für Großbritannien und ein großartiger Tag für die Niederlande“, sagte der Leiter der Wellcome-Stiftung, Jeremy Farrar, zu dem Umzug. Fast alle Mitarbeiter der EMA ziehen mit ihren Familien in die Niederlande um. *(dpa, taz)*

operation ostdeutschland

Union und SPD entdecken den Osten: Die CDU will am Montag beschließen, die Renten für Geringverdienende zu verbessern, mehr Geld in Schulen zu investieren sowie medizinische und pflegerische Dienste auszubauen. Auch für die SPD geht es um eine Operation Ostdeutschland: Sie setzt auf einen „Vorsprung Ost“ und will mehr Bundesbehörden, Forschungsinstitute oder Ausbildungsstätten für Bundespolizei oder Zoll dorthin holen. Das Wetter im Osten bleibt trotzdem erst mal grau.

Proteste gegen Paragraf 219a

Mehr als 5.000 Menschen gehen für Straffreiheit für Information über Abtreibungen auf die Straße

Aus Berlin Patricia Hecht

Als die weißen Luftballons zerstochen werden, auf denen „§ 219a“ steht, brandet Jubel auf. Vor der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin-Mitte zeigen PerfomerInnen, was sie von dem Paragrafen halten, der es ÄrztInnen verbietet, auf ihren Websites über Schwangerschaftsabbrüche zu informieren: gar nichts.

Wie in Berlin sind am Samstag in mehr als 30 Städten Menschen auf die Straße gegangen, um für die Abschaffung des Paragrafen zu demonstrieren. Nach Angaben des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung, das zum Aktionstag unter dem Motto „Keine Kompromisse!“ aufgerufen hatte, kamen bundesweit zwischen 5.000 und 6.000 Menschen zu Demos, Performances und Kundgebungen.

Diese richteten sich vor allem gegen ein Eckpunktepapier der Bundesregierung zum Paragrafen 219a, das im Dezember vorgestellt und scharf kritisiert worden war. Das Papier trage dazu bei, dass ÄrztInnen stigmatisiert und Schwangerschaftsabbrüche tabuisiert würden, sagte eine Sprecherin des Bündnisses am Samstag. Noch im Januar, hatte die Bundesre-

„Der 219a muss weg! Online-Informationen im ganzen Land!“

Annalena Baerbock, Grüne

gierung angekündigt, solle ein Gesetzesvorschlag zum Paragrafen auf dem Tisch liegen.

Nasskaltes Wetter und Regen dürften allerdings dazu beigetragen haben, dass die erwartete Beteiligung am Aktionstag eher nicht erreicht wurde: In Berlin waren laut dem Bündnis rund 700 Menschen bei der Kundgebung, laut Polizei waren es 300. In Bremen zählte die Polizei 150 Menschen, in Gießen sprach das Bündnis von rund 600, die Polizei von rund 400 TeilnehmerInnen.

RednerInnen immerhin waren prominent vertreten: In Gießen etwa stand Kristina Hänel auf der Bühne, die Ärztin, deren Verurteilung nach Paragraf 219a die Debatte erst ins Rollen gebracht hatte. Sie forderte einen sicheren Zugang zu Informationen, zu Verhütungsmitteln und das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung.

In Berlin sagte Linkspartei-Chefin Katja Kipping: „Wir werden uns niemals mit Kompromissen abfinden, die das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung nicht vollständig herstellen.“ Der Paragraf 219a müsse genauso weg wie der Paragraf 218, forderte sie. Grünen-Chefin Annalena Baerbock sagte: „Es ist absurd, dass wir im Jahr 2019 immer noch für so etwas auf der Straße stehen müssen!“ Es mache sie wütend, dass es eine parlamentarische Mehrheit für die Abschaffung des Paragrafen im Bundestag gebe und dennoch nichts passiere. „Der 219a muss weg!“, forderte Baerbock: „Online-Informationen im ganzen Land!“

Vor Ort waren auch Jusos und Vertreterinnen der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen. „Ich erwarte, dass meine Partei ihren Vorstandsbeschluss auf Bundesebene einhält und sich dafür starkmacht, den 219a abzuschaffen“, sagte ASF-Landeschefin Susanne Fischer. Die Rechtssicherheit für ÄrztInnen sei eine rote Linie. „Wenn die CDU sich da nicht bewegt, muss man überlegen, ob diese Koalition noch sinnvoll ist.“

AfD vom Holocaust-Gedenktag ausgeladen

Gedenkstätte Buchenwald verbittet sich Teilnahme von Björn Höcke und Co. Außenminister Maas warnt: „Erinnerungskultur steht unter Druck von extremen Rechten“

Von **Klaus Hillenbrand**

Aus Anlass des Holocaust-Gedenktags am Sonntag hat Außenminister Heiko Maas (SPD) vor dem Eindringen von revanchistischem Gedankengut in das deutsche Geschichtsverständnis gewarnt. „Unsere Erinnerungskultur bröckelt, sie steht unter Druck von extremen Rechten“, schrieb Maas in der *Welt am Sonntag*. Umso gefährlicher sei das Unwissen gerade junger Deutscher. „40 Prozent wissen nach eigener Einschätzung kaum etwas über den Holocaust. Das sind schockierende Zahlen, die wir nicht tatenlos hinnehmen dürfen“, schrieb Maas.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) rief zum 74. Jahrestags der Befreiung von Auschwitz dazu auf, keinerlei Toleranz gegenüber Antisemitismus und Hass zu zeigen. „Dieser Tag lässt uns daran erinnern, was Rassenwahn, Hass und Menschenfeindlichkeit anrichten können“, sagte sie in ihrem wöchentlichen Video-Podcast.

Bei der Gedenkveranstaltung für die Opfer des Naziterrors in der Gedenkstätte Buchenwald war am Freitag die Thüringer

Der Historiker Götz Aly sprach im Thüringer Landtag auch vor der AfD

AfD-Fraktion ausgeladen worden. Zuvor hatte die Gedenkstättenstiftung erklärt, sie halte es für geboten, „dass Vertreter der AfD an einer Gedenkveranstaltung an diesem Ort nicht teilnehmen, solange sie sich nicht glaubhaft von den antidemokratischen, menschenrechtsfeindlichen und geschichtsrevisionistischen Positionen in ihrer Partei distanzieren“.

Auf der Veranstaltung sagte der Sprecher der Stiftung Buchenwald und Mittelbau Dora, Rikola-Gunnar Lüttgenau: „Wir trauern hier mit den Überlebenden, nicht mit denen, die versuchen, die Erinnerung zu verwischen.“ AfD-Chef Jörg Meuthen sagte zu der Ausladung seiner Parteifreunde, es sei „tief erschütternd“, wie das Gedenken „für den heutigen politischen Kampf“ missbraucht werde.

Schon 2017 hatte die Gedenkstätte dem Thüringer AfD-Vorsitzenden Björn Höcke Hausverbot erteilt. Der hatte in Dresden mit Blick auf das Holocaust-Mahnmal in Berlin von einem „Denkmal der Schande“ gesprochen. Darauf bezog sich jetzt Stiftungsdirektor Volkhard Knigge. Er schrieb an die AfD-Abgeordneten in Erfurt, Höcke halte bis heute an seiner Äußerung fest. „Wer sich nicht glaubhaft gegen solche Positionen und das damit verbundene verharmlosende, relativierende Geschichtsbild wendet, unterstützt sie.“

Am Vortag hatten die Thüringer AfD-Abgeordneten eine Rede des Historikers Götz Aly aushalten müssen. Aly sagte während der Gedenkstunde im Landtag, es gebe Parallelen zwischen der NS-Ideologie und Äußerungen von Höcke. Aus dem nationalen Sozialismus und der Volksgemeinschaft werde bei Höcke der solidarische Patriotismus.

Anders als bei der Gedenkstunde im Bayerischen Landtag am vergangenen Mittwoch verließen die AfD-Abgeordneten während Alys Rede nicht den Saal. Ihr parlamentarischer Geschäftsführer Stefan Möller erklärte anschließend, Aly habe die Chance zur Versöhnung mit Füßen getreten.

Die frühere Präsidentin des Zentralrats der Juden, Charlotte Knobloch, wird nach dem AfD-Eklat im Bayerischen Landtag inzwischen massiv bedroht. „Seitdem erreichen mich beinahe im Minutentakt wüste Beschimpfungen, Drohungen und Beleidigungen per E-Mail und Telefon“, sagte sie. Knobloch hatte die AfD als verfassungsfeindlich kritisiert. Die AfD-Fraktionschefin Alice Weidel schrieb auf Twitter, Knobloch habe sich „entblödet“, die Gedenkveranstaltung für Parteipolitik zu missbrauchen.

Der Bundestag wird am Donnerstag der Opfer der NS-Herrschaft gedenken. Dazu spricht der Holocaust-Überlebende und Historiker Saul Friedländer, der, 1932 geboren, die NS-Zeit versteckt in Frankreich überlebte.

Sitzen geblieben: Björn Höcke (Mitte) bei der Gedenkfeier für NS-Opfer im Landtag von Thüringen Foto: Martin Schutt/dpa

AfD versucht den Gegenangriff

Partei verklagt den Verfassungsschutz, weil dieser sie zum „Prüffall“ erklärte. Dort gibt man sich gelassen

Von **Konrad Litschko**

Roland Hartwig ist noch immer sauer. „Das Vorgehen ist absolut rechtswidrig“, sagte der Chef der AfD-internen Arbeitsgruppe zum Thema Verfassungsschutz am Sonntag zur taz. Kürzlich hatte der Geheimdienstchef Thomas Haldenwang die Partei zum „Prüffall“ erklärt, die Parteijugend „Junge Alternative“ (JA) und das Rechtsaußen-Sammelbecken „Der Flügel“ gar zum „Verdachtsfall“. Nun wehrt sich die AfD juristisch.

Die Partei habe vom Bundesamt für Verfassungsschutz eine Unterlassungserklärung verlangt, sagte Hartwig. Damit soll der Behörde verboten werden, die AfD weiter als „Prüffall“ zu bezeichnen. „Diskreditierung“ und einen „massiven Eingriff“ in die Parteienfreiheit nennt das Hartwig. Bis Freitag habe das Bundesamt Zeit zu reagieren. Tut es das nicht, will die AfD mit einer Feststellungsklage vor ein Verwaltungsgericht ziehen.

Die Partei bereitet zudem eine Anzeige gegen Haldenwang wegen „Verletzung des Dienstgeheimnisses“ vor, weil das vertrauliche Prüfgutachten seines Amts über die AfD einzelne Medien erreichte. Seine Partei habe das Gutachten indes bis heute nicht, sagte Hartwig. Deshalb habe man auch einen Antrag auf Akteneinsicht gestellt.

Gegen die inhaltlichen Vorwürfe klagt die AfD bisher nicht. Vorerst wolle man das Gutachten einsehen, erklärte Hartwig. „Wo dies nachvollziehbar ist, werden wir die Dinge abstellen. Wo nicht, werden wir auch dagegen klagen.“ Aber: Hier dürfte es für die Partei schwierig werden.

Über Wochen hatte der Verfassungsschutz öffentliches Material über die AfD zusammengetragen. Heraus kam das 436-seitige Gutachten, das die Partei schwer belastet: Vor allem Geflüchtete und Muslime würden in der Partei pauschal abgewertet, mit der Garantie der Menschenwürde sei dies „unvereinbar“. Zitiert werden Äußerungen bis hoch in die Parteispitze. Verwiesen wird auch auf das NPD-Urteil des Bundesverfassungsgerichts: Das erklärte die Partei genau deshalb für verfassungsfeindlich, weil ihr Konzept die Menschenwürde missachte.

Im Verfassungsschutz gibt man sich denn auch „gelassen“. Dort hatte man mit Klagen der AfD gerechnet. Erst am Mittwoch hatte sich Haldenwang mit den Chefs der Landesämter zum Thema AfD in Köln getroffen. Nach taz-Informationen lobten selbst zuvor kritische Amtsleiter das Gutachten.

Die Ernennung der AfD zum Prüffall aber ist tatsächlich strittig. Dieser Status wird vom Verfassungsschutz in der Regel nicht öffentlich gemacht, in einigen Landesämtern existiert er gar nicht. Auch ist juristisch unklar, ob damit nicht tatsächlich eine Stigmatisierung einhergeht – obwohl die Prüfung ja „ergebnisoffen“ sei, wie auch Haldenwang betont. Im Fall AfD aber habe das öffentliche Interesse überwogen, heißt es im Amt. Deshalb die Verkündung des Prüffalls.

Für die AfD ist die Situation heikel. Beim „Flügel“ und der „Jungen Alternative“ kann der Verfassungsschutz nun V-Leute und Observationen einsetzen. Zudem sind nun die Beamten in der Partei in Bedrängnis, insbesondere Polizisten, die zur Verfassungstreue verpflichtet sind. Wer hier zum „Flügel“ oder der JA gehört, die nun als extremistisch eingestuft sind, riskiert im Einzelfall seinen Job.

Die AfD-Parteispitze kritisiert das Vorgehen des Verfassungsschutzes als politisch motiviert. Rechtsaußen Björn Höcke sagte auf einem „Flügel“-Treffen vergangene Woche in Sachsen: „Wir bleiben standfest.“ Die AfD dürfe keine politischen Zugeständnisse machen. Der „Flügel“ setzte bereits ein Zeichen: Er ernannte Jens Maier zum „Obmann“ in Sachsen. Der Bundestagsabgeordnete gilt als einer der Radikalsten der Partei. Er wird auch im Verfassungsschutzgutachten zitiert: Mit seiner Warnung vor „Mischvölkern“ offenbare er ein „völkisches Grundverständnis“.

Wegbefördert? FDP-Generalsekretärin Nicola Beer, jetzt Spitzenkandidatin ihrer Partei für die Europawahlen im Mai Foto: Gregor Fischer/dpa

FDP will Nicola Beer nach Brüssel schicken

Beim Europaparteitag in Berlin bekommt die Generalsekretärin 86 Prozent der Delegiertenstimmen. Im Programm zur Europawahl wirbt die Partei für eine Art Vereinigte Staaten von Europa

Aus Berlin **Martin Reeh**

Nicola Beer ist keine gute Rednerin. Eine knappe halbe Stunde spricht die FDP-Generalsekretärin auf dem FDP-Europaparteitag, ihre Rede kommt ohne eine einzige Pointe, ohne eine einzige Polemik aus. „Europa steht am Scheideweg [...]. Wir wollen Europa so verändern, dass es wieder leuchtet [...]. Wir wollen Europa verändern, um Chancen zu nutzen [...]. Wir müssen Europa nicht neu gründen, aber wir müssen es neu balancieren." Liberale Plattitüden mischen sich mit europapolitischen Phrasen. Hinten im Saal stehen Delegierte und reden, andere schauen auf ihre Handys.

„Europas Chancen nutzen" heißt das Motto des FDP-Parteitags vieldeutig. Beer soll auf diesem Parteitag zur Spitzenkandidatin der FDP für die Europawahl am 26. Mai gekürt werden – und es scheint, als wolle die FDP die Wahl auch nutzen, um Beer wegzubefördern. Die 49-Jährige war mal Staatssekretärin für Europafragen in Hessen, eine Europa-Expertin ist sie aber nicht. 2013 wurde sie Generalsekretärin. Ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin könnte der FDP mehr Glanz bringen als Beer. Im fernen Brüssel fallen schlechte Reden weniger auf als in Berlin.

Es war ein etwas seltsamer Europaparteitag in Berlin. Emmanuel Macrons „En Marche" hat sich den europäischen Liberalen für die Europawahl angeschlossen. FDP-Chef Christian Lindner freute sich in den letzten Wochen demonstrativ darüber und lobte den französischen Präsidenten. Aber auf dem Parteitag fehlt Macron, stattdessen tritt die dänische Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager auf.

Vestager gilt als designierte Kandidatin der europäischen Liberalen für das Amt der Kommissionspräsidentin. Sie hält auf Englisch eine unterkühlte Rede: „In our society you can be what you want to be", sagte sie. Auch ihre Rede wird nur mit mäßigem Applaus aufgenommen.

So muss einmal mehr Christian Lindner für Stimmung sorgen, auch mit Spitzen gegen die Grünen. „Die einen, die AfD, wollen Europa schwächen. Die anderen, die Grünen, wollen alles vergemeinschaften, was Geld kostet: Risiken, Schulden, eine Arbeitslosenversicherung", sagt er. Das lehnt Lindner mit Verweis auf den deutschen Föderalismus ab: Auch das grün regierte Baden-Württemberg übernehme nicht die Verantwortung für Bremen. „Wer handelt, muss auch haften", so Lindner.

Der FDP-Chef wendet sich auch gegen den am Wochenende vereinbarten Kohlekompromiss: „Der Kohleausstieg ist längst unausweichlich beschlossen", sagt Lindner. Das liege nicht an dem Kompromiss, sondern am Zertifikatehandel. Deshalb würde niemand mehr in Deutschland noch ein neues Kohlekraftwerk bauen. Mit dem Kompromiss werde der Kohleausstieg „aber extrem teuer", so Lindner. „Sehenden Auges beschließen wir etwas, was nicht erforderlich ist und Geld kostet, obwohl die Konjunktur erkaltet. Eine solche Politik kann man nur mit Ideologie erklären."

Der FDP-Chef, der gleich zur Eröffnung spricht, setzt aber auch den Ton in einer innerparteilichen Debatte: „Heute vor 74 Jahren befreite die Rote Armee Auschwitz. Für mich ist immer noch unbegreiflich, was von Deutschen an Menschheitsverbrechen begangen wurde", sagt er. „Das ist eine Mahnung, sensibel zu bleiben für die Mechanismen totalitärer Machtergreifung. In Europa wächst der Antisemitismus wieder." Und: In Europa würden „wieder Universitäten geschlossen".

> **„Für mich ist immer noch unbegreiflich, was von Deutschen an Menschheitsverbrechen begangen wurde"**
> **Christian Lindner,** FDP-Chef

Das ging auch gegen Beer, deren Verbindungen nach Ungarn in den letzten Wochen Thema geworden waren. Der frühere Orbán-Minister Zoltán Balog war vergangenen Herbst Trauzeuge bei der Hochzeit von Beer und Jürgen Illing. Balog war an dem Gesetz beteiligt, das die Arbeit der Soros-Universiät in Budapest behinderte. Illing soll gute Kontakte zur Orbán-Regierung pflegen und versucht haben, die FDP zugunsten Ungarns zu beeinflussen, berichtete der *Spiegel*. Beer selbst soll Balog in Schutz genommen haben: Sie kenne ihn gut genug, um auch nicht „den geringsten Zweifel an seinem Eintreten für die Freiheit der Wissenschaft zu haben", soll die FDP-Generalsekretärin laut *Spiegel* bei einer Veranstaltung der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft gesagt haben.

Beer räumt die Angriffe auf dem Parteitag beiseite: „Ich habe keinerlei Sympathien für Herrn Orbán und seine illiberale Demokratie", sagt sie. „Meine Sympathie gilt dem Land." Das könne damit zu tun haben, dass die Familie ihrer Mutter aus Dresden komme und Ungarn als erstes Land den Eisernen Vorhang zerschnitten habe.

Die Partei dankt ihr den Auftritt mit 86 Prozent bei der Wahl zur Spitzenkandidatin. Platz 2 erobert die Vorsitzende der Europäischen Liberalen Jugend (LYMEC), Svenja Hahn, in einer Kampfkandidatur mit 73 Prozent deutlich vor der Europaabgeordneten Nadja Hirsch mit 20 Prozent. „Ich glaube an eine Europäische Union, in der jeder Held seines eigenen Lebens sein kann", sagt Hahn in ihrer Bewerbungsrede. Hirsch hatte im *Spiegel* über Beeinflussungsversuche Beers in der Ungarnpolitik berichtet. Sie fällt anschließend auch in einer Kampfkandidatur für Platz 6 deutlich durch.

Der Entwurf des Europawahlprogramms wurde nach Redaktionsschluss endgültig beschlossen. Die FDP hält darin an ihrer Idee einer Art Vereinigter Staaten von Europa fest, allerdings als Bundesstaat, nicht als „zentralisierter europäischer Superstaat", wie es heißt. Englisch soll überall in den Ämtern zweite Amtssprache werden. In der Flüchtlingspolitik fordert die FDP „sichere Fluchtwege" und die Einrichtung von Schutzzonen unter UNHCR- oder EU-Aufsicht in Nordafrika. Flüchtlinge in Seenot auf dem Mittelmeer könnten dorthin gebracht werden – und dort ihr Asylverfahren durchlaufen.

Das Kapitel zur Finanzpolitik enthält bekannte Positionen: „Wir Freie Demokraten stehen für einen transparenten Steuerwettbewerb innerhalb der EU", heißt es darin. Mindeststeuersätze innerhalb der EU lehnt die FDP ab, ebenso eine Finanztransaktionssteuer.

Nach einem Defizitverfahren will die FDP künftig automatische Sanktionen gegen Mitgliedsstaaten. Das dürfte auch Frankreich künftig Probleme bereiten: Weil Macron den Protesten der Gelben Westen nachgab, rechnet Ministerpräsident Édouard Philippe in 2019 mit einem Defizit von 3,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes – 0,2 Prozent mehr ,als die EU erlaubt. Was hätten die Delegierten gesagt, wenn ihr Bündnispartner Macron die Notwendigkeit des Defizits in Berlin begründet hätte? Die Allianz von Macron und Lindner bleibt brüchig.

Jetzt neu
Am Kiosk oder im Abo
tazfuturzwei.de/abo

taz FUTURZWEI, das Magazin für Zukunft und Politik

Künstliche Dummheit

Wie wird uns Künstliche Intelligenz verändern?

Mit Yuval Noah Harari, Dorothee Bär, Gerd Giegerenzer, Harald Welzer, Wolf Lotter, Yasmina Banaszczuk, Richard Renaldi, Arno Frank und Kevin Kühnert.

Ihre Abo-Prämie:
Der hochwertige Biobaumwoll-Rucksack im FUTURZWEI-Design, fair gehandelt.

TAZ FUTURZWEI **WIR ZEIGEN, WIE BEWEGUNG GEHT.**

taz FUTURZWEI

Vier Ausgaben für 30 Euro: futurzwei.abo@taz.de | T (030) 25 902 200

taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin

40 Jahre taz – Das Buch
40 Jahre Zeitgeschichte, 400 Seiten, 40 Euro

Die berühmten taz-Titelseiten im Faksimile, über 150 Fotos aus allen Phasen der taz, vier lange Essays zu den vier taz-Dekaden: das große taz Buch ist ein äußerst unterhaltsames zeitgeschichtliches Dokument. MitarbeiterInnen der taz von damals und heute schreiben über das Innenleben der Redaktion und des Verlags und über die Titel, Themen und Temperamente, die die taz groß gemacht haben.

www.taz.de/40jahre-buch

taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Rudi-Dutschke-Straße 23, 10969 Berlin

Schweden will viel Grün – aber Wald im Tank

Neue Regierung will den Verkauf von Autos mit fossilen Brennstoffen bis 2030 stoppen und „Biosprit“ fördern

Von **Reinhard Wolff,** Stockholm

Ab 2030 sollen in Schweden keine mit fossilen Brennstoffen angetriebenen Autos mehr verkauft werden. Ein Pfand auf Mobiltelefone und Batterien soll eingeführt, die Voraussetzungen für den Aufbau eines Wiederverwertungssystems für Textilien untersucht und der öffentliche Verkehr mit einem landeseinheitlichen Fahrscheinsystem vereinfacht werden. Das sind Punkte aus einem umwelt- und klimapolitischen Programm, das sich die „Ampelkoalition“ in Stockholm vorgenommen hat: die neue rot-grüne Regierung, die in Zukunft mit „Gelb“, zwei liberalen Parteien, zusammenarbeiten will.

Wenn mehr Gelb in der Regierung „in mancher Hinsicht ein Fortschritt“ (Greenpeace) ist, so liegt das an einem der liberalen Partner von Rot-Grün, der Zentrumspartei. Bevor es in Schweden die grüne Miljöpartiet gab, war das aus bäuerlichen Wurzeln entstandene Zentrum die „grüne Partei“ des Landes. Das Zentrum kämpfte beispielsweise für einen Ausstieg aus der Atomenergie und engagierte sich für den Naturschutz. Aber für mehr Umweltschutz zu kämpfen und sich gleichzeitig als Lobby der Land- und Forstwirtschaft zu verstehen kann auch zu recht zwiespältigen Resultaten führen.

Gefahr für die letzten Naturwälder

Die Handschrift des Zentrums im gemeinsamen Sachprogramm der Regierung wird deutlich beim Ausstieg aus der auf Erdöl beruhenden Antriebstechnik im Straßenverkehr. Die soll neben Elektrizität auf „Biokraftstoffe“ aus land- oder forstwirtschaftlicher Produktion umgestellt werden. Was, wie auch Lina Brunelius, Waldexpertin bei Greenpeace Schweden, konstatiert, aber „die Klimafrage nicht löst“, sondern eine „zusätzliche Gefahr für das Klima und einen schon schwer mitgenommenen Wald“ darstellt: Die letzten Naturwälder seien nun bedroht, „dabei müssten gerade sie, die große Mengen des Treibhausgases CO_2 gebunden haben, total geschützt werden“.

Immerhin hat sich die Regierung vorgenommen, sich in der EU für eine europäische Klimagesetzgebung starkzumachen, sich innerhalb internationaler Abkommen für eine Besteuerung von Flugbenzin einzusetzen und den Ausbau der schwedischen Bahninfrastruktur zu beschleunigen.

Einzelne grüne Programmpunkte helfen nicht wirklich, wenn die ganze Richtung nicht stimmt, kritisiert der ehemalige grüne EU-Abgeordnete Carl Schlyter. Die rot-grüne Regierung habe einen neoliberalen Kurs eingeschlagen, der die Gräben in der Gesellschaft weiter vertiefen werde. Damit sei aber die erforderliche Wende für Umwelt und Klima gerade nicht zu schaffen, sondern sie werde eher sabotiert. Schlyter und zwei andere führende GrünenPolitikerInnen haben in der vergangenen Woche aus Protest gegen diesen Schwenk ihre Partei verlassen.

Zahl des Tages

-80 Prozent

Das Agrarministerium in Paris erwartet, dass der Einsatz des umstrittenen Unkrautvernichtungsmittels **Glyphosat** in Frankreich bis 2021 **um 80 Prozent verringert** wird. Im November 2017 hatte Präsident Emmanuel Macron versprochen, das Pestizid binnen 3 Jahren komplett zu verbieten. Dies hatte einen Aufschrei unter konventionellen Bauern ausgelöst, denen das Mittel Zeit und Geld spart. Macron hatte daraufhin zugestanden, dass 10 Prozent der Landwirte mit Ausnahmegenehmigungen rechnen können. Laut Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation ist Glyphosat „wahrscheinlich krebserregend“. Mehrere Zulassungsbehörden sehen das aber anders.

EU verklagt Spanien

Das Land schütze den Nationalpark Doñana zu schlecht, so die Kommission. Der nahe Erdbeeranbau trockne das für Zugvögel wichtige Feuchtgebiet aus

Von **Reiner Wandler,** Madrid

Die EU-Kommission bringt nach einer Beschwerde der Umweltorganisation WWF Spanien vor den Europäischen Gerichtshof. Der Verband beklagt seit Jahren gravierende Verschlechterungen im Natur- und Vogelschutzgebiet Doñana in Südspanien.

Der vor 50 Jahren gegründete Nationalpark trocknet zusehends aus. Denn rund herum werden Erdbeeren für ganz Europa angepflanzt. Der WWF legt seit 2010 immer wieder Untersuchungen vor, die zeigen, dass legale und illegale Brunnen dem Feuchtgebiet entlang des Flusses Guadalquivir das Grundwasser entziehen. In dem Feuchtgebiet rasten Zugvögel. Weder die Zentralregierung in Madrid noch die andalusische Regionalregierung noch die Anliegergemeinden haben etwas unternommen, um dies abzustellen. Doñana gehört dem europäischen Netzwerk Natura 2000 an.

„Spanien verstößt gegen die EU-Wasserrahmenrichtlinie, da der Wasserspiegel in Doñana drastisch gesunken ist und die intensive Landwirtschaft für die Produktion von Erdbeeren zu einer hohen Nitratbelastung des Wassers führt“, heißt es in einer WWF-Erklärung Die zunehmende Trockenheit und Nitratbelastung verschlechtere die Lebensbedingungen für zahlreiche vom Aussterben bedrohte Arten.

Die EU-Kommission macht sich diese Argumentation in ihrer Klage zu eigen. „Die Kommission ist besorgt, dass sich der Zustand der Feuchtgebiete wahrscheinlich weiter verschlechtern wird, da Spanien seinen Verpflichtungen aus der Wasserrahmenrichtlinie und der Habitat-Richtlinie nicht nachkommt“, heißt es in der Begründung für die Klage. Die Kommission erinnert daran, dass sie bereits 2016 bei Spanien wegen Doñana vorstellig wurde – ohne sichtlichen Erfolg.

„Die Landwirtschaft in Doñana ist nicht nachhaltig und weitgehend illegal“, erklärt der Generalsekretär des WWF in Spanien, Juan Carlos del Olmo. Es sei an der Zeit, dass spanische Behörden die illegalen Brunnen und die Tausende Hektar illegaler Pflanzungen stilllegen.

Der Erdbeeranbau ist nicht die einzige Konfliktthema um den Nationalpark Doñana. Die neue, rechte Regionalregierung in Sevilla hat Pläne für eine Autobahn durch das Naturschutzgebiet.

Auch dieser VW-Bus ist von der Schlammlawine mitgerissen worden Foto: Leo Correa/ap

Schlammlawine aus Mine tötet Dutzende Menschen

Zum wiederholten Mal bricht in Brasilien an einem Bergwerk des Konzerns Vale ein Damm eines Rückhaltebeckens. Wieder begräbt Abraum mehrere Gebäude unter sich

Von **Sunny Riedel**

Nach dem verheerenden Dammbruch an einem Bergwerk in Brasilien drohte am Sonntag eine weitere Schlammlawine. „Achtung, allgemeine Evakuierung!“, scholl es am frühen Morgen als Lautsprecherdurchsage durch die Straßen der 39.000-Einwohner-Stadt Brumadinho im Bundesstaat Minas Gerais. „Suchen Sie die höchsten Punkte der Stadt auf!“ In einem Rückhaltebecken der Mine waren erhöhte Wasserstände gemessen worden, teilte die Betreiberfirma Vale mit.

Bereits am Freitag war ein Damm der Eisenerzmine gebrochen. Laut Firmenangaben gingen 12 Millionen Kubikmeter Minenabfälle über Brumadinho hinweg. Sie begruben Menschen, Häuser und Tiere unter sich. Am Sonntag galten um die 250 Menschen als vermisst, 37 Tote wurden bereits bestätigt. Für die Suche nach Vermissten stellte die israelische Regierung 16 Tonnen Ausrüstung zur Verfügung, darunter U-Boote mit speziellen Sichtgeräten. Wegen des neuen Alarms wurde die Suche allerdings unterbrochen. Das macht es noch wahrscheinlicher, dass die Zahl der Opfer weiter steigt.

Die meisten Opfer der Katastrophe waren Mitarbeitende des Minenkonzerns Vale. Dessen Chef, Fábio Schvartsman, sagte am Freitag, die Schlammlawine habe unter anderem die Kantine des Bergwerks unter sich begraben, als die Arbeiter gerade beim Mittagessen saßen. „Wir gehen von einer hohen Opferzahl aus.“ Die Ursache des Dammbruchs sei noch nicht ermittelt worden, so Schvartsman.

Der Vale-Konzern ist der weltweit größte Exporteur von Eisenerz und mit rund 74.000 Mitarbeitenden und einem Umsatz von 34 Milliarden US-Dollar im Jahr 2017 eines der wichtigsten Unternehmen des Landes. Die Regierung des Bundesstaates Minas Gerais hat nun etwa 1,3 Milliarden Dollar des Konzerns für etwaige Entschädigungszahlungen und Aufräumarbeiten sperren lassen.

Brasilianische Medien berichteten, dass bei der Lizenzvergabe zum Weiterbetrieb der Mine mehrere Umweltschutz- und Sicherheitsverfahren übersprungen worden seien. Vale-Chef Schvartsman hingegen erklärte, dass die letzte Sicherheitsüberprüfung im Januar stattgefunden habe. Der TÜV Süd hatte die Dämme im vergangenen Jahr geprüft, wie das Münchener Unternehmen auf Anfrage bestätigte. „Wir werden die Ermittlungen vollumfänglich unterstützen“, teilte TÜV Süd mit.

> Das Münchener Unternehmen TÜV Süd hatte den Damm erst vor Kurzem überprüft

Das Bergbauunternehmen Vale war bereits vor drei Jahren in ein Unglück in dem Ort Mariana, ebenfalls in Minas Gerais, verwickelt. Damals kamen 19 Menschen ums Leben. Mehrere Ortschaften wurden von der Schlammlawine begraben und nachhaltig verunreinigt. Es handelte sich um die bis dahin größte Umweltkatastrophe in der Geschichte Brasiliens. 55 Millionen Kubikmeter toxischen Schlamms waren in die Umwelt gelangt. Die Mine hat ihren Betrieb seither nicht wieder aufgenommen. Bis heute warten Hunderte Familien auf Entschädigungszahlungen der Bergbaufirma.

„Diese neue Katastrophe ist die traurige Konsequenz daraus, dass die brasilianische Regierung und die Bergbauunternehmen nichts dazugelernt haben“, erklärte nun die Umweltorganisation Greenpeace auf ihrer brasilianischen Internetseite. Abgeordnete der Linkspartei PSOL und der sozialistischen PSB fordern die Wiederverstaatlichung des Konzerns, der 1995 privatisiert worden war. *(mit afp, dpa)*

taz thema

Biofach & Vivaness

vom 13. bis 16. Februar 2019 trifft sich der Biohandel auf der weltweit größten Messe für Bioprodukte, der BioFach, in Nürnberg. Parallel präsentiert die Vivaness als wichtigste Fachmesse für Naturkosmetik Innovationen und Trends der Branche.

Wir berichten unter anderem über die aktuellen Themen der Messen, Auswirkungen von veganem Lebensstil auf Bioprodukte, Naturkosmetik zum Selbermachen, Marketingproblemen beim Biosiegel, Bedeutung des Klimawandels für Biobauern, Bienen in Gefahr und die alte Vielfalt bei Lebensmitteln, Nutztierarten und Pflanzen.

Die Sonderveröffentlichung verteilen wir zusätzlich an allen vier Tagen auf der Messe am Stand der tageszeitung (Halle 7, Stand 400).

Anzeigenschluss: 30. Januar 2019
Erscheinungstermin: 13. Februar 2019

Ihr Kontakt in der taz:
Anzeigenabteilung | Jan Kniggendorf
T (0 30) 2 59 02 - 130 | anzeigen@taz.de

Hauptsache, der Fun Factor stimmt: Vielen Kinobesucher*innen ist der Umwelt- und Sozialaspekt schlicht egal
Foto: Odilon Dimier/imago

Auf dieser Seite finden Sie jeden Montag Geschichten aus der nachhaltigen Wirtschaft

Berlinale goes green

Vom 7. bis 17. Februar findet in Berlin eines der wichtigsten Filmfestivals der Branche statt: die Berlinale.

Der Anspruch
Nicht nur in zahlreichen Filmen und Beiträgen wird auf Umweltverschmutzung hingewiesen oder die Verletzung von Menschenrechten angeprangert. Die Berlinale will auch bei ihren Veranstaltungen das Festival öko und sozial erscheinen lassen.

Die Umsetzung
Zum Beispiel beim Kulinarischen Kino. Dort geht es um Essen, Genuss und Politik. Außerdem hat die Berlinale ihre Klimabilanz in den vergangenen Jahren kontinuierlich verbessert – etwa über gezielte Maßnahmen, um klimaschädliche Emissionen zu verringern. *(taz)*

Film ab – aber grün, öko und sozial

Plastikgeschirr, tonnenweise Papier, Käsesauce aus Palmöl: Der Kinobetrieb orientiert sich leider oft nicht an den Regeln der Nachhaltigkeit. Um das zu ändern, brauchen vor allem kleinere Filmtheater Geld und gute Ideen für mehr Umweltverträglichkeit

Von **Sinan Recber**

Freitagabend, und es herrschen bitterkalte Temperaturen. Eine gute Zeit also für einen Kinobesuch: Das mollig-warme Foyer des Filmtheaters ist hell erleuchtet, an der Theke warten Popcorn, Nachos mit Käsesauce in der Plastikschale und eine Limo im Becher mit Plastikstrohhalm auf die Zuschauer*innen. Überall liegen bunte Flyer und Ankündigungen für die nächsten Blockbuster aus. Wer auf die Toilette muss, kann die Abfalleimer voller Papierhandtücher nicht übersehen.

Bei jährlich rund 120 Millionen Besucher*innen in deutschen Kinosälen ist das eine ganz schöne Öko-Sauerei. „Für die Kinos ist es eine Glaubwürdigkeitsfrage, wenn sie anspruchsvolle, kritische Filme zeigen, dann auch entsprechende Produkte anzubieten", sagt Birgit Heidsiek von Green Film Shooting, dem Europäischen Zentrum für Nachhaltigkeit im Medienbereich. „Inzwischen ist das Thema Nachhaltigkeit längst auch im Kino angekommen".

Um zu zeigen, wie es gehen kann, hat Heidsiek „Das Grüne Kinohandbuch" herausgegeben. Darin geht es beispielsweise um den Verzicht auf Plastikstrohhalme, um Kinorabatte für Bus- und Bahnfahrer*innen oder um Solaranlagen auf dem Dach der Nürnberger Cinecittà. Das größte Multiplex-Kino Deutschlands hat sich sogar zwei eigene Blockheizkraftwerke einbauen lassen und konnte damit die jährlichen Energiekosten von 700.000 Euro für Heizung, Strom und Wasser halbieren. Mit der entstehenden Abwärme lässt sich nun das gesamte Gebäude heizen.

Doch es muss nicht immer ein eigenes Kraftwerk sein: Nachhaltigkeit beginnt bereits bei den Snacks an der Theke. Werden die Nachos in der Pappschachtel oder in der Plastikschale serviert? „Oftmals ist Pappe nur gefühlt besser als Plastik", sagt Heidsiek. Aber eben nur gefühlt. Nachokartons sind oftmals beschichtet. Weil man beschichtetes Papier nicht in den Papiercontainer werfen kann, sondern als Leichtverpackung entsorgen muss, schneidet Kunststoff sogar besser ab. Dieser lässt sich laut grünem Kinohandbuch nämlich nicht nur je nach eingesetztem Stoff recyceln, sondern ist häufig auch noch energieeffizienter. Papierherstellung ist CO_2-intensiv und verbraucht viel Strom.

Wer ins Kino will, muss natürlich auch erst einmal ins Filmtheater kommen. Die Art und Weise, wie die Besucher*innen im Kino ankommen, lässt sich beeinflussen. Kooperationen mit öffentlichen Verkehrsbetrieben können für viele Besucher*innen ein Anreiz sein, auf das Auto zu verzichten und stattdessen auf Bus und Bahn umzusteigen.

Korina Gutsche von der AG Kino – Gilde deutscher Filmkunsttheater leitet das von der Bundesregierung geförderte Projekt „Kino natürlich", das den Betrieb nachhaltiger gestalten will. Für Gutsche endet das Thema Nachhaltigkeit nicht beim ökologischen Fußabdruck der Betriebe. Auch das Programm ist wichtig: „Engagierte Filmemacher*innen finden in den Arthousekinos Gehör. Diese Offenheit gehört zu unserem Verständnis als Kulturort mit Bildungsauftrag." Es soll nicht nur darum gehen, Filme zu zeigen, sondern auch darum, klar Position zu beziehen. Beispielsweise über Thementage. In manchen Arthouse-Betrieben flimmern auch Dokumentationen über die Leinwände, die Palmöl-Anbau oder Plastikwahnsinn problematisieren: Bilder zeigen die Rodung von Regenwäldern, von pestizidverseuchtem Grundwasser oder Schildkröten, die an Plastikteilchen im Magen verenden.

Das finden zwar alle schlimm, aber während der Film läuft, tauchen die Zuschauer*innen dann doch ihre Nachos aus der Plastikschale in die Käsesauce. Hauptzutat: Palmöl. Expertin

Für die Kinos ist es eine Frage der Glaubwürdigkeit

Birgit Heidsiek, Green Film Shooting

Heidsiek kritisiert daher: „Wenn der Kinobetreiber an der Theke genau all die Produkte anbietet, in denen das Palmöl enthalten ist, unterstützt er damit das System Palmöl."

Kinobetreiber Christian Pfeil macht es besser. Er hat neben regionalen Produkten, Mehrweggeschirr und LED-Beleuchtung sogar eine Solaranlage auf einem seiner Kinos in Gera. Das 80.000 Euro teure Gerät auf dem „Metropol" wird sich bei steigenden Stromkosten in weniger als zehn Jahren bezahlt gemacht haben. Der Energiebedarf des Lichttheaters liegt schätzungsweise bei 35.000 Kilowattstunden jährlich, der selbst erzeugte Solarstrom deckt etwa 25.000 Kilowattstunden ab – also mehr als 70 Prozent.

Das klingt gut, aber: „Das Geschäftsmodell von kleineren Kinos bildet größere Investitionen nicht ab", sagt Pfeil. Umfassendere Maßnahmen für Nachhaltigkeit seien gut und schön, aber „man muss es sich eben leisten können". Die Subventionen, die es für einen nachhaltigen Umbau der Filmtheater gebe, seien marginal und nicht aufeinander abgestimmt. Pfeil wünscht sich daher einen Fördertopf mit klaren Kriterien, über den man für nachgewiesene Maßnahmen entlohnt wird. Solange das große Geld fehlt, können sich Kinobetreiber*innen durch Korina Gutsche beraten lassen oder sich auf der Webseite von „Kino natürlich" umschauen. Dort heißt es: „Jede Maßnahme, die Ressourcen spart und CO_2-Emissionen reduziert, zählt!"

taz abo

Aboprämien nach Wahl

Diese und weitere Prämien* unter taz.de/praemien
T (030) 25 90 25 90
abomail@taz.de

Drei von vielen Aboprämien*
1. Schadstoffgetestete **Yogamatte** aus Deutschland mit fair gehandelter Yogatasche aus Indien
2. **Panterkapuzenpulli** aus Biobaumwolle
3. **Porlex Kaffee-Handmühle** mit Keramikmahlwerk, dazu ein Päckchen tazpresso

JETZT ABONNIEREN UND PRÄMIE SICHERN!
Die digitale taz in der App können Sie für nur 1€/Woche zubuchen!

Ein taz Abo kostet 50,90 €/Monat (Standardpreis) oder 62,90 €/Monat (Politischer Preis). Wer wenig hat zahlt unseren ermäßigten Preis von 31,90 €/Monat (leider ohne Prämie).

*Eine Prämie erhalten Sie bei Bestellung eines unbefristeten Abos zum Standard oder Politischen Preis mit einer Mindestlaufzeit von einem Jahr, zzgl. Porto bei Versand ins Ausland.

taz Verlags- und Vertriebs-GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin

Anschlag auf Kathedrale

Mindestens 20 Tote durch Bomben im Süden der Philippinen

Bei einem Anschlag auf eine katholische Kathedrale im muslimischen Süden der Philippinen sind am Sonntag mindestens 20 Menschen getötet worden. 111 wurden nach Angaben der Polizei in Jolo verletzt.

Augenzeugen berichteten, dass der erste Sprengsatz während der Messe in der Kirche gezündet worden sei. Trümmer hölzerner Kirchenbänke seien umhergeflogen und Gottesdienstbesucher, einige verletzt, rannten zum Hauptausgang. Eine Minute nach der ersten Detonation sei eine zweite Bombe auf dem Platz vor der Kathedrale hochgegangen und habe weitere Menschen in den Tod gerissen.

Verteidigungsminister Delfin Lorenzana versetzte die Truppen in erhöhte Alarmbereitschaft und wies die Sicherheitskräfte an, alle religiösen Stätten und öffentlichen Plätze zu sichern. Das Büro von Präsident Rodrigo Duterte sprach von einem „hinterhältigen Anschlag". Alle Beteiligten daran würden gnadenlos gejagt und hinter Gitter gebracht.

Auf der Insel sind muslimische Rebellen der Abu Sayyaf aktiv, die von den USA und der philippinischen Regierung als terroristische Organisation betrachtet werden. Zu dem Anschlag bekannte sich zunächst niemand.

Erst vor fast einer Woche hatte sich die muslimische Minderheit auf den Philippinen in einem Referendum für die Bildung einer neuen autonomen Region im Süden des Landes ausgesprochen. Damit soll ein seit fast 50 Jahren andauernder separatistischer Aufstand beendet werden. Obwohl Bewohner der meisten muslimischen Regionen das Autonomieabkommen guthießen, lehnten es die Wähler in der Provinz Sulu – wo sich Jolo befindet – ab. Abu Sayyaf und andere militante Zellen sind nicht Teil des Friedensprozesses. *(ap)*

brief des tages

Gespenstische Grenzwertdiskussion

„Lungenfachärzte zweifeln Diesel-Grenzwerte an", *taz vom 25. 1. 19*

Die deutschen Autofahrer bilden eine fundamentalistische Glaubensgemeinschaft mit der Autoindustrie als Kirche und den Politikern als Ministranten. Siehe auch die parallel ablaufende Diskussion über Tempolimits („Die deutschen Autobahnen sind die sichersten der Welt. Kein Limit nötig.")

Das Argument: „NO_2 steht auf keinem Totenschein als Todesursache", ist uralt. Einige Studien zeigen aber einen statistischen Zusammenhang zwischen NO_2-Belastung und vermehrtem Auftreten bestimmter Todesursachen. Zum Beispiel NO_2-Belastung -> Herzinfarktrisiko. (Diesen Zusammenhang haben Lungenspezialisten gar nicht auf dem Röntgenschirm.)

Grenzwertdiskussionen haben immer etwas Gespenstisches: Eine höhere Schadstoffkonzentration erhöht das Gesundheitsrisiko. Die Frage: „Wie viel Gesundheitsrisiko sind wir bereit zu akzeptieren?", kann nur mit „So wenig wie technisch möglich" beantwortet werden. Und da sind jetzt die Ingenieure der Autoindustrie gefragt und nicht die Lobbyisten, die Risiken zu relativieren versuchen.

Thomas Damrau, Böblingen

Vergesst uns nicht: Botschaft aus Kamerun

Mit der Besetzung von Botschaftsgebäuden in Berlin und Paris erinnern Gegner von Kameruns Langzeitherrscher Paul Biya an die Gewalteskalation in ihrem Land

Von **Dominic Johnson**

Mit Botschaftsbesetzungen und Gewalt gegen Demonstrationen haben sich die inneren Konflikte Kameruns am Wochenende international bemerkbar gemacht. In Berlin und Paris beendete die Polizei in der Nacht zum Sonntag Besetzungen der Botschaftsgebäude Kameruns durch militante Oppositionelle, parallel zu brutal niedergeschlagenen Protesten im Land.

Auf Videos aus dem Botschaftsgebäude im Berliner Westend ist zu sehen, wie rund zehn junge Kameruner in den Räumen herumlaufen, es sich am Schreibtisch des Botschafters gemütlich machen und ein Bild des Oppositionsführers Maurice Kamto anstelle von Präsident Paul Biya aufhängen. Die Berliner Polizei erklärte zwar, zu den Hintergründen könne sie „noch nichts sagen", und „das müssen wir uns noch genauer ansehen", doch die Hintergründe scheinen klar: Kameruns politische Krise nach den Präsidentschaftswahlen vom Oktober 2018, bei denen die Opposition den Sieg des Amtsinhabers Biya nicht anerkennt, und der Bürgerkrieg im anglophonen Landesteil an der Grenze zu Nigeria, wo Separatisten für eine unabhängige „Republik Amazonien" kämpfen.

Bei den Wahlen am 7. Oktober hatte Präsident Biya, der Kamerun seit 1982 regiert, offiziell mit 71 Prozent gewonnen; der wichtigste Oppositionskandidat, Maurice Kamto von der „Bewegung für die Renaissance Kameruns" (MRC), kam demnach auf 14 Prozent. Kamto erklärte sich demgegenüber selbst zum Sieger. Seine Anhänger, insbesondere in Kameruns größter Stadt Douala, sehen ihn als legitimen Staatschef an. Proteste der MRC werden seitdem regelmäßig mit Massenverhaftungen im Keim erstickt.

Am Samstag wurden bei MRC-Aufmärschen in mehreren Städten 117 Menschen festgenommen, darunter Kamtos ehemaliger Wahlkampfleiter Paul-Eric Kingue. Kamtos Anwältin Michèle Ndoki erlitt einen Beinschuss. Während die Behörden erklärten, die Sicherheitskräfte hätten in Douala keinen Gebrauch von der Schusswaffe gemacht, zirkulierten mehrere Videos, die das Gegenteil belegen sollen.

> Der Wahlkampfleiter der Opposition wurde festgesetzt, die Anwältin angeschossen

Auf einem von hinter einem Metallgitter aufgenommenen Handyfilm ist zu sehen, wie ein Uniformierter einen vor ihm laufenden unbewaffneten jungen Mann barsch auffordert weiterzugehen, ihn von hinten in den Unterschenkel schießt, sodass er hinfällt, und ihm dann befiehlt, aufzustehen und weiterzulaufen, was er nur noch auf einem Bein kann. Das Video sei in Douala am Samstagnachmittag entstanden, berichtete ein Oppositionsanhänger der taz.

Der Samstag war nicht zufällig ausgewählt: Es ist der erste Jahrestag der Inhaftierung der wichtigsten anglophonen Separatistenführer, nachdem diese von ihrem Zufluchtsland Nigeria ausgeliefert worden waren. 47 Häftlinge, darunter der „Präsident" der „Republik Ambazonien", Julius Ayuk Tabe, sitzen seitdem in Kameruns Hauptstadt Yaoundé in Haft. Gegen Ayuk Tabe und neun weitere begann im Dezember ein Terrorprozess, der mittlerweile auf Februar vertagt wurde. Die Angeklagten erkennen das Gericht nicht an, da sie keine Kameruner seien, und verlangen Verfahren in Nigeria, wo parallel gegen ihre Auslieferung geklagt wird. Rechtsanwälte gehören zum Kern der sich meist aus intellektuellen Kreisen rekrutierenden Amabazonien-Führer.

Die Gewalt in den anglophonen Provinzen, wo die Armee weitgehend freie Hand im Kampf gegen Rebellen hat, erzeugt derweil wachsende internationale Sorge. „Kamerun darf keine vergessene Krise mehr sein", sagte am Donnerstag die UN-Koordinatorin für humanitäre Hilfe in Kamerun, Allega Baiocchi, bei der Präsentation ihres Jahresplans. Die UN rechnet damit, dass dieses Jahr 4,3 Millionen Menschen in Kamerun – ein Sechstel der Bevölkerung und 31 Prozent mehr als im Vorjahr – humanitäre Hilfe benötigen werden. Der Konflikt in den anglophonen Provinzen sei der Hauptgrund.

Von außen ist alles ruhig. Kameruns Botschaft in Berlin am frühen Sonntagmorgen Foto: Christoph Soeder/dpa

Ohne Afghanen ist es viel schöner

Unter Ausschluss ziviler afghanischer Kräfte zimmern die USA und die Taliban bei Geheimgesprächen in Katar an einer neuen Nachkriegsordnung für Afghanistan – mit Taliban-Machthabern und ohne US-Truppen

Von **Thomas Ruttig**

Konturen eines möglichen Abkommens zur Beendigung des Krieges in Afghanistan zeichnen sich ab. Nach tagelangen Verhandlungen mit Vertretern der Taliban im Golfemirat Katar ist US-Chefunterhändler Zalmay Khalilzad am Sonntag in Afghanistans Hauptstadt Kabul eingetroffen, um die Regierung dort über den Gesprächsstand zu informieren.

Die USA seien bereit, binnen 18 Monaten ihre Soldaten aus Afghanistan abzuziehen, hieß es aus Kreisen der Taliban-Unterhändler gegenüber Reuters. Der Abzug aller 22.000 ausländischen Truppen, zwei Drittel davon US-Amerikaner, ist die Kernforderung der Aufständischen. Der 18-monatige Zeitrahmen wäre neu und hört sich logistisch machbar an. Taliban-Sprecher Sabihullah Mudschahed dementierte dieses Detail allerdings – möglicherweise ein Versuch, das offenbar vereinbarte Stillschweigen über Details zu wahren, das das Nachrichtenleck verletzte.

Die Taliban, hieß es weiter, seien im Gegenzug bereit, zuzusichern, dass das Land nicht wieder wie vor 2001 Basis islamistischer Terrorgruppen wird. Das ist das politische Hauptziel der USA. Al-Qaida hatte die Anschläge vom 11. September 2001 von Afghanistan aus geplant oder zumindest inspiriert. Die Taliban verfolgen aber in der Praxis eine rein nationale Agenda. Eine Präsenz der in Afghanistan inzwischen marginalisierten dschihadistischen al-Qaida nach einem Friedensschluss würde unnötige Aufmerksamkeit auf ihre noch immer rückwärtsgewandten Innenpolitik richten.

US-Außenminister Mike Pompeo sprach deshalb von einem „Durchbruch", die Taliban von „Fortschritten". Aber Optimismus zu verbreiten gehört zum diplomatischen Grundhandwerk. Khalilzad sagte auch, mit den Taliban sei vereinbart worden, dass nichts als vereinbart gelte, solange nicht alles vereinbart sei. Die Dauer dieser letzten Gesprächsrunde – sechs Tage, länger als je zuvor – zeigt, dass beide Seiten ernsthaft arbeiten. Der Optimismus soll auch US-Präsident Donald Trump besänftigen, dessen Anordnung eines Sofortabzugs nach wie vor im Raum steht.

Für einen geplanten US-Abzug setzt Khalilzad auf einen baldigen, „umfassenden" Waffenstillstand. Vorbild ist eine landesweite dreitägige Waffenruhe über islamische Feiertage im vorigen Juni, die die Taliban ausnahmslos eingehalten hatten. Außerdem müsse es zu einem „innerafghanischen Dialog" kommen. Damit ist gemeint, dass die Regierung von Präsident Ashraf Ghani direkt in den Friedensprozess einbezogen werden muss. Dass die Taliban das bisher verweigern, ist die größte Hürde für ein Abkommen. Ihre jetzige – inoffizielle – Aussage, „andere Aspekte des Friedensprozesse" könnten umgesetzt werden, „wenn die ausländischen Truppen abgezogen worden sind", ändert ihre Haltung nicht. Ghani dürfte das nicht zufrieden stellen.

Eine nächste Verhandlungsrunde ist für Februar in Doha vereinbart. Es wird erwartet, dass sie aufseiten der Taliban dann von Mullah Abdul Ghani (Namensähnlichkeit zum Staatspräsidenten zufällig) geleitet wird. Er steht dem verstorbenen Talibangründer Mullah Muhammad Omar nahe, den die Aufständischen verehren und der einem Vertragsschluss Autorität verleihen würde.

Beobachter wie der Kabuler Journalist Sami Mehdi befürchten jedoch, dass nach einer US-Taliban-Direktvereinbarung über die Köpfe der Afghaninnen und Afghanen hinweg „Menschenrechte, Frauenrechte, Redefreiheit, die Einbeziehung der Minderheiten und ein demokratisches System nicht lange überdauern würden". Auch Afghanistans derzeitige Eliten sind mehr an Machtsicherung als an Demokratie interessiert.

taz recherchefonds ausland

Recherchen Reportagen Hintergründe

... aus anderen Ländern kosten viel Geld. KorrespondentInnen müssen reisen, um herauszufinden, was wirklich passiert. Deshalb gibt es seit 2011 den Recherchefonds Ausland e. V., einen Förderverein, der Mittel für die Auslandsberichterstattung der taz zur Verfügung stellt. Bisher hat der Verein 65 Reisen finanziert.

Mit einem Jahresbeitrag ab 60 Euro können auch Sie Fördermitglied werden.

Wir hoffen auf Sie!
Für eine kritische, hintergründige taz-Auslandsberichterstattung.
Unterstützen Sie uns!

www.taz.de/auslandsrecherche
auslandsrecherche@taz.de
030 25 90 22 62

Oppositionspolitiker Juan Guaidón am Samstag in Caracas Foto:Andres Martinez Casares/reuters

Maduro weist Ultimatum der Europäer zurück

Fünf europäische Staaten verlangen eine Neuwahl in Venezuela. Ein Militärattaché in Washington hat sich derweil von Staatschef losgesagt

Aus Buenas Aires **Jürgen Vogt**

Venezuelas Staatschef Nicolás Maduro hat eine von Europa gesetzte Frist für freie und faire Wahlen zurückgewiesen. „Dieses Ultimatum müssen sie zurücknehmen. Niemand kann uns ein Ultimatum stellen", sagte er in einem am Sonntag ausgestrahlten Interview des Senders CNN Türk laut türkischer Übersetzung. „Venezuela ist nicht an Europa gebunden. Das ist eine Frechheit", sagte Maduro demnach weiter.

Am Samstag hatten fünf europäische Staaten ein Ultimatum. Holland, Frankreich, Spanien, Großbritannien und Deutschland die venezolanische Regierung aufgefordert, innerhalb von acht Tagen „freie, transparente und demokratische Wahlen" auszurufen. Sollte dies nicht geschehen, drohten sie mit der Anerkennung von Parlamentspräsident Juan Guaidó als legitimen Übergangspräsidenten.

Die Europäische Union schloss sich dem Ultimatum nicht ausdrücklich an. Aber auch die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini drohte in einer Erklärung mit „weiteren Maßnahmen" der EU für den Fall, dass keine Neuwahlen ausgerufen würden.

Der 35-jährige rechte Oppositionspolitiker Juan Guaidó hatte sich vergangenen Mittwoch selbst zum Interimspräsidenten erklärt und damit offen gegen Nicolás Maduro gestellt. Während die USA, Kanada und mehr als ein Dutzend lateinamerikanischer Länder ihn anerkennen, lehnen Russland, China, Iran, Bolivien, Nicaragua und die Türkei ihn ab und haben Maduro ihre Unterstützung zugesagt.

„Das venezolanische Volk sollte in der Lage sein, frei über seine Zukunft zu entscheiden", twitterte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron. Bundeskanzlerin Angela Merkel ließ ihre Vize-Regierungssprecherin Martina Fietz verkünden: „Das Volk Venezuelas muss frei und in Sicherheit über seine Zukunft entscheiden können." Und Spaniens Ministerpräsident Pedro Sánchez erklärte: „Wir möchten keine Regierungen von der Macht verdrängen, aber wir wollen Demokratie und freie Wahlen in Venezuela."

Venezuelas Außenminister Jorge Arreaza hatte das Ultimatum am Samstag im Sicherheitsrat in New York kritisiert. Die USA hatten eine Dringlichkeitssitzung zur Lage in Venezuela beantragt. „Niemand wird uns Fristen setzen oder sagen, ob es Wahlen gibt oder nicht", sagte er. Der US-Regierung warf er vor, hinter dem Putschversuch zu stecken. Unterstützung erhielt Arreaza vom russischen UN-Botschafter Wassili Nebensia. „Die USA und deren Verbündete" planten einen „Staatsstreich", um Maduro zu stürzen.

Die USA hatten Guaidó am Mittwoch umgehend anerkannt, woraufhin Maduro die diplomatischen Beziehungen zu Washington abgebrochen und US-Diplomaten des Landes verwiesen hatte. Sie sollten innerhalb von 72 Stunden das Land verlassen, das Ultimatum wäre an diesem Sonntag ausgelaufen. Der Großteil des US-Personals hat das Land zwar bereits verlassen, eine Notbesetzung harrt aber weiter in der Botschaft in Caracas aus.

In der Zwischenzeit hat Venezuelas Außenministerium jedoch eine Fristverlängerung von 30 Tagen für die Diplomaten zugesagt. In dieser Zeit soll über eine angemessene Form der Interessenvertretung verhandelt werden.

Der Sicherheitsrat konnte sich am Samstag allerdings nicht auf eine gemeinsame Erklärung einigen. Während die USA Unterstützung für Guaidó einfordern wollten, strich Russland alles aus dem vorgelegten Entwurf, was in diese Richtung wies. So bleib am Ende nur der Aufruf zum Dialog zwischen Regierung und Opposition. Dem stimmte der US-Außenminister nicht zu.

Unterdessen sagte sich José Luis Silva, Militärattaché an der venezolanischen Botschaft in Washington, von Maduro los und stellte sich in den Dienst des selbst ernannten Interimspräsidenten Juan Guaidó. „Er ist der einzige rechtmäßige Präsident", sagte der Oberst in einer am Samstag veröffentlichten Videobotschaft. An andere Mitglieder der Streitkräfte appellierte er, es ihm gleichzutun. Zwar verfügt Guaidó international bereits über erheblichen Rückhalt, in Venezuela selbst hat er bislang aber keine echte Machtposition. Der entscheidende Machtfaktor in Venezuela ist das Militär, das bisher treu zu Maduro steht. *(mit dpa)*

> „Niemand wird uns Fristen setzen"
>
> Venezuelas Außenminister **Jorge Arreaza**

meinung + diskussion 12

Blamage für Donald Trump

Kein Geld für die Mauer zu Mexiko, aber der Shutdown der US-Regierung ist vorerst vorbei

Aus New York **Dorothea Hahn**

Die längste Haushaltssperre der US-Geschichte ist vorerst vorüber. Ein paar Stunden nachdem die Chefin der Gewerkschaft der Stewardessen die Möglichkeit eines Generalstreiks ins Spiel brachte, beendete Donald Trump am Freitag seinen Shutdown, mit dem er mehr als 800.000 Beschäftigte der Bundesregierung 35 Tage lang den Lohn entzogen und viele von ihnen mit Arbeitsverpflichtungen traktiert hatte.

In seiner Ansprache vom Rosengarten hinter dem Weißen Haus behauptete Trump zwar weiterhin: „Mauern funktionieren. Sie tun es wirklich. Sie sind eine Sache des gesunden Menschenverstands." Aber er machte zugleich eine Hundertachtzig-Grad-Kehrtwende, indem er erklärte: „Wir brauchen keine Mauer von einem Ozean bis zum nächsten." Damit beendete er die längste Schließung eines Teils der Regierungsgeschäfte in der US-Geschichte für zunächst drei Wochen, ohne sein Ziel erreicht zu haben.

Trumps Ankündigung ist das Resultat eines Kompromisses. Danach ist der Shutdown zunächst bis zum 15. Februar beendet. Nach Trumps Ankündigung sollen die Beschäftigten „sehr bald" Lohnrückzahlungen erhalten. Bis Mitte Februar will Trump weiterhin über seine Mauer verhandeln. Bei seinem Auftritt am Freitag drohte er erneut an, dass er den nationalen Notstand erklären könne, wenn er die Mauer nicht bekomme.

Kurz vor Schluss des Shutdown waren die Konsequenzen immer deutlicher geworden, und selbst Trump wurde wohl klar, dass er – und seine Partei – dafür verantwortlich gemacht wurden. Mitte der Woche hatten zahlreiche Bundesbeschäftigte eindrückliche Proteste organisiert – unter anderem in Räumen des US-Kongresses. Dabei beschrieben sie, wie groß die Probleme nach mehr als einem Monat ohne Lohn waren.

Manche hatten sich in die Schlangen der Armenküchen eingereiht, andere hatten Eltern und Freunde um Hilfe angebettelt. Viele mussten harte finanzielle Entscheidungen fällen. Wie die Frage, ob sie ihr Restgeld für Medizin, für die Universität ihrer Kinder oder für ihre Hypothek oder Miete verwenden sollen. Ein Teil der Bundesbeschäftigten in den USA kommt schon unter normalen Umständen angesichts von niedrigen und von Trump eingefrorenen Löhnen nur knapp über die Runden. Ersparnisse haben nur die wenigsten.

> Glatter Sieg für Nancy Pelosi, Trumps demokratische Gegenspielerin

Der Druck auf Trump erhöhte sich auch dadurch, dass sich immer mehr Sicherheitsbeschäftigte an den Flughäfen und an den Grenzen krank meldeten. Sie gehörten zu den Personen, die seit dem Beginn des Shutdown – unter Androhung des Verlustes ihres Arbeitsplatzes – dienstverpflichtet waren, aber keinen Lohn bekamen. Die Vizepräsidentin der Fluglotsengewerkschaft National Air Traffic Controllers Association sprach am Donnerstag auf dem TV-Sender PBS vom wachsenden Stress der Fluglotsen, der die Luftfahrt in den USA unsicherer mache.

In New York und an anderen Flughäfen des Landes mussten am Freitag zahlreiche Flüge aus Sicherheitsgründen verschoben werden, weil nicht genügend Personal vorhanden war. Am selben Tag warf Sara Nelson, Chefin der Association of Flight Attendants-CWA, das Stichwort „Generalstreik" in die Runde.

Seit Beginn des Shutdown am 22. Dezember operierte die neue Chefin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, gegen Trumps Strafaktion. Die Demokratin lehnte jede Diskussion über eine Mauer oder andere Grenzsicherungsmaßnahmen ab, solange der Shutdown anhalte. Zuletzt lud sie Trump auch für den kommenden Dienstag aus, den Tag, an dem der Präsident normalerweise vor dem kompletten Kongress der USA seine jährliche Ansprache zur „Lage der Union" hält. Das Auftreten der Sprecherin während des Shutdown nennen manche DemokratInnen „Pelosis besten Moment".

Trump hat den Shutdown damit begründet, dass er die Zustimmung des Kongresses zu 5,7 Milliarden Dollar für den Bau einer Grenzmauer wolle. Nachdem die RepublikanerInnen die Mehrheit im Repräsentantenhaus verloren hatten, fiel ihm kein besseres Mittel ein, um seinen Willen durchzusetzen. Für die Hartnäckigkeit der DemokratInnen sorgte einerseits der Wahlerfolg, bei dem sie bei den Midterms das Repräsentantenhaus zurückeroberten, und andererseits die neu erstarkte Parteilinke.

Grundsätzlich ist die Demokratische Partei nicht gegen eine Aufrüstung an der Südgrenze. In den zurückliegenden Jahren hat sie Milliarden dafür ausgegeben. Während Trump die Mauer mit der Abwehr von EinwandererInnen, von „Kriminellen" und von illegalen Drogen begründet, hat Pelosi am Freitag erklärt: „Das Insistieren auf einer Mauer ist ein Luxus, den sich unser Land nicht länger leisten kann."

Sie fügte hinzu, dass „90 Prozent der illegalen Drogen" und „sehr viele Asylbewerber" nicht über die grüne Grenze, sondern über offizielle Grenzstationen kämen. Genau dort will die demokratische Sprecherin mehr in Sicherheitsmaßnahmen investieren, um sie gegen den „Schmuggel von Schusswaffen, und Drogen" zu sichern.

Nicht alle DemokratInnen sind mit Pelosi einverstanden. Die demokratische Sozialistin Alexandria Ocasio-Cortez stimmte am Mittwoch im Repräsentantenhaus als einzige Demokratin gegen einen „Kompromissvorschlag" für das vorläufige Ende des Shutdown, der auch die Finanzierung der Abschiebebehörde ICE (Immigration and Customs Enforcement) vorsieht. Wie viele Linke und EinwanderungsaktivistInnen ist Ocasio-Cortez für die Auflösung und ersatzlose Abschaffung der Abschiebebehörde ICE.

taz genossenschaft

it Brex my heart

Demokratische Gesellschaften brauchen eine unabhängige Presse

die genossenschaft · taz ·

Setzen Sie ein Zeichen für Meinungsvielfalt und gegen Meinungsmache. **Werden Sie Mitglied der taz Genossenschaft**. Mit einer Einlage **ab 500 Euro** (wahlweise auch in 20 Raten zahlbar) können Sie MiteigentümerIn werden.

RM | SEHSTERN

geno@taz.de | T (030) 25 90 22 13 | www.taz.de/genossenschaft

gender pay gap

Fragen kostet nichts? Doch!

Seit einem Jahr darf jede und jeder erfahren, was die Kolleg*innen verdienen. Warum das Frauen und der Lohngerechtigkeit trotzdem nichts bringt

Foto: Barbara Dietl

Simone Schmollack ist taz-Autorin und war zuletzt Chefredakteurin der Wochenzeitung „Der Freitag". Sie redet selbst nicht gern über Geld, obwohl sie weiß, dass gerade Frauen das tun sollten. Ihre Themenschwerpunkte sind Gender- und Familienpolitik sowie Soziales und Gesundheit.

Entgelttransparenzgesetz? Bitte was? Die meisten Menschen, die man außerhalb der Medienszene und Fachkreise danach fragt, haben noch nie davon gehört. Sie bekommen große Augen, wenn sie erfahren, dass ihnen ein Gesetz seit einem Jahr erlaubt, zu erfahren, was ihre Kolleg*innen verdienen, die die gleiche Arbeit machen wie sie. Transparente Gehälter finden die meisten super. Schließlich geht es um Gerechtigkeit, insbesondere gegen die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern – das vielbeschworene „Gender Pay Gap".

Dem Unterschied in der Bezahlung von Frauen und von Männern in Höhe von 21 Prozent in Deutschland wollen zahlreiche Verbände sowie linke Parteien seit Jahren an den Kragen. Doch sosehr die Organisationen und Parteien auf die himmelschreiende Ungerechtigkeit hinweisen, so stark beharrt die Lohnlücke auf ihrem angestammten Platz. Dagegen kann auch das seit einem Jahr geltende Transparenzgesetz nichts ausrichten. Es zeigt sich bislang sogar recht schwach.

Das kleine Island zeigt, dass eine geschlechtergerechte Unternehmenskultur keine Utopie sein muss

Verschiedenen Untersuchungen zufolge, darunter eine des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) und eine der Unternehmensberatung Ernst & Young, machen nur wenige Menschen Gebrauch von ihrem Auskunftsrecht. Selbst in großen Unternehmen mit bis zu 100.000 Beschäftigten sollen bislang nur jeweils bis zu 50 Menschen nachgefragt haben, Frauen oft sogar noch seltener als Männer. Doch warum nur? Schließlich bewegt die meisten nichts so sehr wie Geld: Bekomme ich so viel, wie ich verdiene? Reicht mein Gehalt für ein Leben jenseits von Not und purer Existenzsicherung? Bei erwerbstätigen Frauen kommt eben noch die leidige Frage hinzu, ob der Arbeitgeber sie genauso bezahlt wie die Männer mit gleicher Jobbeschreibung. Diese Frage konnten sich Frauen bislang nicht beantworten. Das Gehalt der Kolleg*innen zu erfahren, ist in Deutschland so unüblich, wie in Sri Lanka Schlittschuh zu laufen. Viele Arbeitsverträge enthalten sogar eine Schweigepflicht, was das Gehalt angeht.

Nun also haben Frauen den gesetzlichen Anspruch, zu erfahren, ob ihr Unternehmen sie einigermaßen gerecht bezahlt – und sie fragen nicht danach. Was läuft verkehrt an der von Benachteiligung geprägten Gehälterfront? Das Gesetz wurde schließlich vor allem von Frauen für Frauen gemacht. Elke Hannack vom DGB erklärt es so: „Ein Auskunftsbegehren bringt die betroffenen Frauen in eine schwierige Situation. Entweder sie unterstellen ihrem Arbeitgeber indirekt Entgeltdiskriminierung und bringen damit eventuell ungerechtfertigtes Misstrauen zum Ausdruck. Oder sie decken tatsächlich am Ende eine Entgeltdiskriminierung auf – und können nicht wirksam dagegen vorgehen."

Henrike von Platen, Finanzexpertin und Chefin des Fair Pay Innovation Lab, einer Unternehmensberatung für faire Löhne und Gehälter, weiß aus ihrer Berufspraxis, dass viele Chef*innen an einer Offenlegung der Gehälter in ihren Firmen nicht interessiert sind. „Sie fürchten Unruhe im Unternehmen und blockierendes Konkurrenzverhalten." Und: Frauen haben mit Nachteilen zu rechnen, wenn sie trotzdem nachfragen. Da wägen sie doch lieber ab: Was ist mir wichtiger, ein gerechter Verdienst oder mein sicherer Job?

Dass Lohntransparenz nicht automatisch gerechte Löhne schafft, zeigen „Genderparadiese" wie Norwegen und Schweden. In den skandinavischen Ländern werden jedes Jahr die Steuerdaten ins Netz gestellt. Alle Einwohner*innen können sehen, was Kolleg*innen, Nachbar*innen, Politiker*innen und die eigenen Chef*innen verdienen. In Schweden schaut aber trotzdem kaum jemand auf das entsprechende Portal. „Das schickt sich nicht", argumentieren die Schwed*innen. In Norwegen hat die Veröffentlichung der Steuerdaten nicht dazu geführt, dass die geschlechterbezogene Lohnlücke stark verringert worden wäre. Der norwegische Gender Pay Gap bewegt sich seit Jahren zwischen 14 und 16 Prozent.

Was nun? Wie kommt man denn nun zu gerechten Verdiensten? Die Lösung ist einfach und schwierig zugleich: mit einer anderen Unternehmenskultur, mit einem Klima, in dem das Wir zählt und nicht das Ich. In dem Gerechtigkeit lenkt und nicht Egoismus. Denn wo traditionelle und männlich geprägte Strukturen dafür sorgen, dass die Firmenspitze nicht nur besser verdient (was legitim ist), sondern mit Dienstwagen, Diensthandy, Zulagen und Sondervergütungen zusätzliche Machtfülle erhält und Frauen an den Rand drängt, haben sicher die wenigsten Mitarbeiterinnen den Drang, mit den Chefs über transparente Gehälter zu verhandeln. Auch dort, wo Frauen an der Spitze mitwirken, aber in der Minderheit sind, ändert sich die Unternehmenskultur kaum.

Um aber auch das deutlich zu sagen: An Frauen allein hängt nicht die Unternehmenskultur, Frauen sind weder für das Betriebsklima zuständig, noch sind sie ein Garant für Fairness und gleiche Löhne. Eine von Offenheit und Vertrauen geprägte Arbeitsatmosphäre müssen alle wollen, von der ungelernten Kraft bis zur Firmenleitung. Eine Utopie? Dass es geht, zeigt Island. Dort haben Arbeitgeber*innen, Gewerkschaften sowie der Sozialminister gemeinsam vor einem Jahr ein Gesetz geschaffen, das bis 2022 den Gender Pay Gap beseitigen soll. Nun ist Island mit seinen 103.125 Quadratkilometern recht überschaubar, viele der 339.000 Einwohner*innen dürften sich persönlich kennen. Bemerkenswert ist aber, dass sich die Arbeitgeber*innen nicht – wie vielfach in Deutschland – gegen das Transparenzgesetz gesträubt, sondern es aktiv mitgestaltet haben. Sie hatten erkannt, dass faire Löhne ihr Unternehmen attraktiv machen. „Die Zeit ist reif, mal etwas Radikales in diese Richtung zu unternehmen", hatte Þorsteinn Víglundsso, der damalige Sozialminister, gesagt.

Ein Satz, der wie gemacht ist für einen Bundespräsidenten in Deutschland, lautet: „Lohngerechtigkeit gehört zu Deutschland."

Bernd Pickert über den internationalen Druck auf Venezuela

Ein fader Beigeschmack

Fünf europäische Staaten, darunter Deutschland, haben dem amtierenden Präsidenten Venezuelas, Nicolás Maduro, ein Ultimatum gestellt: Entweder er rufe binnen acht Tagen Neuwahlen aus oder man werde Juan Guaidó – den Parlamentspräsidenten und seit letzter Woche selbst ernannten Staatschef – als Präsidenten anerkennen.

Verfassungsrechtlich ist dieser Schritt nicht zu begründen: Guaidó beruft sich auf Artikel 233 der venezolanischen Verfassung, nach dem der Parlamentspräsident übergangsweise die Regierungsgeschäfte übernimmt und binnen 30 Tagen Neuwahlen ausruft. Und zwar nur dann, wenn an der Staatsspitze ein Machtvakuum entstanden ist, etwa durch Ableben des Präsidenten. Von einem solchen Machtvakuum kann nicht die Rede sein: Maduro hat ja nicht zu wenig, sondern zu viel Macht. Die aber, so die berechtigte Lesart der Opposition und zumindest großer Teile des Auslands, hat er zu Unrecht, weil die Wahlen vom Mai vergangenen Jahres weder frei noch fair waren.

Im Prinzip ist es nicht falsch, wenn im internationalen diplomatischen Miteinander auf die Einhaltung demokratischer Spielregeln geachtet würde. Aber man macht sich gewiss nicht des billigen Whataboutism schuldig, wenn man feststellt, dass dieses Kriterium bei internationalen Allianzen in der Regel nun wirklich keine Rolle spielt.

Im Fall Venezuelas geht es insofern nicht grundsätzlich um Demokratie. Guaidó hat laut AP dieses Manöver seit Monaten vorbereitet – unter anderem in Geheimgesprächen mit den USA und den rechten Regierungen Kolumbiens und Brasiliens. Sein Vorgehen hat einen sehr faden Beigeschmack, was aber dennoch nicht zwangsläufig bedeutet, dass die Einmischung von außen falsch ist. Denn wenn es durch solcherart diplomatischen Druck tatsächlich gelänge, auf friedliche Weise einen sonst vom Maduro-Regime ausgeschlossenen Politikwechsel durch freie Wahlen einzuleiten, wäre dem ruinierten Land sehr gedient.

ausland 11

Mortaza Rahimi über die Gespräche zwischen den Taliban und den USA

Demokratie ist nicht verhandelbar

Nach sechs Tagen endete am Wochenende die vierte Runde der Friedensgespräche zwischen den Taliban und den USA. Es ist das erste Mal seit 9/11, dass die Taliban so lange und ernsthaft mit den USA verhandeln. Optimistisch gesehen, sind diese Gespräche eine großartige Gelegenheit, den 17-jährigen blutigen Krieg in Afghanistan zu beenden. Doch es ist gleichzeitig äußerst besorgniserregend, dass an allen vier Gesprächsrunden kein einziger Vertreter der afghanischen Regierung beteiligt war.

Das Bedürfnis nach Frieden ist in Afghanistan unbeschreiblich groß. Aber für die große Mehrheit ist nur ein Frieden akzeptabel, bei dem die Errungenschaften der Jahre nach der Talibanherrschaft nicht untergraben werden. Ein Frieden mit Würde, der eine Rückkehr in das Grauen unmöglich macht.

Die Afghanen haben in den letzten 17 Jahren viele Opfer gebracht, um in ihrem Land demokratische Strukturen aufzubauen. Frauen haben heute Freiheiten und Möglichkeiten, die sie vorher nicht hatten. Meinungs- und Medienfreiheit sind zumindest in der Verfassung garantiert. All diese Errungenschaften sind nicht verhandelbar – weder durch die USA noch durch die Taliban. Genauso wenig sollten in der Hektik dieser Gespräche die Opfer des 17-jährigen Krieges vergessen werden. Die Mörder von Tausenden Menschen dürfen sich nicht erneut der Bestrafung entziehen, wie dies bei der ersten Bonner Konferenz der Fall war.

Die USA scheinen kein Problem damit zu haben, all das aufs Spiel zu setzten, um ihren Krieg in Afghanistan hinter sich zu lassen. Die Entscheidung über die politische Zukunft müssen aber die Afghanen selbst treffen. Um einen echten Frieden zu erreichen, müsste zunächst ein Team aus Afghanen gebildet werden, die über die nötigen Qualifikationen und die Legitimation verfügen, zu verhandeln. Zu diesem Team müssen zwingend auch Vertreter der Zivilgesellschaft, darunter auch Frauen gehören. Alles andere ist unausgewogen, einseitig und wird keinen dauerhaften Frieden bringen.

ausland 10

die dritte meinung

Nur schlaue Steuerregeln helfen gegen die Stinkediesel der Autoindustrie, sagt Gerd Grözinger

Gerd Grözinger ist Professor für Sozial- und Bildungsökonomik an der Europa-Universität Flensburg.

Der Kampf um Fahrverbote für schmutzige Diesel geht unvermindert weiter. Die Deutsche Umwelthilfe gewinnt ihre höchst lobenswerten Prozesse, die Parteien dagegen wollen irgendwie alle Fahrverbote verhindern, sogar die Grünen, so sie denn für die kommunale Verkehrssituation zuständig sind. Und die für die Feinstaubbelastung verantwortliche Automobilindustrie kann man angeblich nicht belangen.

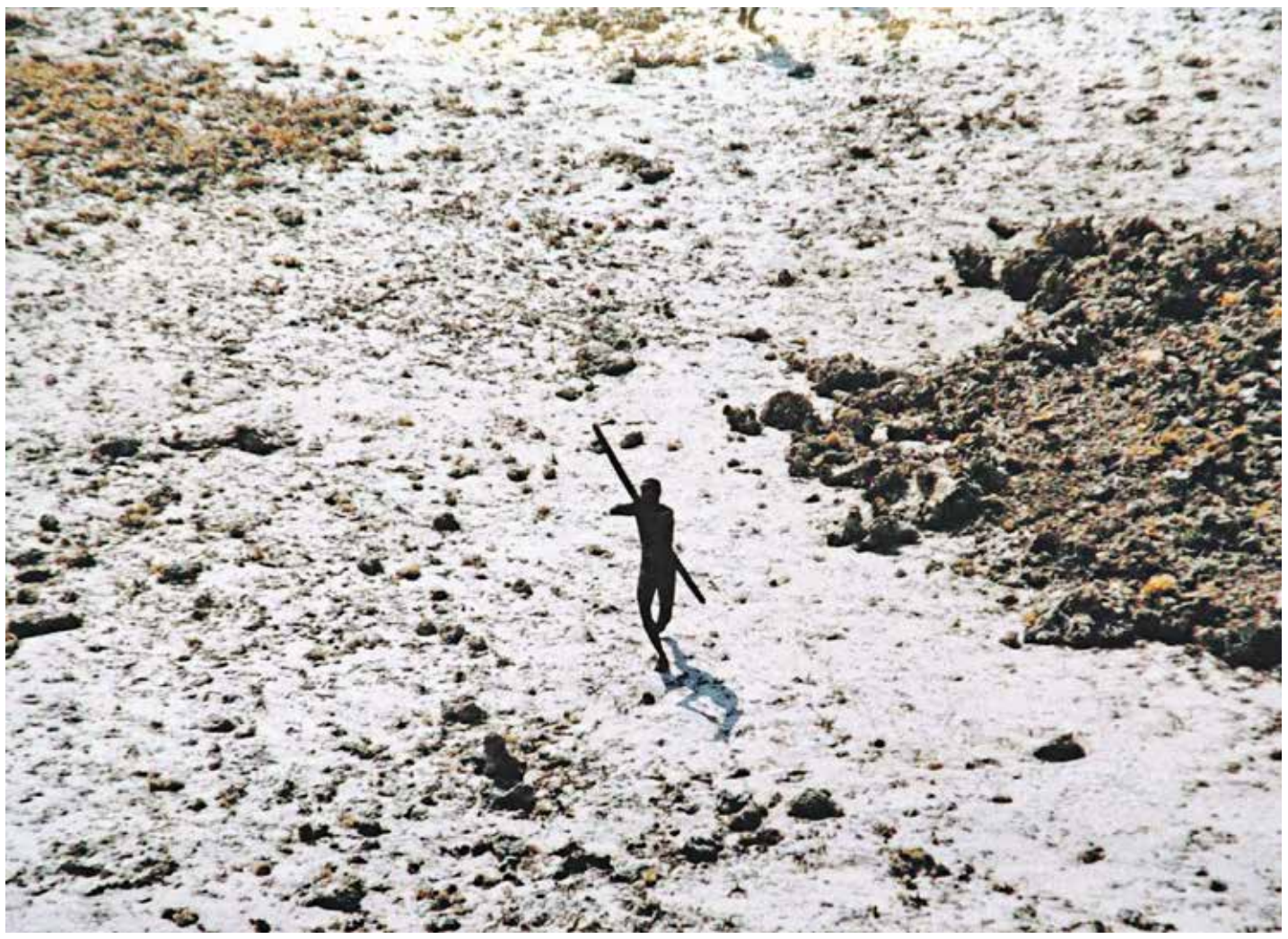
Stimmt das so? Nur wenn man in die Vergangenheit schaut, wo in der Tat wohl wenig zu machen ist, wenn damals geltende Grenzwerte tatsächlich eingehalten wurden. Der Gesetzgeber hat aber durchaus große Gestaltungsmacht im steuerlichen Bereich. Der Vorschlag wäre: Auf jeden neu verkauften Diesel-Pkw in Deutschland wird eine Sondersteuer von z. B. 500 Euro erhoben, für Benziner dagegen zahlt man nichts. Bei einem durchschnittlichen Verkaufspreis von über 30.000 Euro für Neuwagen dürfte das kaum zu Einbußen bei den Pkw-Verkäufen führen. Es würde aber sehr am Gewinn kratzen, der oft auch nur einige Hundert Euro pro Wagen beträgt. Will man weiter Diesel verkaufen, kann man das nur schwer auf die ohnehin verunsicherten Kunden abwälzen.

Der Clou wäre nun, dass man den Konzernen Gelegenheit geben könnte, diese neue Steuer zu mindern, indem sie tätige Reue üben. Man würde eine zweite Vorschrift einführen: Die Steuerschuld würde gemildert, wenn in Städten mit zu hoher Feinstaubbelastung die dort oder bei Berufspendlern im Umland gemeldeten älteren Diesel aus dem Verkehr gezogen und nirgendwo sonst in Deutschland wieder angemeldet würden. Dafür könnte man einen Betrag von mehreren Tausend Euro pro Wagen ansetzen.

Für die Autoindustrie würde es sich also lohnen, Altdieselbesitzer aus solchen Gebieten mit attraktiven Angeboten dazu zu bringen, den Stinkewagen abzuschaffen. Ob durch den Verkauf eines saubereren Neuwagens, den Einbau eines Katalysators mit 6d-Temp-Qualität oder auch nur durch das Angebot einer reinen Ankaufprämie, kann dem Gesetzgeber erst einmal egal sein.

Mission made possible

November 2018: Ein junger US-Amerikaner wird von Bewohnern einer Insel im Indischen Ozean getötet. Trotz eines Verbots der indischen Regierung und vieler Warnungen wollte er die isoliert lebende Gruppe zum Christentum bekehren. John Allen Chau war aber kein auf eigene Rechnung agierender religiöser Spinner, sondern Teil eines evangelikalen Netzwerks zur weltweiten Missionierung



Ein Bewohner des North Sentinel Island zielt auf einen Hubschrauber der indischen Küstenwache nach dem Tsunami vom 28. Dezember 2004
Foto: Indian Coast Guard/ap/picture alliance

Aus New York **Dorothea Hahn**

John Allen Chau ging vergangenen November an Land auf die North Sentinel Insel im Indischen Ozean, die Bewohner töteten ihn mit Pfeilen. Er war allein, aber hinter dem 26-jährigen selbst erklärten Missionar, der eine der letzten Gesellschaften von Jägern und Sammlern zu seinem Glauben bekehren wollte, stand ein breit gefächertes Netzwerk evangelikaler Christen in den USA. Diese Hintermänner und -frauen geben seit seinem mutmaßlichen Tod Mitte November keine Interviews. Gegenüber ihren Anhängern freilich haben sie längst damit begonnen, Chau zu einem Märtyrer zu machen.

„Er war ein großartiger junger Mann", schwärmte William Wilson, Präsident der evangelikalen Oral Roberts Universität in Tulsa/Oaklahoma, in seiner diesjährigen Weihnachtsansprache von seinem Absolventen. Hunderte von Studierenden hielten brennende Kerzen in Händen, während Wilson von ihrem toten Ex-Kommilitonen Chau als Vorbild sprach und versicherte: „Seine Mission war nicht sinnlos, wie es die Kritiker in den warmen Bürostuben mehrheitlich sterbender Kirchen behaupten. John hat versucht, die Liebe Jesu in eine der dunkelsten Ecken der Erde zu tragen."

Auch bei der Missionsorganisation „All Nations" in Kansas City/Missouri, wo sich Chau zum Missionar ausbilden ließ, wird er posthum verehrt. In einer Hommage auf der Webseite lobt die Chefin der Organisation, Mary Ho, die Bereitschaft von Chau, „Gottes Liebe mit den Sentinelesen zu teilen".

Dass dies nicht auf Gegenliebe der Insulaner stoßen würde, war Chau klar. Kurz vor seinem Tod nämlich nahm er an einem „Boot Camp" von „All Nations" teil, um sich für Extremsituationen vorzubereiten. Dabei wurden die Teilnehmer in ein Trainingsdorf in Kansas geführt, dessen „Bewohner" unverständliches Kauderwelsch sprachen und die Eindringlinge mit Pfeilen beschossen.

Chau lernte, sich mit einer Zange selbst Pfeile aus dem Körper zu ziehen. Die Ausbilder betrachteten ihn als einen ihrer besten Kursabsolventen. Bei einer anderen evangelikalen Gruppe, dem auf Übersetzungen spezialisierten „Summer Institute of Linguistics" (SIL) in Britisch Columbia/Kanada bemühte sich Chau, die Bibel in die Sprache der Sentinelesen zu übersetzen – ein Idiom, das allerdings schon den Bewohnern der Nachbarinseln unverständlich ist.

Mitte November, als Chau sich der Insel von der Größe Manhattans mit einem Kajak näherte, rief er den am Ufer stehenden Menschen vom Wasser aus auf Englisch zu: „Ich liebe euch. Und Jesus liebt euch auch." Ein Insulaner schoss einen Pfeil auf ihn, der in Chaus Bibel stecken blieb. Andere Insulaner hätten gelacht, berichtete Chau anschließend in einem letzten Brief an seine Familie. Er schrieb auch, dass er nicht sterben wolle. Dennoch ließ er sich tags drauf erneut von Fischern in die Nähe der Insel bringen und schwamm von ihrem Boot aus an den Strand und in seinen Tod.

Chau wusste, dass seine Aktion illegal, unerwünscht und gefährlich war. Die indischen Behörden verbieten Außenstehenden den Zugang zu der Insel, um die Bewohner vor ansteckenden Krankheiten zu schützen, gegen die sie keine Widerstandskräfte haben. Und die Sentinelesen selbst haben ihre Ablehnung gegen Eindringlinge immer wieder mit tödlichen Pfeilen deutlich gemacht.

Ron Free sagt dazu: „Wer von Gott aufgefordert wird, zu einem dieser Orte zu gehen, hat eine Verpflichtung, es zu tun." Der 73-jährige wiedergeborene Christ hat Chau nicht persönlich gekannt, aber er teilt dessen missionarischen Eifer. Chau habe „sehr mutig" gehandelt und sei für einen „guten Zweck" gestorben, ist Free überzeugt.

Free war als Geologe im Goldbergbau in Südafrika tätig. Als er den Job verlor, machte er eine Ausbildung zum Missionar bei der evangelikalen Gruppe „Youth with a Mission" (YWAM). Dann zog er mit Frau und Sohn in den vom Bürgerkrieg zerstörten Norden Mosambiks. Er verteilte Milchpulver an junge Mütter, organisierte Veranstaltungen mit Tausenden Teilnehmern und blieb zwölf Jahre. Wie die meisten evangelikalen Missionare finanzierte er sich mithilfe von Spenden – in seinem Fall waren es drei Kirchengemeinden sowie Privatpersonen in den USA. Im Gegenzug schickte er seinen Geldgebern monatliche Berichte. Free sieht ein riesiges Feld für Missionare – nicht nur in Afrika und Asien, sondern auch in Europa. Frankreich erscheint ihm besonders attraktiv: „Weil es dort nur 4 Prozent wiedergeborene Christen gibt". Dem Vorwurf der Intoleranz gegenüber anderen Religionen und Kulturen widerspricht Free. Er würde das Evangelium ja niemanden einprügeln, sondern lediglich darüber aufklären. Damit helfe er, denn „erlöst" könne nur werden, wer Jesus Christus kenne.

Chau lernte, sich mit einer Zange Pfeile aus dem Körper zu ziehen

Der tote Chau und der in die USA zurückgekehrte Free, der seinen Lebensunterhalt jetzt als Schulbusfahrer finanziert, weil er keine Rente bekommt, gehören zu einer schnell wachsenden Bewegung.

Missionierung ist Teil des amerikanischen Mythos. Doch statt der 57.000 in den 1970er Jahren sind heute 130.000 Vollzeitmissionare aus den USA international unterwegs. Sie stellen die stärkste Gruppe unter den weltweit 400.000 Vollzeitmissionaren, gefolgt von den Brasilianern.

Während sich die traditionellen Kirchen – Katholiken, Lutheraner, Methodisten – zurückziehen, entsenden Mormonen, gefolgt von den Baptisten, den Pfingstlern und anderen evangelikalen Konfessionen, immer mehr Missionare. Noch stärker als die Hauptberuflichen sind weltweit die Teilzeitmissionare aus den USA vertreten. Sie bleiben nicht länger als zwei Jahre und manchmal auch nur ein paar Wochen lang vor Ort.

Religionshistorikerin Kathryn Long erklärt das Phänomen mit einer Mischung aus „Abenteuerlust" und spirituellem Antrieb. „Manche Leute machen Ökotourismus", sagt sie, „andere missionieren."

Im Web und in Veröffentlichungen für das evangelikale Publikum in den USA gibt es Onlinekurse, Boot-Camps und Schnuppermissionen. Die Gruppe „GlobalFrontier Mission" sucht nach „abenteuerlustigen, unternehmerischen und von Pioniergeist beseelten" Kandidaten. Jenen, die nicht selbst losziehen wollen, schlagen evangelikale Organisationen vor, Geld zu spenden, um ihren biblischen Missionsauftrag zu erfüllen.

Ein hässlicher Amerikaner?

Chau kam über das „Joshua Project" zu seiner „Berufung". Die evangelikale Organisation führt eine Liste von „Unreached People Groups" (nicht erreichte Volksgruppen), die sie bekehren wollen. Gegenwärtig listet das „Joshua Project" drei Milliarden Menschen aus 7.063 Gruppen auf – dazu zählen so kleine wie die geschätzt mehreren Dutzend Sentinelesen und so große wie Hindus, Muslime und Buddhisten. Nachdem Chau die Sentinelesen für sich entdeckte, als er 16 war, wurde die Idee, ihnen das Wort Gottes zu bringen, sein Leitmotiv. Er dokumentierte seine Vorbereitung mit Wanderungen, Schwimmen, Paddeln und Tauchen auf einem Blog. Zusätzlich unternahm er kürzere missionarische Trips in den Irak und nach Südafrika.

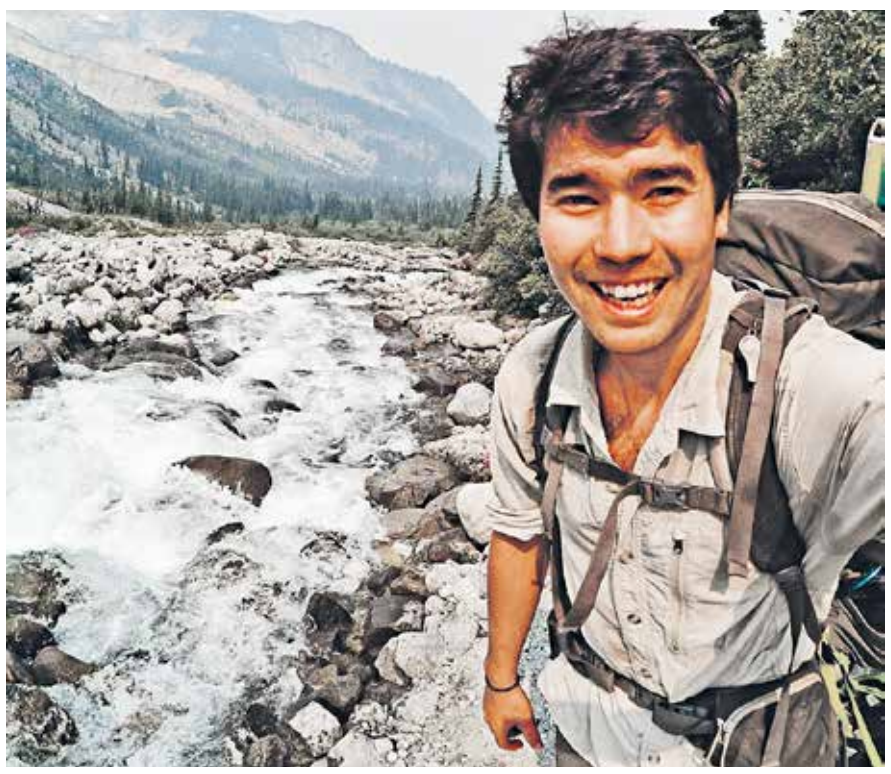
Liberale Christen in den USA haben Chau posthum als „Spinner", „hässlichen Amerikaner" und „Kulturimperialisten" bezeichnet. Aber die Infrastruktur von konkurrierenden evangelikalen Organisationen in den USA ist inzwischen so dicht, dass Missionare wie Chau sicher sein können, auch in Zukunft die nötige Unterstützung zu finden.

In der Geschichte des Christentums ist das nicht neu. Todd Johnson vom Center of the Global Study of Christianism in Boston, der den „Atlas of Global Christianity" herausgibt, verweist darauf, dass es Missionare waren, die das Christentum verbreitet haben. „Auch Deutschland wurde erst durch Missionare christlich", sagt er.

Am Fuller Seminar in Kalifornien, der größten evangelikalen Universität der Welt, die „Missiologie" als Studienfach hat und außerehelichen Sex verbietet, ist ein Anthropologe unglücklich über Chaus tödliche Mission.

Professor Dan Shaw, der vor vier Jahrzehnten selbst bei einer „unerreichten Volksgruppe" in Papua-Neuguinea lebte, um mithilfe des SIL eine Bibel zu übersetzen, kritisiert heute das Vorgehen des jungen Missionars: weil der trotz Verbots auf die Insel gegangen sei; weil er die Fischer bestochen habe, ihn in die Nähe der Insel zu bringen; weil er keine christlichen Partner auf den Nachbarinseln hatte und weil seine Aktion das Leben künftiger Missionare in Indien erschwere.

„All das wird die Isolation der Sentinelesen verstärken", beklagt Shaw. Aber grundsätzliche Kritik am Missionieren hat er nicht. Er will es lediglich anders und besser machen. „Wir brauchen ein New Age beim Missionieren", sagt der evangelikale Anthropologe, „denn die Erfolge unserer Bewegung sind insbesondere in islamischen, buddhistischen und hinduistischen Regionen begrenzt."



John Allen Chau bereitete sich mit Wanderungen und einem „Boot Camp" auf seine Mission vor
Foto: reuters

Foto: privat

Fatma Aydemir
Minority Report

Jede Ehe ist eine Scheinehe

Seit Kurzem trage ich Schmuck an meinem rechten Ringfinger und der Satz, den ich seitdem ziemlich häufig höre, lautet: „Also von dir hätte ich das ja nicht gedacht!“ Das soll wohl Enttäuschung ausdrücken. Nicht etwa weil die jeweilige Person mir einen Antrag machen wollte, sondern weil sie mich als Verbündete sah – und sich durch den Ring plötzlich verraten fühlt.

Heiraten ist uncool, unzeitgemäß, antifeministisch, falsch … Die Liste lässt sich noch endlos weiterführen, schließlich leben wir in einer modernen westlichen Demokratie, wo progressive, selbstbestimmte, linke Menschen die Ehe grundsätzlich ablehnen sollten. Wer heiratet, fördert Unterdrückung, den Erhalt des Patriarchats. So einfach ist das. Oder etwa nicht?

So las sich auch einer der seriöseren Kritikpunkte an einem Tweet, den Mission Lifeline vergangene Woche absetzte: „Ihr seid noch nicht verheiratet? Vielleicht verliebt ihr euch zufällig in einen Menschen, der*die hier noch kein Bleiberecht hat. Könnte passieren, oder? Bleibt offen!“ Die Reaktionen auf die ohnehin umstrittene private Seenothilfe waren heftig und gingen in alle Richtungen. Vor allem hieß es, die NGO verkupple „kriminelle Flüchtlinge“ und rufe zu einer Scheinehe auf – einer in Deutschland massiv verfolgten Straftat.

Nun ist es mit dem Konzept Scheinehe aber so eine Sache. Juristisch bedeutet es, dass eine Ehe nur formal geschlossen wird, damit eine oder beide Seiten einen rechtlichen Vorteil aus der Eheschließung ziehen. Das ist interessant, denn das trifft auf so ziemlich jede Ehe zu, die mir bekannt ist. Die einen heiraten, um Steuern zu sparen, die anderen, um finanziell abgesichert zu sein durch die Unterhaltspflicht. Viele heiraten, weil sie jemanden brauchen, der sie pflegt und vögelt und in den Arm nimmt, ohne jedes Mal extra dafür bezahlen zu wollen – sondern als Flatrate quasi.

Okay, manche heiraten auch aus religiösen Überzeugungen oder weil sie zu viele Hollywoodfilme gesehen haben, aber selbst das halte ich für Schein – denn wo andere eine Beziehungspause einlegen oder sich trennen, reichen Eheleute eben nicht sofort die Scheidung ein, sondern überlegen erst mal, ob sich das überhaupt rechnet. Man kann also durchaus sagen: Jede Ehe ist eine Scheinehe.

Solange es in diesem Land Rechte gibt, die nur mit der Eheschließung einhergehen, ist die Aversion gegen Heirat häufig nur ein Zeichen von Privilegiertheit. Man selbst hat es nicht nötig und verachtet jene, die es tun – ob aus finanziellen Gründen oder wegen des Aufenthaltstitels, der tatsächlich am einfachsten über die Eheschließung abzusichern ist. Ob Heiraten die klügste Form des Aktivismus ist, sei dahingestellt – die ungleiche Machtverteilung in so einer Beziehung endet ja wirklich nicht selten in Erpressung. Aber solange die Institution Ehe nicht komplett abgeschafft wird – das wäre immerhin konsequent –, ist der Rat von Mission Lifeline gar nicht so verkehrt: Vielleicht ist wahre Liebe ja nichts anderes als die strategische Aufteilung der eigenen Privilegien.

Die Fünftagevorschau

Di., 29. 1.
Juri Sternburg
Lügenleser

Mi., 30. 1.
Anja Maier
Bauernfrühstück

Do., 31. 8.
Hannah Reuter
Blind mit Kind

Fr., 1. 2.
Peter Weissenburger
Eier

Mo., 4. 2.
Mithu Sanyal
Mithulogie

kolumne @taz.de

taz shop

©TOM-Tassen

Es gibt Comics, die kann man öfter lesen, ohne dass einem langweilig wird. Manche auch jeden Tag. Die haben wir auf Tassen drucken lassen, gegen Morgenmuffeligkeit.
Und spülmaschinenfest sind sie auch.
Schwarz-weiß, für jeweils **€ 8,00**, **farbig,** für jeweils **€ 10,00**
Alle fünf Tassen € 40,50

10 % Rabatt für taz-AbonnentInnen & taz-GenossInnen

taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21
10969 Berlin | T (030) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de | www.taz.de/shop

wie geht es uns, herr küppersbusch?

Bayernfreier Handball-Zauber, fälliger Blindtest zum Aluhut und das Recht auf Verkehrsunfälle

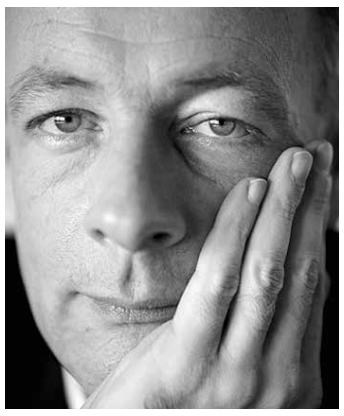


Foto: Wächter/Caro

taz: Herr Küppersbusch, was war schlecht in der vergangenen Woche?

Friedrich Küppersbusch: Sack Reis voll eifersüchtig.

Und was wird besser in dieser?

Irgendjemand ist Dschungelkönigin geworden.

Angela Merkel und Emmanuel Macron haben in Aachen einen neuen Freundschaftsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich unterschrieben. Wann heiraten wir die Franzosen? Und ist die enge Verbindung eigentlich gut oder schlecht für die Europäische Gemeinschaft?

„Wenn sonst schon keiner etwas für die europäische Einigung tut, tun wir auch nichts, haben uns aber sehr lieb dabei!“ – so wird’s gelesen. Der Aachener ergänzt den Epochen wendenden Élysée-Vertrag von 1963, und wollte man jeden Vertrag so sensationell gestalten wie den ersten, hätte man sich diesmal auf eine Länderfusion binnen zehn Jahren einigen müssen. Das war ein großer Wurf. Wir sind ja im Wiedervereinigen inzwischen auch ein bisschen zögerlich geworden. Macron hat für seine Heiratsanträge einen netten Nachmittag bei den Schwiegereltern bekommen, Merkel lächelt die fällige Antwort nun zwei Jahre ins Nichts. Da „Europa“ bisher ein Ringelreihen um ein sozialpolitisches schwarzes Loch scheint, wären ein deutsch-französischer Mindestlohn, kompatible Sozialversicherungen, Angleichungen im Steuertarif nächste große Würfe. Diesmal hat’s nur fürs Händchenhalten unter strenger Aufsicht verkrachter Familien gereicht.

Über neun Millionen Menschen sahen die Spiele der Handball-Weltmeisterschaft. Was ist nur aus dem weltmeisterlichen Fußball geworden?

Foto: Oliver Berg/dpa

Macron hat für seine Heiratsanträge einen netten Nachmittag bei den Schwiegereltern bekommen, Merkel lächelt die fällige Antwort nun zwei Jahre ins Nichts

„Handball ist kein Metropolensport“ – was immerhin verheißt, dass sich kein HC Bayern München flugs an den Siebenmeterkreis durchkauft und Zauber gegen Langeweile auswechselt. Noch haftet ihm auch viel sportleistungskurshaftes an, kein Prollsport, und obendrein: Fürs bloße Betrachten eines „normalen Remplers“ unter Handballern würde ein Fußballer nach dem Mannschaftsarzt rufen. Nach dem Wintermärchen 2007 zerstob der nationale Taumel; der Verband will nun die „nahbaren, tollen Typen mit Profil und Charakter“ medial präsent halten. Nüchtern betrachtet: Mehr als die Hälfte aller Spieler in den beiden Finales verdient ihr Geld schon bei deutschen Clubs. Noch mehr Aufsehen gleich noch mehr Kohle gleich noch mehr bäh.

In Venezuela ernennt sich Parlamentspräsident Juan Guaidó selbst zum Interimsstaatschef. Könnte man mit dieser Methode auch die Probleme in Washington lösen?

Nancy Pelosi scheint da auf einem guten Weg.

Der langjährige Trump-Berater Roger Stone ist in Florida verhaftet worden. Der Anfang vom Ende der Ära Trump?

Sorry, die „Anfänge vom Ende“ summieren sich und begannen ungefähr am Tag seiner Inauguration.

Ein Lungenarzt findet, dass die Stickoxid-Grenzwerte abgeschafft werden sollen, weil sie willkürlich seien. Bilden wir uns die schlechte Stadtluft nur ein?

Von viertausend angeschriebenen Lungenärzten haben gut hundert die Grenzwerte und Folgen infrage gestellt. In der seriösen Wissenschaft gehört ein Blindtest dazu, und so freuen wir uns, wenn sich von viertausend Physikern über hundert zum Aluhut bekennen.

Laut einer ZDF-Umfrage ist jeder Zweite in Deutschland für ein Tempolimit von 130km/h auf unseren Autobahnen. Warum kommt es dann nicht einfach mal?

Saß diese Woche in einem flammneuen Leihwagen, der mich von Überholwarnung, Routenvarianten, Anschnall-Alarm, Tempomat-Stufe bis Schaltvorschlag so durchbevormundete, dass ich erwog, für den Fall meiner Demenz ihn als meinen gesetzlichen Vormund einzusetzen. Er brächte mich allein zur Arbeit und ein paar Fernsehkonzepte rotzte er sicher auch noch runter. Der deutsche Kraftfahrer wird mählich von Assistenzsystemen übermoost, offenbar will er das – bis auf eine technisch vermutlich eher schlichte Drossel bei 130. Das Auto kann alles, also bestehen wir auf unser Recht zum frei gewählten Verkehrsunfall.

Im ganzen Land demonstrieren Schüler jetzt jeden Freitag für mehr Klimaschutz und lassen dafür den Unterricht sausen. Was sollen Lehrer ihnen dafür ins Zeugnis schreiben, einen Tadel oder einen lobenden Vermerk?

Puh, Vorwarnung Protestgeheul aus dem Schülerrat: Das Lehrpersonal sollte seine Themen drauf einrichten und mittelfristig so Teilnahme am Unterricht sichern.

Und was machen die Borussen?

„Ihr Schicksal – unsere Mahnung“, Banner zum Jahrestag der Auschwitz-Befreiung beim Heimspiel gegen Hannover. Schon klar, da lungern keine 81.000 Antifaschisten im Stadion, doch die schon auch.

Fragen: Markus Kowalski, Waam

Friedrich Küppersbusch ist Journalist, Fernsehproduzent und Edelreservist; Mordswurf und null Technik

specht der woche

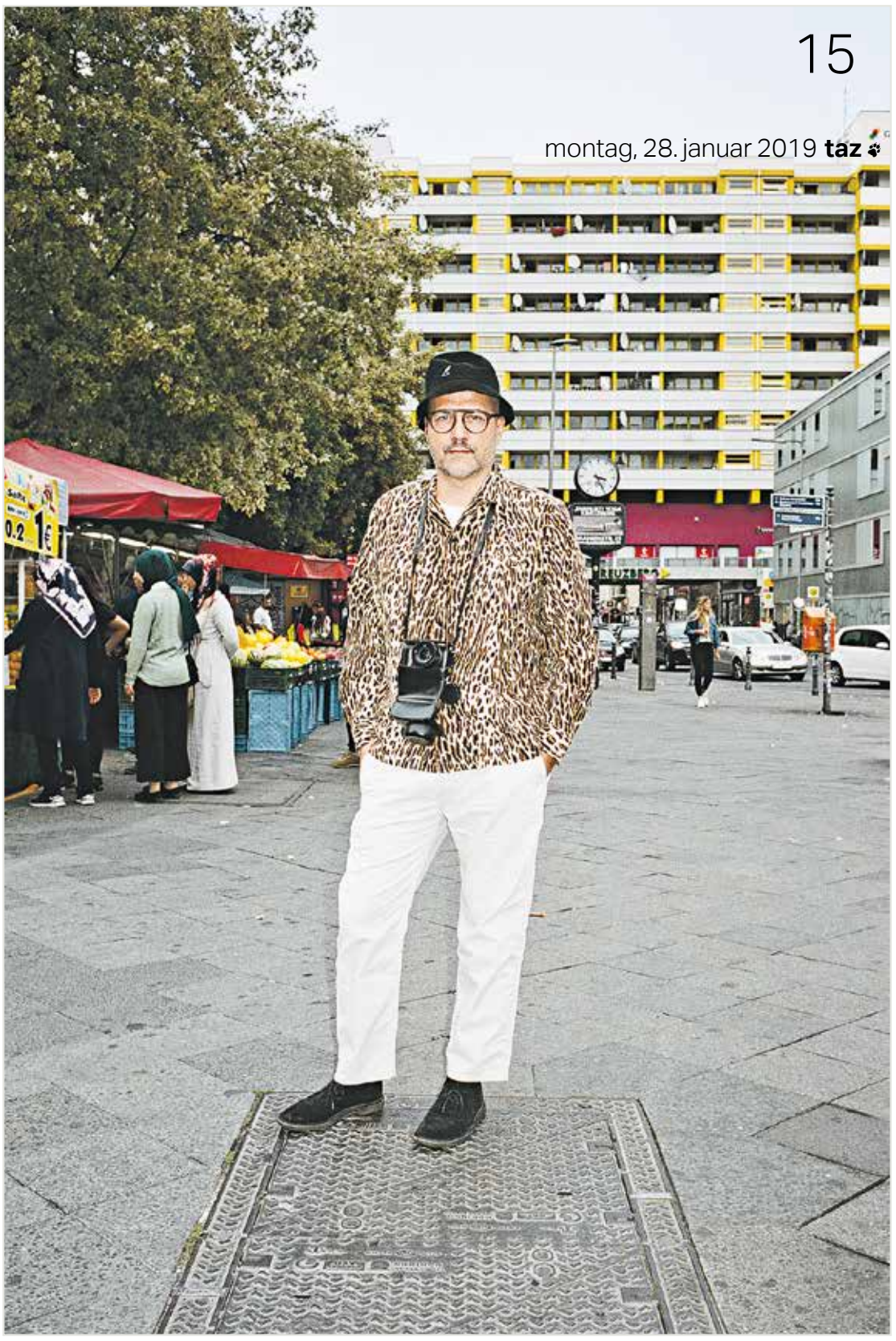
Wie damals beim Reichstag

Christian Specht, 50, ist politisch engagiert und unter anderem Mitglied im Behindertenbeirat in Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg sowie im Vorstand der Lebenshilfe. Er hat ein Büro in der taz und zeichnet. Wenn er es zulässt, zeigt die taz sein Bild

Zeichnung: Christian Specht

Auf dem Bild habe ich das Gebäude vom sozialpsychiatrischen Dienst in Neukölln gemalt. Da drin arbeiten Leute, die entscheiden, wie viele Betreuungsstunden Menschen mit Behinderung bekommen. Aber manche Menschen mit Behinderungen können ja gar nicht reden und sagen, was sie brauchen. Das ist ein Problem. Ich spreche hier als Christian Specht privat, nicht als Vorstand von der Lebenshilfe. Und da muss ich sagen: ich mag dieses Gebäude nicht. Es ist hässlich. Und ich bin nicht zufrieden mit den Leuten, die da drinnen arbeiten. Wenn man keine Hilfe hat von jemandem, der mit einem hingeht und einen unterstützt, dann hat man es schwer da. Ich will da nicht auf den Tisch springen. Aber ich bin dafür, dass man vor das Gebäude einen roten Vorhang hängt. So, wie ich es auf dem Bild gemalt habe. Ich will, dass man das Haus verhüllt, so wie damals beim Reichstag. Dass man es zumacht und keiner mehr reinkommt.

Protokoll: Meike Laaf



Der Weltenbummler Daniel Haaksman, diesmal auf Fotosafari am Kottbusser Tor in Berlin-Kreuzberg
Foto: Lukas Gansterer

Berlin kann auch sanft

Der Global-Sound-DJ und Pop-Weltenbummler Daniel Haaksman veröffentlicht ein neues Album. Mit „With Love, From Berlin“ schaut sich der Künstler zur Abwechslung mal direkt vor der Haustür um

Von **Stephanie Grimm**

Glaubt man den Treffern, die Google ausspuckt, ist der „Sound of Berlin“ immer noch Techno. Obwohl die neunziger Jahre schon lange vorbei sind. Für die Gegenwart bedeutet so ein Etikett aber vielleicht nur Stadtmarketing – auf dass die Touristenströme ihren Weg finden. Der gegenwärtige Sound der Stadt könnte nämlich auch Jazz heißen. Die hiesige Szene ist jung, lebendig und international wie nie. Auch klassische Musiker sind im Berlin der Gegenwart jenseits etablierter Institutionen reichlich unterwegs, in Ensemblekonstellationen und dabei durchaus experimentierfreudig. Um nur mal zwei Alternativen zum gängigen Narrativ zu nennen.

Wohl deshalb stellt der Wahlberliner Daniel Haaksman, selbst aus dem Bereich der ElektronikTanzmusik kommend, die Frage auf seinem dritten Album „With Love, From Berlin“ anders. Ihn interessiert weniger, wofür seine neue Heimat popkulturell steht, als was die Stadt individuellen Musikern bedeutet; welche Erfahrungen mit und Projektionen auf die Stadt sie haben. Inwiefern Berlin ein Sehnsuchtsort ist oder doch nur eine pragmatische Lösung. Schließlich sind die Lebenshaltungskosten verglichen mit Paris oder London in Berlin immer noch niedrig. Und die Stadt ist auch geografisch günstig gelegen – etwa, um von hier aus auf Tour zu gehen.

„With Love, From Berlin“ ist ein vielstimmiges Gemeinschaftswerk geworden. Haaksman holte Gastmusiker dazu, um im Chor über diese Frage zu reflektieren: das peruanische Electroduo Dengue Dengue Dengue, den israelischen Jazzsaxofonisten Ori Kaplan und den Reggae-MC Paul St. Hilaire alias Tikiman. Die interdisziplinär arbeitende Musikerin Cibelle aus São Paulo feiert gleich im Auftaktsong „Corpo Sujeito“ das queere Leben. Und die Mexikanerin Coco Maria, sonst als Cumbia-DJ unterwegs, thematisiert im Song „La Añoranza“ Heimweh und das langsame Ankommen. Ankommen wollte das akustische Gesang-Gitarre-Duo Lavoisier aus Portugal dagegen gar nicht. Sie nutzen die Berliner Anonymität fernab ihrer Heimat, um einen neuen Zugang zu ihrer Musik, dem Fado, zu suchen. Vor einigen Monaten sind sie zurückgegangen und haben Haaksman „Como Sera“ als Andenken überlassen, einen Song, der ihren kreativen Weg reflektiert.

Ums zigste Abfeiern des Partystandorts Berlin geht es Haaksman also zum Glück nicht. Für seine introspektive Momentaufnahme drehte er auch seinen bisherigen Arbeitsansatz um: Die Beats sind sanfter, die Sounds filigran. „With Love, From Berlin“ ist ein Ventil, in das der Künstler reinpumpt, was alles vor seiner Haustür passiert. Das klingt anders als sonst, wenn der 50-Jährige auf der Suche nach knalligen Sounds durch die weite Welt zieht.

Anti-Authentizität

1997 zog Haaksman aus Frankfurt nach Berlin – und war bald gelangweilt. „Damals war Minimal Techno der *ruling sound*, durch den Electroclash-Hype wurde dann auch noch die Rockmusik wieder in die Clubs gespült. Alles recht eintönig.“ Zudem empfand er Berlin Ende der Neunziger als „völlig monokulturell“, verglichen mit Frankfurt am Main „war es eine totale Weißbrotstadt. Frankfurt dagegen eine Global City im Dorfformat.“ 2003 brachte ein Freund CDs aus Brasilien mit. „Ich hatte eine elektronische Variante von Bossa Nova erwartet. Doch der Sound klang total anders und frisch. Zugleich steckte viel drin, was ich in den frühen Neunzigern geliebt hatte: Jungle, Hip-Hop, Breakdance-Electrosound.“ Er reiste sofort nach Brasilien und war so angetan, dass er den neuen Sound aus den Favelas von Rio, „Baile Funk“ genannt, mit einer Compilation würdigte. Weil US-Produzent Diplo zeitgleich (wie Haaksman später überrascht feststellen sollte) in ähnlicher Mission unterwegs war und zudem der Erfolg der tamilisch-britischen Rapperin M.I.A. international viel Aufmerksamkeit für Global Beats generierte, verkaufte sich auch Haaksmans „Rio Baile Funk Favela Booty Beat“ unerwartet gut.

In der Folge stellte Haaksman weitere Compilations zusammen – samt ähnlich orientierten Musikern. Haaksman erinnert sich an die zweite Hälfter der Nullerjahre: „Plötzlich poppte alle paar Monate ein anderer Stil von der Südhalbkugel auf hiesigen Tanzflächen auf.“ Angolanischer Kuduro etwa oder eine Dance-Variante des Cumbia, der seine Ursprünge in Kolumbien hat. Oder auch Tecnobrega, eine kirmeshafte Elektronik-Variante aus dem Nordosten von Brasilien, der Haaksman 2012 mit einer Compilation huldigte. Auch die vielseitigen Klangwelten Afrikas hielten Haaksman in Atem, etwa „African Fabric“ (2016) – diesmal im Albumformat. Lokale Stile, die er in Angola, Südafrika oder Mosambik entdeckt hatte, synthetisierte er jeweils mit eigenen Produktionstechniken.

Man wirft ihm vor, dass er mit Gettosound Geld macht. Den Vorwurf weist er zurück

Dass er an popmusikalisch noch nicht abgegrasten Orten nach Inspiration sucht, hat ihm viel Aufmerksamkeit gebracht – aber auch viel Schelte; Stichwort kulturelle Aneignung. Nicht zuletzt wurde Haaksman zum Vorwurf gemacht, dass er mit Gettosound Geld verdiente. Den Vorwurf weist er zurück: Er helfe den Künstlern dadurch, dass er Tracks ganz offiziell lizenziere und Tantiemen zahle. „Plötzlich wurde die Favela als kulturproduzierender Ort wahrgenommen.“ Und dank der Nobilitierung durch internationale Aufmerksamkeit höre jetzt auch die brasilianische Mittelschicht den Sound, den sie vorher verachtet habe. Den damit verbundenen Ambivalenzen ist sich Daniel Haaksman trotzdem bewusst – auf verschiedenen Ebenen. „Es birgt Vorteile, als Gringo die Songtexte nicht zu verstehen und erst mal nur als Sound wahrzunehmen“ – aber manche Zeilen seien ihm wirklich zu krass. Letztlich interessiert ihn die produktive Reibung zu sehr, als dass er sich Beschränkungen auferlegen will. Die Frage, wie eine Tradition in einem anderen Zusammenhang neu interpretiert wird, zieht sich durch Haaksmans gesamte Karriere. „Mir ging es immer um die maximal größte Durchmischung, um Anti-Authentizität“, erklärt er.

Gefühle ja – Schaumbad nein

„With Love, From Berlin“ klingt allerdings gar nicht unbedingt nach Wildwuchs. Die aus der Vielstimmigkeit entstehenden Reibungen kommen eher subtil daher – und brechen mit manchem Berlin-Klischee. Ihm war, so erklärt Haaksman, wichtig, dass gleich der erste Track, „Corpo Sujeito“, ultra-sanft und sinnlich daherkommt: „Berlin gilt ja immer als hartes Pflaster, auch musikalisch betrachtet: extremes Feiern, extreme Abstraktion. Das war auch schon zu der Post-Punk-Zeit so. Berlin war ja immer so eine Antistadt, in der Gefühl die letzte Kategorie ist. Ich trete den Gegenbeweis an.“

Aber die Musik auf Haaksmans Album ist kein Schaumbad. In „Occupy Berlin“ reflektiert Kalaf Ângelo über seinen Kulturschock, der zunächst ausblieb, als er vor zehn Jahren in Berlin ankam – und sich dann durch die Hintertür doch einschlich. Jetzt freut er sich über jedes schwarze Gesicht im Stadtbild und wünscht sich, dass mehr Afrikaner nach Berlin kommen – allein schon, weil Berlin die Stadt war, in der die Kolonialmächte auf Einladung des damaligen Reichskanzlers Otto von Bismarck mit der sogenannten Kongokonferenz 1884 die Aufteilung des Kontinents festzurrten. „Über diese Konferenz wissen die Deutschen kaum etwas – obwohl damals durch die willkürliche Grenzziehung ein Sargnagel in den afrikanischen Kontinent gerammt wurde. Heute kämpfen die Afrikaner immer noch mit den Folgen der seinerzeit angelegten Konfliktlinien“, erklärt Haaksman das in-your-face-mäßigste Stück seines Albums.

Neben den Songs mit GastsängerInnen gibt es auch Instrumentals, die den interkulturellen Dialog auf je eigene Weise führen. Etwa „Overture“, für das Kammermusiker ein Motiv eines Tangoklassikers eingespielt haben. „Das war meine Antwort auf den Trend im Baile Funk, Klassik zu samplen“ erklärt Haaksman. Der berühmtester Baile-Song überhaupt, MC Fiotis „Bum Bum Tam Tam“, sampelte eine Bach-Fuge. „Schließlich ist Berlin, neben Wien, auch Welthauptstadt der Klassik“, sagt Haaksman – mit einem Augenzwinkern.

Überhaupt hat „With Love, From Berlin“ etwas Verspielt-Luftiges – auch wenn Haaksman auf dem Albumcover-Foto extra unlässig als Tourist posiert. Den Umstand, dass Berlin für viele doch ein Sehnsuchtsort ist, und den damit einhergehenden Massentourismus sieht er mit einem weinenden und einem lachenden Auge. „Klar ist es schlimm, wenn manche Kieze nun völlig auf touristische Bedürfnisse ausgelegt sind. Doch ohne Touristen gäbe es auch weniger Publikum für das gefeierte Kulturleben. Mir gefällt schon, dass Berlin internationaler geworden ist.“

Daniel Haaksman: „With Love, From Berlin“ (Man Recordings/ The Orchard)

berichtigung

In „Kein Bedarf an Leithammeln“ kam etwas kurz, dass Édouard Louis, der sich mit den Gelbwesten solidarisiert, nicht bloß gegen Homophobie und Rassismus schreibt, sondern auch aus ärmsten Verhältnissen stammt.

Ruhe vor dem Arsch, Arsch, Arsch

Motten, Schlangen und Geröll. Eindrücke vom Eröffnungswochenende des Berliner Festivals CTM. Geduld beim Warten vor den Eingängen oder auf das Ende von Kultursenator Klaus Lederers Eröffnungsrede war angeraten

Sexpositive Explosion: die queere Performance-KünstlerIn Linn da Quebrada aus São Paulo Foto: Roland Owsnitzki

Von **Julian Weber**

Laut Statistik verbringen die BürgerInnen Russlands ein Drittel ihres Lebens damit, in der Schlange zu stehen. Vladimir Sorokin, der über das ritualisierte Anstehen einen großartigen Roman geschrieben hat, könnte für eine Fortsetzung von „Die Schlange" aktuelles Anschauungsmaterial in seiner Wahlheimat sammeln: BesucherInnen des Festivals CTM in Berlin warten auch bei eisiger Kälte geduldig, bis sich der Club Berghain auftut und bis im zugigen Foyer des Hebbeltheaters die Tickets kontrolliert sind; dabei wirkt es so, als sei der Zuschaueransturm zu bewältigen. Das Warten, Drängeln und Schieben, es kann ja auch gesellig sein, außer man stellt sich in der falschen Schlange an.

Auch das passt zur 20. Ausgabe des am frühen Freitagabend eröffneten CTM, „Festival for Adventurous Music". Es startet ohne viel Aufsehen mit der Gruppenausstellung „Persisting Realities" im Kunstraum Kreuzberg/Bethanien. Beharrende Realitäten? Trost spendet in dem forcierten Trubel die Klanginstallation „Fysikaalinen Rengas" der beiden finnischen Künstler Mika Taanila und Mika Vainio. Sie basiert auf Found-Footage, Schwarz-Weiß-Aufnahmen von Physikexperimenten, die Taanila im Filmarchiv in Helsinki ausgegraben hat, und der klopfenden Klangkulisse von Vainio (1963–2017), Pionier des finnischen Techno. Flackernde Filmbilder werfen konzentrische Kreise an die Wand, ein Holzhammer landet stets auf einem schwarzen Punkt. Erst von Vainios hauntologischem Wummern werden die Bilder zu neuem Leben erweckt.

In-your-face-mäßiger wirken die flashigen Panorama-Videos der französischen Künstlerin Tabita Rezaire. Sie zeigt eine Augmented Reality inklusive GIF-Datei-Repetition, Überwachungskamerabilder, Endlos-Werbeschleifen, Infoscreen-Texten und Sekten-TV-Predigt und stellt das Material in einen Kontext zum Kolonialismus: Die Glasfaserkabel, durch die die Daten unter dem Atlantik fließen, verlaufen exakt da, wo einst die Sklavenschiffe segelten.

Gegen Mitternacht steigt im Berghain die erste CTM-Clubnacht. Der Club Bassiani aus Tiflis ist prominent im Line-Up vertreten. Gut, dass die Heizungskörper auf Anschlag sind, so taut man nach der Kältestarre wieder auf. Behaglich ist zudem der Sound des georgischen DJs HVL. Mit Fieldrecordings wie dem Knirschen von Gesteinsbrocken und Geröll und dem Echosound einer Maultrommel verwandelt der DJ aus Tiflis die Club-Kathedrale in das Haus von Rocky Docky. Nach 45 Minuten schält sich eine Bassdrum aus dem Umweltkrach heraus und dockt an Post-Industrial-Techno an. Oben in der Panorama Bar legt etwas später die Londoner DJ Kikelomo auf: Ihr Mash-Up aus Drill, Grime und Baile Funk fordert energisch die Peak Hour und zieht die TänzerInnen wie die Motten zum Licht. Ein Blick nach draußen gegen Viertel vor drei: Die Schlange misst 300 Meter.

Am Samstagabend im HAU beim Festredendelirium vor dem Eröffnungskonzert führt Berlins Kultursenator Klaus Lederer das Festival als Gradmesser einer Auseinandersetzung mit der technischen Entwicklung der Gesellschaft auf. Bestimmter wird es bei der Kollaboration der beiden indonesischen Musiker von Tarawangsawelas mit dem libanesischen Produzenten Rabih Beaini. Beim Aufeinanderprallen von archaischer Klangvielfalt und amtlicher Elektronik durch zwei Streichinstrumente in der Verschaltung mit zeitgenössischen Looppedalen, im delikaten Zupfen und Streichen von Zither und zweisaitigem Cello und dem Fiepen der Effektgeräte wird im Hebbel-Theater das Raum-Zeit-Kontinuum für eine Weile außer Kraft gesetzt.

> Das Festival als Gradmesser der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der technischen Entwicklung

Das, was die queere Performance-KünstlerIn Linn da Quebrada aus São Paulo nach der Pause auf der Bühne aufzieht, muss verdaut werden: Ihr expliziter Auftritt mit Bezug zu schwulen Sexpraktiken, Prostitution und Promiskuität stellt sich radikal gegen den Law-and-Order-Diskurs des amtierenden brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro. „Ich würde sogar mit dem Teufel vögeln", singt da Quebrade unbekümmert. Oft singt sie auch von Mut. Vier der sieben KünstlerInnen sind Crossdresser. Zur Begrüßung werden dem Publikum erst mal die Allerwertesten gezeigt: zünftig schwabelndes Twerking. Auf der Leinwand blinken drei Worte: Arsch, Arsch, Arsch. Die ProtagonistIn wie ein Abbild von Prince, nur näher am Äquator. Wo Prince einst vieles in der Schwebe hielt und virtuos in die Musikkultur eintauchte, ist bei da Quebrada alles überexplizit. Das mag empowernd sein, darunter leidet allerdings die Musik. Und das ist das Manko des Auftritts, dass hier die Anteile von Baile Funk wenig entwickelt sind und die Arbeit der anwesenden Percussionistin so gut wie nicht zu hören ist, während an der Rampe eine sexpositive Explosion nach der anderen stattfindet.

taz panterstiftung

taz gazete

Nicht loslassen

Auf der Suche nach einer besseren Zukunft –
Das neue deutsch-türkische Journal von taz gazete

taz gazete berichtet mithilfe eines Korrespondent*innennetzwerks über die Situation in der Türkei

Jetzt bestellen unter **taz.de/gazetejournal** 8 Euro

gazete.taz.de

taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin

Der Schreckensmann

Zum 200. Todestag von Johann Karl Wezel

Von **Frank Schäfer**

Nach der kurzen, steilen Karriere als freier Schriftsteller lässt sich Johann Karl Wezel verarmt und isoliert wieder in seiner Geburtsstadt Sondershausen nieder und flüchtet sich in den Wahnsinn: Er ist jetzt „der Gott Wezel".

Schon als Pennäler war er wegen seiner Arroganz und Egomanie bei den Mitschülern nicht sehr beliebt. Lehrer Gieseke indes, Theologe und Lyriker mit guten Kontakten, fördert seinen Primus, besorgt ihm ein Stipendium fürs Theologiestudium in Leipzig und gleich auch noch eine Unterkunft beim berühmten Schriftsteller Christian Fürchtegott Gellert, der ihm eine solide literarische Ausbildung angedeihen lässt. Wezel liest Lockes „Essay on Human Understanding", La Mettrie, Holbach, Helvétius und bastelt sich daraus eine synkretistische Philosophie, die zwischen dem Sensualismus der Engländer und dem Materialismus der Franzosen vermittelt.

Nach Gellerts Tod verlässt er Leipzig, ohne Abschluss, und tritt eine Hofmeisterstelle in Bautzen an, die ihm genügend Muße lässt für die eigene Produktion. Sein Roman „Lebensgeschichte Tobias Knauts, des Weisen, sonst der Stammler genannt" (1773–76) wird ein Erfolg. Ein realistischer Antibildungsroman in „Tristram Shandy"-Manier, also mit vielen Umwegen und Abschweifungen, die er jedoch als besondere Form des Realismus legitimiert. „Mein Plan sollte dem Plane der wirklichen Begebenheiten ähnlich sein: alles ohne Ordnung scheinen, und nichts ohne Endzweck sein."

Wezel erzählt die Geschichte eines armen, buckligen und stotternden Landpfarrerssohns, der hinaus in die Welt zieht, der sich dabei keineswegs moralisch läutert oder intellektuell reift. Aus dem ungebildeten Dummkopf wird ein religiöser Schwärmer, also ein noch größerer Dummkopf. Ein Affront gegen das aufgeklärte Perfektibilitäts-Dogma. Wezel offenbart sich hier als typischer Spätaufklärer, als empirischer Skeptiker, der sich gegen jede Form von Schwärmerei wendet – und sei es gegen die der Aufklärung selber. Literaturhistorisch von Interesse ist „Tobias Knaut" aber vor allem wegen seiner derben Milieuschilderungen und scharfen Skizzen der unteren Gesellschaftsschichten, die auch das Ordinäre und Obszöne nicht aussparen. Die Weimarer Feingeister sind gar nicht amüsiert.

Nach einem Aufenthalt in Berlin, wo er sich noch einmal als Hofmeister anstellen lässt, privatisiert Wezel nun vorwiegend in Leipzig. Sein zweiter Roman, „Belphegor, oder die wahrscheinlichste Geschichte unter der Sonne" (1776), ist eine „Candide"-Adaption. Wie in Voltaires Vorlage schickt Wezel einen jugendlichen Enthusiasten hinaus in die Welt und konfrontiert ihn mit Gewalt, Unterdrückung und namenlosem Leid. Allerdings geht es Wezel dabei nicht so sehr um eine Widerlegung der Leibnitz'schen These von der „besten aller möglichen Welten", sondern einmal mehr um eine illusionslose, realistische Perspektive auf die Wirklichkeit. Nur wer sich klarmacht, dass Neid und Egoismus „allgemeinste Triebfedern der menschlichen Natur" und Urheber „alles Guten und Bösen auf unserm Erdballe" sind, kommt damit auch halbwegs klar.

„Herrman und Ulrike", ein psychologisch differenzierter, welthaltiger, Wezels gelungenster Roman, führt sein pädagogisches Anti-Schwärmerei-Programm dann an einem positiven Beispiel vor. Heinrich Herrmann, Sohn eines Steuereintreibers, und seine große Liebe Baronesse Ulrike verlieren gelegentlicher Schicksalschläge ungeachtet nie ihren tätigen Optimismus und dürfen nach vielen Irrungen und Wirrungen und einer glänzenden Karriere Herrmanns bei Hof schließlich trotz des Standesunterschieds heiraten.

Mit Erscheinen des Romans 1780 befindet sich Wezel auf der Höhe seines Ruhms. Er schreibt noch einige Bücher, Lustspiele, Kritiken, Polemiken und einen mehrbändigen „Versuch über die Kenntniß des Menschen", in dem er in guter sensualistisch-materialistischer Tradition die Philosophie auf das Substrat des Körpers zurückführen will. Der dritte Band wird Opfer der sächsischen Zensur, weil er die Orthodoxie mit seinem allzu

Abb.: Archiv

freigeistigen „System über die Entstehung des Menschen" erzürnt. Dieser Zensur-Skandal ist womöglich der Auslöser seines schwer erklärlichen Verstummens gegen Ende der 80er Jahre. Seine letzten, immerhin noch dreieinhalb Lebensjahrzehnte verbringt er zurückgezogen und offenbar geistig verwirrt in Sondershausen. Ein Pflegefall. Bis zu seinem Tod am 28. Januar 1819 hat ihn die lesende Öffentlichkeit gründlich vergessen. Es dauerte fast anderthalb Jahrhunderte, bis Arno Schmidt ihn als einen der aufgeklärten „Schreckensmänner" des 18. Jahrhunderts wiederentdeckt und damit eine Wezel-Renaissance auslöst. In der Folge sorgen die üblichen Jubiläen immer mal für etwas Aufmerksamkeit. Die zum 250. Geburtstag vor über zwanzig Jahren begonnene, immer noch nicht vollständige Werkausgabe beim Heidelberger Mattes-Verlag soll jetzt fortgeführt werden, mit einem „Wezel-Lesebuch" als Teaser. Und die Andere Bibliothek kündigt eine Neuausgabe von „Herrrman und Ulrike" an.

Ein Dreiklassensystem

Eine Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung zeigt, dass freie Mitarbeiter*innen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk in vielen Bereichen benachteiligt sind

Von **Jürn Kruse**

Die Studie gibt denen, die vielerorts nicht in Personalvertretungen auftauchen, eine Stimme
Foto: Jim West/imageBROKER/picture alliance

Zu Beginn sitzen zwei Schauspieler*innen auf der Bühne und erzählen: Davon, dass Kranksein nicht drin sei; von der Unsicherheit, ob und wann der nächste Auftrag kommt; dass es keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gäbe und kein 13. Gehalt; von Scheinselbstständigkeit und von Altersarmut.

Am Freitagabend hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung ihre von der Bundestagsfraktion der Linken in Auftrag gegebene Studie „Beschäftigte zweiter Klasse? Gute Arbeit auch für Freie“ vorgestellt. Der szenische Einstieg ist zusammensetzt aus Zitaten aus dieser Studie, an der insgesamt 1.898 freie Mitarbeiter*innen von ARD, ZDF, Deutschlandradio und Deutscher Welle teilgenommen haben.

Zentrale Ergebnisse: 94 Prozent der Befragten fühlen sich gegenüber Festangestellten benachteiligt. 66 Prozent bekommen laut eigener Aussage für die gleiche Arbeit weniger Geld als Festangestellte. 70 Prozent der Befragten wären lieber festangestellt.

Bei den Öffentlich-Rechtlichen herrscht ein Dreiklassensystem, das auf einem Flickenteppich aus unterschiedlichen Arbeitsregelungen beruht: Es gibt rund 25.500 Festangestellte (1. Klasse), hinzu kommen laut Studie 19.151 arbeitnehmerähnliche Freie (2. Klasse) und eine nicht zu ermittelnde Anzahl an Freien (3. Klasse).

Welche Rechte wiederum diese arbeitnehmerähnlichen Freien haben, ist von Rundfunkanstalt zu Rundfunkanstalt unterschiedlich. Einige bekommen Lohn im Krankheitsabfall ab dem ersten Ausfalltag, andere nicht. Einige haben einen härteren, andere einen weicheren Kündigungsschutz, hier dürfen Freie in den Personalrat, dort nicht.

Dieser Flickenteppich zeigt sich auch bei der Diskussion nach der Vorstellung der wichtigsten Studienergebnisse: Da sitzt der stellvertretende Personalchef des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB), Nicolas Bielefeld („kann nur für den RBB sprechen“), neben dem Intendanten von Radio Bremen (RB), Jan Metzger („kann nur für Radio Bremen sprechen“). Dazwischen die RBB-Freienvertreterin Dagmar Bednarek, die davon erzählt, dass die Einsatzzeiten und Entlohnung der Freien von Welle zu Welle unterschiedlich seien.

> 94 Prozent der Befragten fühlen sich gegenüber Festangestellten benachteiligt

Es mangele schlicht an Geld, sagt RB-Intendant Metzger: Die ARD bekomme von der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs quasi Vorgaben, Stellen abzubauen, und sei deshalb an manchen Stellen sogar gezwungen, Arbeit statt wie einst von Festangestellten nun von Honorarkräften durchführen zu lassen.

Und überhaupt, dass sich um Freie nicht gekümmert würde, sei „einfach nicht wahr“, sagt Metzger, der auch gleich mal zur Grundsatzkritik an der Studie ausholt: Erstens sei sie nicht repräsentativ, da womöglich nur die Freien teilgenommen hätten, die besonders gut organisiert und/oder besonders unzufrieden seien, und zweitens sei die dritte Gruppe – die wirklich freien Freien – viel zu heterogen, um sie in einer Gruppe zusammenzufassen.

Mit beidem hat er wohl nicht ganz unrecht: Die Selbstselektion ist bei derartigen Studien tatsächlich ein (schwer lösbares) Problem. Und dass die Gruppe der freien Mitarbeiter*innen von gut bezahlten Moderator*innen oder Schauspieler*innen bis hin zu Kabelträger*innen reicht und damit tatsächlich sehr divers ist, ist ebenfalls korrekt.

Dennoch stellt das die Studie nicht infrage. Denn sie ist ein Anfang der Vermessung der freien Arbeit bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Sie kann helfen bei zukünftigen Verhandlungen, sie bietet einen Überblickt darüber, wer was wo als fester Freier bekommt, sie gibt denen, die vielerorts nicht in Personal- oder Frauenvertretungen auftauchen, eine Stimme.

Und darum scheint es auch Studienleiter Jörg Langer zu gehen: „Wertschätzung, Gleichberechtigung, Augenhöhe“, das seien die entscheidenden Stichworte, sagt er. „Es geht darum, aus der 80er-Jahre-Unternehmenskultur ins neue Jahrtausend zu kommen.“ Das koste kein Geld.

Beim szenischen Einstieg fällt auch ein Satz, der über die eigenen Medien hinausblickt: Wer von der Printkrise lese, habe das Gefühl, bei den Öffentlich-Rechtlichen auf der Insel der Glückseligen zu leben. Trotz freier Mitarbeit. Trotz womöglicher Schlechterstellung als die Festangestellten. Irgendeinem geht es immer noch schlechter als mir. Ist das tröstlich oder traurig?

Meike Laaff
Mitarbeiter der Woche

Sascha Lobo

Wie konnte er nur, der Fleischhauer? Eine Kolumne im *Spiegel* schreiben, mit dem Titel „Nazis rein“ – und das auch noch im aktuellen politischen Klima? So raunte es tagelang durch die sozialen Netzwerke. Aber für eine echte Replik auf Jan Fleischhauers Text musste dann wieder der Mann ran, dem man vor Jahren einmal das Etikett „Klassensprecher des Internets“ anklebte hatte: Sascha Lobo.

„‚Nazis rein‘ überhaupt schreiben zu können, selbst als provokante Pose, geht nur, wenn man persönlich durch Nazis nicht für seine schiere Existenz physisch bedroht wird“, schreibt Lobo auf *Spiegel Online*, wo er, wie Fleischhauer, seit Jahren wöchentlich kolumniert. „Es handelt sich um die Goldmedaille in Privilegien-Blindheit am dreisten Band.“

Fleischhauer beklagte, ein Slogan wie „Nazis raus“ drohe denen, die als zu rechts gälten, mit dem „totalen gesellschaftlichen Ausschluss“. Dessen Argumentation jedoch nannte Lobo eine „textliche Turnübung, um die abstruse Überschrift in eine nicht-rechtsextreme Richtung zu wenden“. Fleischhauer ginge es vornehmlich um die „Eskalation“ qua Überschrift, um die Definition Rechter über die Empörung Nicht-Rechter.

Zur Erinnerung: Mitte der Nullerjahre, da war Sascha Lobo dieser launige Typ, der allen und deren Müttern das Web 2.0 erklärte. Und manchmal sogar auch das Internet. Keine Talkshow, in die der 1975 geborene Ex-Werber Lobo sich nicht setzte, kein Social-Media-Zeug, das er nicht kommentierte. Zu omnipräsent, zu sendungsbewusst – die Netz-Menschen dieser Jahre hatten viel an ihm herumzumäkeln, kamen aber auch nicht darum herum, dass er halt derjenige war, der oft machte, wofür sie sich zu schade waren.

Doch irgendwann wollte Lobo mehr sein als dieser Frisurenträger mit dem Internet, mehr als der Erfinder des Begriffs „digitale Boheme“ für Freelancer mit Laptop. Der öffentliche Lobo äußerte sich immer politischer. Nach den Snowden-Enthüllungen wütete er ausdauernd gegen staatliche Überwachung im Digitalen, mit dem Aufstieg von AfD und ihren Nebenerscheinungen wurde er als Demokrat immer besorgter, wütender und lauter. Immer wieder plädierte er für eine argumentative Auseinandersetzung mit politisch Andersdenkenden. Worauf Fleischhauer allerdings wenig Lust hat. Der nämlich preist in seiner jüngsten Kolumne nicht nur die Vorteile „wenn man unter sich bleibt“, sondern nennt es „völlig unsinnig, einen Fahrensmann wie Sascha Lobo zu kritisieren, dessen Texte im Wesentlichen der Tugend-Anzeige dienen“.

Karikatur: Inga Israel

ARD

12.00 Tagesschau
12.15 ARD-Buffet
13.00 ARD-Mittagsmagazin
14.00 Tagesschau
14.10 Rote Rosen
15.00 Tagesschau
15.10 Sturm der Liebe
16.00 Tagesschau
16.10 Verrückt nach Meer
17.00 Tagesschau
17.15 Brisant
18.00 Wer weiß denn sowas?
18.50 Großstadtrevier. D 2018
20.00 Tagesschau
20.15 Die größten Flüsse der Erde (3/3)
21.00 Hart aber fair
22.15 Tagesthemen
22.45 Auf schmalem Grat
23.30 Akte D
0.15 Nachtmagazin
0.35 Tatort: Der Pakt. D 2019
2.10 Hart aber fair
3.25 Akte D

ZDF

12.00 heute
12.10 drehscheibe
13.00 ARD-Mittagsmagazin
14.00 heute – in Deutschland
14.15 Die Küchenschlacht
15.05 Bares für Rares
16.00 heute – in Europa
16.10 Die Rosenheim-Cops: Der Stachel des Todes. D 2007
17.00 heute
17.10 hallo deutschland
17.45 Leute heute
18.00 SOKO München: Tödlicher Irrtum. D 2019
19.00 heute
19.25 WISO
20.15 Bier Royal (1/2)
21.40 heute-journal
22.10 Jason Bourne. Actionthriller, USA/CHN 2016
0.00 heute+
0.15 Festung. Familiendrama, D 2011
1.40 Bares für Rares

RTL

12.00 Punkt 12
14.00 Die Superhändler 1 Deal
15.00 Meine Geschichte – Mein Leben
16.00 Meine Geschichte – Mein Leben
17.00 Freundinnen – Jetzt erst recht
17.30 Unter uns
18.00 Explosiv – Das Magazin
18.30 Exclusiv – Das Star-Magazin
18.45 RTL aktuell
19.05 Alles was zählt
19.40 Gute Zeiten, schlechte Zeiten
20.15 Undercover Boss (2/5)
22.15 Extra – Das RTL Magazin
23.25 Spiegel TV
0.00 RTL Nachtjournal
0.30 Die Alltagskämpfer – ÜberLeben in Deutschland
1.15 Ohne Filter – So sieht mein Leben aus!
1.45 Life
2.40 Best of ...!
3.30 Extra – Das RTL Magazin

SAT.1

12.00 Anwälte im Einsatz
14.00 Auf Streife
16.00 Klinik am Südring
18.00 Endlich Feierabend!
19.00 Genial daneben
19.55 Sat.1 Nachrichten
20.15 Der Bulle und das Biest: Jenseits von Eden. D 2018
21.15 Einstein: K.I.. D 2018
22.15 Josephine Klick – Allein unter Cops (4/6): Zinnsoldaten. D 2014
23.15 Der letzte Bulle: Nachtschicht. D 2010
0.10 Der Bulle und das Biest
1.05 Einstein: K.I.. D 2018
1.55 Josephine Klick
2.40 Criminal Minds

Pro 7

12.00 2 Broke Girls
12.55 Mom
13.20 Two and a Half Men
14.40 The Middle
15.35 The Big Bang Theory
17.00 taff
18.00 Newstime
18.10 Die Simpsons
19.05 Galileo
20.15 The Big Bang Theory
20.45 Young Sheldon
21.15 The Middle
21.45 The Big Bang Theory
0.20 Young Sheldon
0.45 The Big Bang Theory
2.40 The Middle
3.05 Family Guy
3.25 Wilfred

tagestipp

Basierend auf einem wahren Fall erzählt „Kippa“ mit Mitteln des Spielfilms von antisemitischem Mobbing und Gewalttätigkeiten gegen einen jüdischen Mitschüler an einer deutschen Schule. Dabei kommen auch Betroffene von Antisemitismus wie der Restaurantbesitzer Yorai Feinberg *(Foto)* zu Wort.

„Kippa – die Reportage“, 18 Uhr, Phoenix

Foto: Carstensen/dpa/picture alliance

KI.KA

7.45 Sesamstraße
8.10 Lilys Strandschatz Eiland
8.30 Zoés Zauberschrank
8.55 Sarah & Duck
9.15 Ene Mene Bu
9.25 Casper und Emma
9.45 Petzi
10.15 Coco, der neugierige Affe
10.40 Briefe von Felix
11.05 logo! Die Welt und ich
11.15 Wickie und die starken Männer 3D
11.40 Die Abenteuer des jungen Marco Polo
12.05 Astrid Lindgrens: Pippi Langstrumpf
12.25 Die Sendung mit der Maus
12.55 Tashi
13.20 Mirette ermittelt
13.40 Tiere bis unters Dach
14.10 Schloss Einstein
15.00 Lenas Ranch
15.45 Horseland, die Pferderanch
16.45 Simsalagrimm
17.35 Die unglaublichen Abenteuer von Blinky Bill
18.00 Shaun, das Schaf
18.15 Heidi
18.35 Weißt du eigentlich, wie lieb ich dich hab?
18.50 Unser Sandmännchen
19.00 Wickie und die starken Männer 3D
19.25 Wissen macht Ah!
19.50 logo! Die Welt und ich
20.00 Ki.Ka Live
20.10 Die Mädchen-WG
20.35 Die Jungs-WG

ARTE

8.00 Big Five Asien (5/5)
8.45 Stadt Land Kunst
9.40 360° – Geo Reportage
11.25 Bärenstark – Revolutioniert Meister Petz die Medizin?
12.15 Re:
12.50 Arte Journal
13.00 Stadt Land Kunst
13.40 Picknick am Valentinstag. Thriller, AUS 1975. Regie: Peter Weir. Mit Rachel Roberts, Dominic Guard
15.25 Stätten des Glaubens
15.50 Inseln der Zukunft (1/5)
16.45 X:enius
17.10 Kuba – Auf zu neuen Ufern (1/5)
17.40 Bei den Mönchen von Majuli
18.35 Erlebnis Österreich
19.20 Arte Journal
19.40 Re:
20.15 Gottes vergessene Kinder. Liebesdrama, USA 1986
22.10 Die Regenschirme von Cherbourg. Musical, F/D 1964
23.40 Michel Legrand
0.35 Ein Hoch auf das Nichts
1.55 Arte Journal
2.15 Abenteuer Museum
3.10 Die Welt der Düfte (1/4)
3.55 28 Minutes

3SAT

18.30 nano
19.00 heute
19.20 Kulturzeit
20.00 Tagesschau
20.15 Abenteuer Alpen
22.25 Aktiv ins Alter
23.50 Mit 100 ist noch nicht Schluss
0.20 10vor10
0.50 Willkommen Österreich
1.40 Heimatsound Concerts
2.40 PULS Festival 2017
3.40 Blumentopf 1992-2016

BAYERN

18.00 Abendschau
18.30 Rundschau
19.00 Querbeet extra
19.30 Dahoam is Dahoam
20.00 Tagesschau
20.15 Heimat der Rekorde
21.00 Durch Auwälder und das Urdonautal
21.45 Rundschau Magazin
22.00 Lebenslinien
22.45 Zur Freiheit
23.35 Martina Schwarzmann – Live auf der Bühne!
0.25 Ringlstetter

SWR

18.00 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
18.15 Mensch, Leute!
18.45 SWR Landesschau Rheinland-Pfalz
19.30 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
20.00 Tagesschau
20.15 rundum gesund
21.00 Die Ernährungs-Docs
21.45 SWR Aktuell Rheinalnd-Pfalz
22.00 Sag die Wahrheit
22.30 Meister des Alltags
23.00 Die Montagsmaler
23.45 Die Quiz-Helden – Wer kennt den Südwesten?
0.30 Gefragt – Gejagt

HESSEN

18.00 Maintower
18.25 Brisant
18.50 service: zuhause
19.15 alle wetter
19.30 hessenschau
20.00 Tagesschau
20.15 defacto
21.00 Hessen-Reporter
21.30 hessenschau kompakt
21.45 Tatort: Verfolgt. CH 2014
23.15 heimspiel!
0.00 Tollkühne Flieger. Abenteuerfilm, USA 1975

WDR

18.00 WDR aktuell / Lokalzeit
18.15 Servicezeit
18.45 Aktuelle Stunde
19.30 Lokalzeit
20.00 Tagesschau
20.15 Feuer & Flamme (2/9)
21.00 Ausgerechnet
21.45 WDR aktuell
22.10 Donya – Unterwegs im Westen
22.40 Westart
23.20 Der Göttliche. Filmbiografie, I/F 2008. Regie: Paolo Sorrentino. Mit Toni Servillo, Anna Bonaiuto
1.15 Die Story
2.00 Lokalzeit

NDR

18.00 Ländermagazine
18.15 Die Nordreportage
18.45 DAS!
19.30 Ländermagazine
20.00 Tagesschau
20.15 Markt
21.00 Die Ernährungs-Docs
21.45 NDR//aktuell
22.00 45 Min
22.45 Kulturjournal
23.15 Holocaust – Die Geschichte der Familie Weiss (4/4)

RBB

18.00 rbb UM6 – Das Ländermagazin
18.30 zibb
19.30 Abendschau
20.00 Tagesschau
20.15 Super.Markt
21.00 Ring frei! Abenteuer A10
21.45 rbb24
22.00 Tatort: Im freien Fall. D 2001
23.30 Polizeiruf 110: Eifersucht. DDR 1988
0.55 Alles Klara: Der allerletzte Zeuge. D 2012

MDR

18.10 Brisant
19.00 MDR Regional
19.30 MDR aktuell
19.50 Mach dich ran!
20.15 Polizeiruf 110: Sumpf. D 1999
21.40 MDR aktuell
22.05 Fakt ist!
23.05 Nackt unter Wölfen
0.45 Buchenwald – Heldenmythos und Lagerwirklichkeit

PHOENIX

12.00 phoenix vor ort
12.30 phoenix plus
13.00 phoenix vor ort
13.30 phoenix plus
14.00 phoenix vor ort
14.45 phoenix plus
16.00 Anne Will
17.00 Exclusiv im Ersten
17.30 phoenix der tag
18.00 Kippa – die Reportage
18.30 Unser Vater Hans Rosenthal
19.15 Einsame Helden
20.00 Tagesschau
20.15 Angkor Wat – Kambodschas vergessene Stadt (1/2)
21.00 Angkor Wat – Kambodschas vergessene Stadt (2/2)
21.45 heute-journal
22.15 unter den linden
23.00 phoenix der tag
0.00 unter den linden
0.45 Angkor Wat – Kambodschas vergessene Stadt (1/2)
1.30 Angkor Wat – Kambodschas vergessene Stadt (2/2)
2.15 10 Fakten zum Christentum
3.00 Paulus: Gefährliche Mission
3.45 Mythos Byzanz
4.30 Das Imperium der weißen Mönche

press-schlag

Der „weiße Sport“ ist bunt

Tennisprofi Naomi Osaka gewinnt die Australian Open. Ihr Sponsor tut so, als sei die Japanerin weißhäutig

Über Naomi Osaka lässt sich ja einiges sagen: Dass die 21-jährige Tennisspielerin am Samstag die Australian Open gewonnen hat, beispielsweise. Oder dass die Japanerin durch ihren dramatischen 7:6-, 5:7-, 6:4-Dreisatzsieg über Petra Kvitová in Melbourne die erste Asiatin ist, die die Weltrangliste der Frauen anführt. Der Finalsieg ist ihre individuelle Leistung, die Ranglistenplatzierung eine politische; sie verweist nämlich auf die immer noch vorherrschende soziale Ordnung im Welttennis, das nicht durch Zufall „weißer Sport“ genannt wird.

Naomi Osaka ist Japanerin, und ausgerechnet bei einem ihrer wichtigsten Sponsoren, dem japanischen Instant-Nudel-Hersteller Nissin Foods, ist man der Meinung, dass diese erfolgreiche Spitzensportlerin nicht aussieht, wie eine Japanerin gefälligst auszusehen hat. Die Firma hat nämlich einen animierten Werbeclip veröffentlicht, in dem die dunkelhäutige Osaka, immerhin die Hauptwerbeträgerin des Unternehmens, plötzlich eine sehr weiße Hautfarbe hat.

Den Shitstorm, der über sie hereingebrochen ist, haben sich die Nudelverkäufer redlich verdient. Eine dunkelhäutige Sportlerin mit den Methoden des Whitewashing zu präsentieren, nennt man zu Recht Rassismus.

Dass noch im Jahr 2019 ein auf dem Weltmarkt operierender Nahrungsmittelkonzern zu diesen Mitteln greift – oder, was kein bisschen besser ist: so gar nichts bemerkt haben will, wenn dem Tennisprofi mit haitianischem Vater ein Weißgesicht verpasst wird –, zeigt, dass Tennis sein Image als „weißer Sport“ immer noch nicht abgelegt hat. Es war nicht nur, es ist bis heute für viele das exklusive Spiel der englischen Höflinge. Wer’s nicht glaubt, soll sich mal die Wimbledon-Siegerehrungen angucken. Sehr spät erst wurde Tennis von sozialen Gruppen erobert, die ursprünglich nicht dabei waren: Der erste schwarze Sieger eines Grand-Slam-Turniers war der Amerikaner Arthur Ashe – erst 1969. Bei den Frauen war es die Amerikanerin Serena Williams – erst 1999! Afrikanische Sieger und Siegerinnen sucht man vergebens. Und, wie gesagt, Osaka ist die erste asiatische Nummer eins – seit dem heutigen Montag!

Der Clip, den die Firma mit der Bitte um Entschuldigung zurückgezogen hat, ist also nicht nur – was schlimm genug wäre – Ausdruck dessen, wie sich Werbemacher Japaner und Japanerinnen vorstellen. Er gibt darüber hinaus auch Auskunft, wie viele Kämpfe noch geführt werden müssen, damit ein Weltsport wie Tennis auch die Weltgesellschaft angemessen widerspiegelt.

Dass es um mehr als Sport geht, offenbart die Begründung der Firma: Man habe den Clip so gestaltet, wie es in „der Welt japanischer Animation“ üblich sei und wie man es auch vom Manga kennt. Da sei eine sehr hellhäutige Figurenzeichnung ganz normal. Offensichtlich glaubt man bei Nissin, wenn man nur einen Bereich findet, in dem es ähnlich weißwaschend zugeht, sei man raus aus der Kritik. Weiße Weste, sozusagen.

Osaka selbst, die ja weiterhin mit dem Nudelkonzern vertraglich verbunden ist, sagte, mit deren Entschuldigung sei die Sache für sie erledigt. „Ich denke aber eindeutig, sie sollten mit mir darüber reden, bevor sie mich wieder abbilden wollen oder so.“ Besser wäre es, so Osaka, man würde sie in die Produktion solcher Werbeclips einbeziehen.

Ein kluger Gedanke. Denn der Umstand, dass hier eine schwarze Weltklassesportlerin als Weiße präsentiert wurde, deutet auch an, dass in der Kreativabteilung des Nudelherstellers, wo man sich die Clips ausdenkt, niemand arbeitet, der sich eine Japanerin anders als mit weißer Hautfarbe vorstellen kann. Es genügt also nicht, so kann man Osakas Gedanken fortführen, die Tenniscourts zu erobern, jeder andere gesellschaftliche Bereich hat gefälligst auch zu zittern. *Martin Krauß*

Spaß ohne Ertrag

Werder Bremen begeistert beim 2:2 gegen Eintracht Frankfurt seine Fans, lässt aber wieder zu viele Torchancen ungenutzt

Aus Bremen **Ralf Lorenzen**

„Hat Spaß gebracht“, sagte Florian Kohfeldt – und das war der einzige Satz, den man dem Werder-Trainer, der ansonsten glaubwürdig wie immer die Stärken und Schwächen seiner Mannschaft analysierte, nicht ganz abnehmen konnte. Spaß hätte er an diesem Spiel gehabt, wenn er, was mitunter vorkommt, am Spielfeldrand wieder in die Rolle des Werder-Fans geschlüpft wäre, der er in seiner Jugend war. Für Fans von temporeichem, kampfbetontem Fußball bot dieses Spiel in der Tat eine ganze Menge Spaß.

Aber nach seiner Körpersprache am Spielfeldrand zu urteilen, war Kohfeldts Gefühlslage an diesem nieseligen Abend eher von Ärger geprägt. Der nahm seinen Ausgangspunkt in der 35. Minute, als Frankfurts Luka Jovic den Ball im Mittelfeld mit einem Körperteil mitnahm, den Kohfeldt und zigtausend andere als Oberarm identifizierten, während Schiedsrichter Markus Schmidt in ihm wohl gerade noch einen Teil der Brust erkannte. In der Folge tanzte Ante Rebic die Bremer Abwehr aus und egalisierte die verdiente 1:0-Führung der Gastgeber mit einem präzisen Schlenzer.

Der Ärger darüber, dass auch im Kölner Videokeller niemand ein eindeutiges Handspiel gesehen haben wollte, begleitete Kohfeldt bis zum Schlusspfiff, den er schon von der Tribüne aus erlebte, und verrauchte auch während der anschließenden Interviews nur langsam. „Wer mich kennt, der weiß, dass ich das heute nicht auf den Schiedsrichter schiebe“, sagte er. „Aber es fühlt sich an, dass wir ungerecht behandelt wurden, und das muss auch mal gesagt werden dürfen.“

In seiner Gesamtanalyse kam Kohfeldt dann aber schnell auf den zweiten Teil seines Ärgers zu sprechen. Wie schon in den vergangenen Spielen gegen Leipzig, Hoffenheim und Hannover vergaben die Bremer wieder jede Menge hochkarätiger Chancen.

Daran ändert auch nichts, dass die Treffer gegen Frankfurt von Maximilian Eggestein und Martin Harnik von der Mannschaft präzise herausgespielt und von den Schützen mit überragenden Einzelleistungen vollendet wurden. Zu den ungenutzten Großchancen gehörten diesmal auf jeden Fall ein Pfostenschuss von Eggestein und ein gerade noch von Torwart Kevin Trapp parierter Heber von Max Kruse. Bei zahlreichen weiteren guten Einschussmöglichkeiten bekamen die aufopferungsvoll kämpfenden Frankfurter noch ein Bein dazwischen.

Auf der Gegenseite standen mit Jovic, Rebic und Sebastien Haller drei Spieler, die dafür bekannt sind, nur wenige Chancen für ein Tor zu brauchen. So dürfte mancher Werder-Spieler insgeheim auch froh gewesen sein, dass es letztlich bei den Treffern von Jovic und Haller, der in der 68. Minute einen unstrittigen Handelfmeter verwandelte, blieb.

Insgesamt gab die Bremer Defensive dem gefürchteten Eintracht-Sturm überraschend wenig Raum für gefährliche Aktionen. Damit wurde ein weiterer Schritt im Entwicklungsplan erfüllt, den Kohfeldt seiner Mannschaft bei Amtsantritt verordnet hatte. Schon während des Abstiegskampfes der vergangenen Saison hatte er dem Team beigebracht, mutiger aufzutreten und spielerische Lösungen im Aufbau zu finden. Nachdem Werder in der Hinrunde dieser Saison mit seiner kreativen, offensiven Spielanlage überzeugte, ging es darum, auch im letzten Drittel vor dem gegnerischen Tor gefährlicher zu werden und mehr Chancen herauszuspielen.

Auch das setzt die lernwillige Mannschaft mittlerweile um, und so lautete der Arbeitsauftrag im Wintertrainingslager in Südafrika, vor beiden Toren noch konsequenter zu werden. Dies ist in den ersten Rückrundenspielen zumindest in der Abwehr weitgehend gelungen. Fehlt also nur noch ein Schritt, aber auch der ist laut Kohfeldt nur noch eine Frage der Zeit.

„Wenn wir keine Chancen erspielen würden, wäre das ein Problem“, sagt er. „Aber wir lernen noch, und ich hoffe, wir lernen weiter schnell. Wir bleiben ruhig, irgendwann wird der Knoten platzen und dann gewinnen wir auch mal hoch.“

Bremer Bewegungsdrang: Maximilian Eggestein setzt sich durch Foto: dpa

fußball

Bundesliga

19. Spieltag

Berlin – Schalke	2:2
Dortmund – Hannover	5:1
Mönchengladbach – Augsburg	2:0
Freiburg – Hoffenheim	2:4
Mainz – Nürnberg	2:1
Wolfsburg – Leverkusen	0:3
Bremen – Frankfurt	2:2
München – Stuttgart	So.
Düsseldorf – Leipzig	So.

1.	Borussia Dortmund	19	31	48
2.	Borussia Mönchengl.	19	21	39
3.	Bayern München	18	20	39
4.	Eintracht Frankfurt	19	13	31
5.	RasenBallsport Leipzig	18	13	31
6.	TSG 1899 Hoffenheim	19	9	28
7.	Hertha Berliner SC	19	1	28
8.	VfL Wolfsburg	19	1	28
9.	Bayer 04 Leverkusen	19	-1	27
10.	FSV Mainz 05	19	-3	27
11.	SV Werder Bremen	19	0	26
12.	FC Schalke 04	19	-3	22
13.	SC Freiburg	19	-8	21
14.	Fortuna Düsseldorf	18	-13	21
15.	FC Augsburg	19	-7	15
16.	VfB Stuttgart	18	-24	14
17.	Hannover 96	19	-23	11
18.	1. FC Nürnberg	19	-27	11

20. Spieltag

Fr., 1. 2.: Hannover – Leipzig (20.30 Uhr), **Sa., 2. 2.:** Hoffenheim – Düsseldorf, Leverkusen - München, Frankfurt – Dortmund, Berlin – Wolfsburg, Nürnberg -Bremen (alle 15.30 Uhr), Schalke – Mönchengladbach (18:30 Uhr), **So., 3. 2.:** Augsburg – Mainz (15.30 Uhr), Stuttgart – Freiburg (18.00 Uhr)

Toreerzieler

13 Tore: Luka Jovic (Eintracht Frankfurt)
12 Tore: Paco Alcacer, Marco Reus (beide Borussia Dortmund)
11 Tore: Sebastien Haller (Eintracht Frankfurt), Robert Lewandowski (Bayern München), Timo Werner (RB Leipzig)
10 Tore: Alassane Plea (Borussia Mönchengladbach)
9 Tore: Ondrej Duda (Hertha BSC), Thorgan Hazard (Borussia Mönchengladbach)
8 Tore: Vedad Ibisevic (Hertha BSC), Andrej Kramaric (TSG Hoffenheim), Yussuf Poulsen (RB Leipzig)
7 Tore: Alfred Finnbogason (FC Augsburg), Kai Havertz (Bayer Leverkusen), Dodi Lukebakio (Fortuna Düsseldorf), Ante Rebic (Frankfurt), Kevin Volland (Leverkusen)
6 Tore: Jean-Philippe Mateta (Mainz), Reiss Nelson (Hoffenheim), Jadon Sancho (Dortmund), Wout Weghorst (Wolfsburg)

Distanzierung des Spieltags

„Die Abwärtsspirale geht jetzt schon ein Jahr. Das ganze Jahr 2018 ist die Kurve eigentlich schon nach unten gegangen. Ich kann nichts Positives über ihn sagen – und werde auch nichts Negatives sagen.“ (Martin Hinteregger, FC Augsburg, beurteilt die Leistung seines Trainers Manuel Baum nicht ganz differenziert.)

alternative für fußball

Handball-WM

Finalrunde in Deutschland und Dänemark:

Spiel um Platz 7:	
Spanien – Ägypten	36:31
Spiel um Platz 5:	
Kroatien – Schweden	28:34
Spiel um Platz 3:	
Frankreich – Deutschland	26:25
Finale	
Dänemark – Norwegen	n.Red.

das detail

Kalibrierte Linie

Die Nürnberger regen sich über die zu große Linientreue der Schiedsrichter auf

Aufgeben im Abstiegskampf? Das gibt es nicht in der Fußball-Bundesliga. Von einer Linie lässt sich Nürnbergs Trainer Michael Köllner doch keinen Strich durch die Rechnung machen. Köllner selbst formulierte es am Samstagabend so: „Wir werden das wegstecken, und wir werden schauen, dass wir alle Punkte holen, die uns nach dem 34. Spieltag über den Strich bringen.“

Mächtig aufgeregt hatte er sich beim Gastspiel in Mainz, dass der Videoassistent aufgrund der kalibrierten Linie die vermeintliche 2:1-Führung der Franken zurücknahm. Aus Sicht des Nürnberger Coaches verträgt sich diese Entscheidung nicht mit einer anderen Linie, welcher der Videobeweis unterstellt wurde: den Schiedsrichter nach Studium der TV-Bilder nur dann zu korrigieren, wenn wirklich eine glasklare Fehlentscheidung vorliegt.

Vergangene Saison sind noch viele in der Fußball-Bundesliga an der Abwesenheit dieser Linie verzweifelt. Die Fifa hatte ein Einsehen, hat sie noch vergangenen Sommer zertifiziert und zugelassen. Dabei wird wie bei der Torlinientechnik das Hawk-Eye-System eingesetzt, das auf der Verwendung von mindesten vier Hochgeschwindigkeitskameras basiert. Seit Sommer können deshalb beim Videobeweis Abseitsstellungen in der Fußball-Bundesliga mithilfe der kalibrierten Linie überprüft werden.

„Ich sehe nur irgendwelche Fußspitzen“, klagte Köllner, dass man im Kölner Videokeller so beckmesserisch an die großen Existenzfragen des Fußballs herangeht. Mit dem bloßen Auge hätte er auf keinem Bild eine Abseitsstellung erkennen können.

Köllner ist schon lange ein bekennender Gegner des Videobeweises. Dafür gibt es auch gute Argumente. Die Abschaffung der kalibrierten Linie allein allerdings wäre Unfug. Die Linie liegt in der Logik des Glaubens, zwischen falsch und richtig bei Schiedsrichterpfiffen unterscheiden zu können. **Johannes Kopp**

Der Mann, der Schläger fliegen lässt: Novak Djokovic Foto: ap

Herrscher des Courts

Novak Djokovic gewinnt die Australian Open. Im Finale hat der Serbe den Spanier Rafael Nadal nicht etwa nur besiegt, sondern schlicht vom Platz gefegt

Aus Melbourne **Doris Henkel**

„Meine Damen und Herren", rief der Zeremonienmeister, „begrüßen Sie mit mir den unangefochtenen König der Rod Laver Arena im Melbourne Park." Beifall prasselte auf den König hernieder, der so fit und forsch aussah, als wolle er die Welt aus den Angeln heben. Keine Frage, Novak Djokovic hatte noch reichlich Sprint im Tank, als er am Sonntagabend als Sieger der Australian Open auf das Podium stieg, nach einem Erfolg in wenig mehr als zwei Stunden gegen den langjährigen Rivalen Rafael Nadal (6:3, 6:2, 6:2). Mit dem siebten Titel ist er nun der erfolgreichste Spieler der Geschichte des Turniers, aber an diesem Abend ging es weniger um diese Zahlen als um den Eindruck unerwartet großer Überlegenheit.

Wäre es kein Tennisspiel, sondern ein Mittelstreckenlauf gewesen, könnte man es so beschreiben: Djokovic stürmte mit dem Startschuss los, hatte nach der Hälfte der ersten Runde schon 30 Meter Vorsprung und baute diesen Vorsprung mit raumgreifenden, entschlossenen Schritten sekündlich weiter aus. Genau das habe er vorgehabt, sagte er hinterher, angesichts der Leistung des Konkurrenten in den Runden zuvor habe er gleich ein Zeichen setzen wollen. Aber war der Rückstand von Nadal so groß, weil sich Djokovic in überragender Form präsentierte? Oder gab es irgendein Problem bei dem Spanier, mit dem der andere nichts zu tun hatte?

Jedenfalls dominierte der Serbe die Partie in allen Belangen, leistete sich nur 9 unerzwungene Fehler gegenüber 34 direkten Gewinnschlägen, und dabei drücken die Zahlen das Erscheinungsbild nicht mal annähernd angemessen aus.

Nadal hatte im Lauf des Turniers nicht einen Satz verloren, er hatte das Halbfinale gegen den Griechen Stefanos Tsitsipas in beeindruckender Form gewonnen, und nun war er chancenlos. In den zwei Stunden und zwei Minuten der verblüffend einseitigen Partie hatte Nadal zu Beginn des dritten Satzes einen einzigen Breakball – auch das beschreibt das Geschehen. Die serbischen Fans auf der Plaza vor der Rod Laver Arena feierten jeden Punktgewinn ihres Mannes, das Publikum im Stadion sah mit gedämpfteren Emotionen zu. Keine Frage, die Leute hatten sich eine Partie wie das legendäre Finale der beiden von vor sieben Jahren oder wie das Halbfinale vom vergangenen Jahr in Wimbledon erhofft, aber Djokovic war daran nicht im Geringsten interessiert. Nadal verlor zum ersten Mal in seiner Karriere das Finale eines Grand-Slam-Turniers in drei Sätzen, und man sah ihm an, wie enttäuscht er war.

Zur Frage, ob Djokovic je besser gegen ihn gespielt habe, meinte er: „Er war fantastisch, aber um ihn schlagen zu können, wenn er so spielt, hätte ich ein bisschen mehr gebraucht. Dazu war ich physisch einfach nicht in der Lage." Und hatte Djokovic den Eindruck, je besser gegen den Spanier gespielt zu haben? „In Anbetracht der Umstände und der Bedeutung: wahrscheinlich nicht." Man konnte es sehen – der Gedanke gefiel ihm.

Zufriedener Elfter: F. Neureuther Foto: dpa

Annäherung an die Weltspitze

Fast zwei Sekunden Abstand auf den französischen Sieger Clement Noel brachten den deutschen Slalom-Spezialisten Felix Neureuther nicht aus der Ruhe. Nach seiner langwierigen Kreuzbandverletzung sieht er die Chancen auf eine WM-Medaille am 17. Februar im schwedischen Are immer noch gegeben. Zufriedenheit demonstrierte er nach seinem elften Platz am Samstag in Kitzbühl. „Es wird knapp, aber es geht sich, glaube ich, genau aus", sagte Neureuther. Er hatte nicht mehr das Gefühl von Chancenlosigkeit wie nach den vergangenen Rennen in Wengen und Adelboden. „Die Platzierung heute ist ehrlich gesagt zweitrangig", sagte er. Viel wichtiger sei das Gefühl auf Ski. „Das gibt mir sehr viel Zuversicht." Durch den Kreuzbandriss zu Beginn der Saison 2017/2018 verpasste er nicht nur viele Rennen, sondern auch viele Testtage. Beim Material – also Ski, Schuhen und Bindung – hat Neureuther auf die Konkurrenz einen Rückstand. Zu den WM-Favoriten zählt erneut Noel, der bereits in Wengen oben auf dem Podest stand. Zwei Siege hintereinander, das war in den vergangenen zwei Jahren nur Marcel Hirscher im Weltcup gelungen. Auch der Österreicher Hirscher, als Zweiter 0,29 Sekunden zurück, sowie Noels Teamkollege Alexis Pinturault auf Rang drei zählen zu den WM-Kandidaten. Und Neureuther kann sich am Dienstagabend beim Flutlicht-Slalom in Schladming der Weltspitze wieder etwas annähern.

Siegt wieder: Laura Dahlmeier Foto: dpa

Dahlmeier pirscht sich ran

Doppel-Olympiasiegerin Laura Dahlmeier hat beim Biathlon-Weltcup in Antholz ihren 20. Weltcupsieg gefeiert und kommt sechs Wochen vor der Weltmeisterschaft immer besser in Form. Die 25-Jährige setzte sich am Sonntag im abschließenden Massenstart durch und stand damit zum ersten Mal seit fast einem Jahr wieder ganz oben auf dem Podium. Die siebenmalige Weltmeisterin leistete sich nur einen Fehler und verwies die ebenfalls einen Fehler schießende tschechische Sprintsiegerin Marketa Davidova mit einem Vorsprung von 13,1 Sekunden auf Platz zwei. Dahlmeier war tags zuvor schon Zweite im Verfolgungswettkampf geworden. Das gute Abschneiden der deutschen Skijägerinnen vervollständigte Vanessa Hinz (1 Fehler/Rückstand: 16,4 Sekunden) auf Platz drei. Wegen ihrer gesundheitlichen Probleme während der Vorbereitung und über Weihnachten ist es erst die dritte Weltcupstation für Laura Dahlmeier in diesem Winter. In sieben Rennen holte die Partenkirchnerin sechs Top-Ten-Ergebnisse, davon einen Sieg und zwei zweite Plätze. Ihren letzten Sieg hatte die siebenmalige Weltmeisterin am 12. Februar 2018 mit ihrem zweiten Olymia-Gold (Verfolgung) in Pyeongchang geholt. Für das deutsche Team war es nach dem Massenstart-Erfolg von Franziska Preuß in Ruhpolding der zweite Saisonerfolg.

Weltmeisterschaft der Deutschen

Rodlerin Natalie Geisenberger, 30, gewinnt wieder WM-Gold. Die Kollegin Julia Taubitz, 22, wird Zweite und rückt ihr immer näher

Aus Winterberg
Klaus-Eckhard Jost

Natalie Geisenberger und der Eiskanal in Winterberg mochten sich über viele Jahre nicht. „Das war für mich ein echtes Trauma, in der Jugend bin ich oft gestürzt", sagt die Rodlerin aus Miesbach. Spätestens an diesem Wochenende ist daraus eine wahre Liebe geworden. Am Freitag gewann die 30-Jährige den Titel im Sprint. Ihren ersten. Und am Samstag holte sie sich Gold im klassischen Rennen über zwei Läufe ab. Ihr viertes. „Dass mir das wieder gelungen ist, dass es mir gelungen ist, mich wieder auf den Punkt vorzubereiten, das ist einfach mega", sagte die vierfache Olympiasiegerin.

Wie unbeeindruckbar Natalie Geisenberger ist, zeigte sich vor ihrer ersten Fahrt. Plötzlich brach sie ihre Startvorbereitungen ab. „Die Ampel war noch rot, die Zeit ist aber schon gelaufen", erklärte sie den kurzen Aufreger, „das ist schon komisch, wenn man den Bügel noch in der Hand hält." Erst als der beschlagene Sensor der Zeitmessung wieder gesäubert war, konnte die Favoritin in die 1.293 Meter lange Eisröhre starten. „Ich bin selbst überrascht, wie wenig mich das aus dem Konzept gebracht hat", sagte sie. Erfahrung nennen dies die einen, Abgeklärtheit die anderen.

Insofern beobachtet Geisenberger gelassen, welche Veränderungen es im deutschen Team gibt. Ihre Dauerkonkurrentin Tatjana Hüfner hat in Winterberg ihre letzte WM bestritten. Die 35-Jährige, 2010 Olympiasiegerin, trat als Titelverteidigerin an und wurde Zehnte. „Den Verlauf der WM habe ich mir anders vorgestellt", sagte die Thüringerin, die nach dieser Saison aufhört. An ihre Stelle ist schon längst Julia Taubitz getreten. Die 22-Jährige aus dem sächsischen Annaberg, die seit Sommer in Oberhof trainiert, kam zweimal auf Platz zwei. „Silber im Sprint war schon ziemlich cool, aber jetzt so richtig Vizeweltmeisterin zu sein, ist schon toll", jubelte sie. Gleichzeitig wurde sie Junioren-Weltmeisterin.

Große Freude über Silber: Julia Taubitz im Ziel Foto: dpa

„Julia ist unser Diamant, den man noch ein bisschen schleifen kann", sagt Geisenberger. An welchen Stellen sie sich noch verbessern muss, weiß Taubitz am besten. Zunächst ist das der Start. Da handelt sie sich einen Rückstand ein, den sie durch perfekte Fahrten wieder aufholen muss. „Das ist mein kleines Minuspünktchen." Zudem bringt sie zu wenig Gewicht mit. Bei 1,75 Meter Größe wiegt sie 63 Kilogramm. Eigentlich ein ideales Verhältnis, nicht aber beim Rodeln. Deshalb darf sie sich eine Weste umschnallen. Zehn Kilo ist sie schwer. „Man sieht schon, dass Gewicht sehr viel bringt", sagt sie. Geisenberger bringt bei 1,83 Meter 85 Kilo auf die Waage.

Geisenberger erinnert die Konstellation mit Taubitz an ihre Anfänge vor einem Jahrzehnt. „Als ich von den Junioren gekommen bin, war die Silke Kraushaar noch aktiv", erzählt sie. Und die war auch Olympiasiegerin. Und dann gab's Tatjana Hüfner. „Wo die beiden waren, da wollte ich unbedingt hin." Das hat sie geschafft. Mit viermal Gold bei Olympischen Spielen, 47 Siegen in Weltcuprennen und sechs Erfolgen im Gesamtweltcup hat sie ihre Vorgängerinnen gar überflügelt. Doch nun ist sie diejenige, die gejagt wird. „Ich schaue nach hinten und sehe: Oho, die Julia kommt mir immer näher." Zwei Weltcuprennen hat sie in der Saison schon gewonnen, momentan belegt sie Platz zwei im Weltcup.

was alles nicht fehlt

Malaysia auf dem Trockenen: Das Internationale Paralympische Komitee hat Malaysia die Schwimm-WM der Behindertensportler entzogen, weil das Land keine Sportler aus Israel starten lassen wollte. Daher habe der Verband „absolut keine andere Möglichkeit, als nach einem neuen Gastgeber zu suchen", sagte IPC-Präsident Andrew Parsons. Die WM sollte vom 29. Juli bis 4. August stattfinden.

Breitenreiter im Freien: Der Tabellenvorletzte Hannover 96 hat sich von seinem Trainer André Breitenreiter getrennt. Er habe „wirklich alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Mannschaft wieder in die Erfolgsspur zurückzuführen", sagte Manager Horst Heldt. Das sei nicht gelungen, daher die Trennung.

Kommen Sie am 6. April zum taz lab und diskutieren mit uns über „Heimat, Sehnsucht, Nachbarschaften"

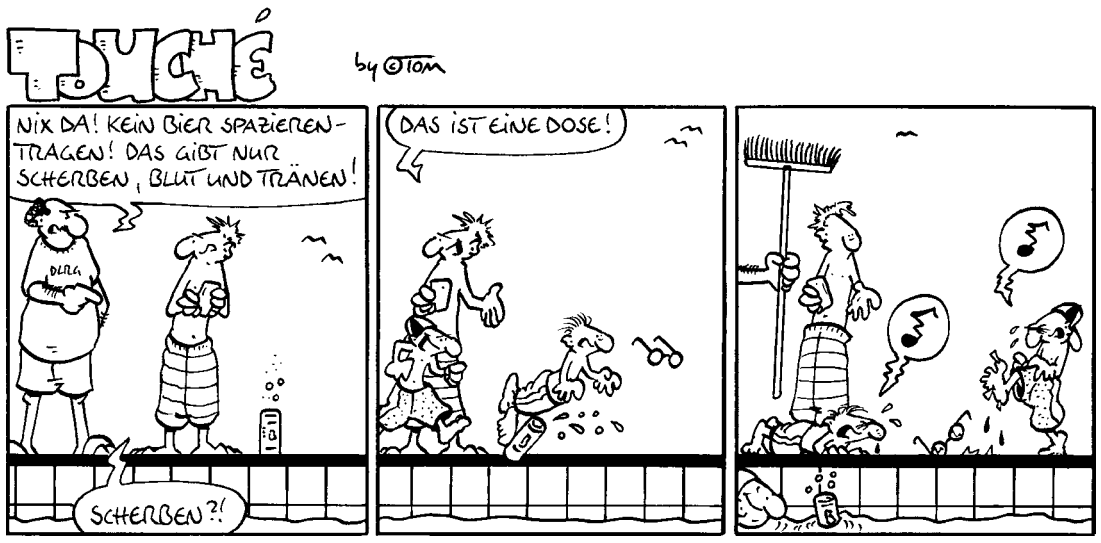
mit Kevin Kühnert, Hengameh Yaghoobifarah, Volker Beck, Dunya Ballout, Harald Welzer, Thilo Bode, Lisa Fithian, Emilia Smechowski und vielen mehr.

Karten & Programm: tazlab.de

MEHR ALS 80 VERANSTALTUNGEN AM 6. APRIL IM TAZ HAUS UND UMGEBUNG, BERLIN

gurke des tages

In der **Deutschen Bahn** haben ja schon einige Ganoven ihr Unwesen getrieben – als Chef oder als Dieb. Da bekommt mancher Fahrgast Angst: **„Mann sperrt sich in Zug ein“**, meldete dpa gestern. Auf der Fahrt von Zürich nach Hamburg hat ein 48-Jähriger **„aus Angst vor Taschendieben“** die Abteiltür mit einem Fahrradschloss verriegelt und konnte sie nicht mehr öffnen. Ein Bolzenschneider befreite ihn. **Angst essen Fahrgast auf.**



das wetter

Krimikarriere

Nach ihrem letzten beruflichen Fehlschlag als Drogenkurierin verordnete sich die erfahrene Rechtsbrecherin Sella Mocken erst einmal eine Auszeit. Trotz einer überaus knappen Verfolgungsjagd war es ihr gerade noch gelungen, über die grüne Grenze eines ungastlichen südamerikanischen Landes fliehen zu können. Kaum zurück im Heimathafen, tappte sie in eine Kostenfalle, die hart zuschnappte. Rapido verarmt, kam sie zufällig nachts an einem Tresorraum vorbei, der arg lockend vor ihr lag. Der Alarm schrillte los, die Schellen klickten, aber für die Kaution hätte sie ein Riesenbündel Banknoten besitzen müssen. Das jähe Ende ihrer internationalen Karriere als gesuchte Gesetzlose drohte, also floh sie in die dunkle Parallelwelt der Clans, wohin sich nie ein Weißkragen verirrte. Sella Mocken legte die heißen Geschäfte vorerst auf Eis. Vorerst.

Fröhliche Feier für Flora und Fauna

Soeben wurden wieder die Wesen des Jahres gewählt. Immer noch ist die Auszeichnung die wichtigste Preisverleihung im Naturreich

Hase und Igel moderierten die Gala und machten Witze darüber, dass sie aussähen wie Känguru und Nasenbär Foto: reuters

Von **Valentin Witt**

Jedes Jahr im Januar versammelt sich Flora und Fauna der Bundesrepublik an einem abgelegenen Ort, um ihre ausgezeichnetsten Vertreter als Wesen des Jahres auszuzeichnen. Am Wochenende war es wieder so weit: Alles, was Rangstufe und Gattungsname hatte, war gekommen, der hierzulande wichtigsten Preisverleihung im Naturreich beizuwohnen. Einzig die Flusslandschaft des Jahres 2018/19, die Lippe, ließ sich äußerst durchsichtig entschuldigen – angeblich sei sie von grundlosen Flügelschlägen aggressiver Gänse stark angeschwollen und voller Flüssigkeit, Bettruhe nun dringend nötig. Gewässerexperten halten die Schwellung der unteren Lippe als Absagebegründung jedoch für vorgeschoben, der dämliche Fluss sei bloß reisefaul und undankbar.

Dass es anders geht, zeigten die urbanen Wälder an Rhein und Ruhr, die als Waldlandschaft des Jahres geehrt wurden und geschlossen angereist waren, Fahrt und Hotel selber zahlten und anderen Gästen kostenlos Schatten spendierten. Ein wichtiges Signal in einem Ökosystem, dessen Klima sich zuletzt merklich verändert hatte.

Die weitverzweigten Debatten unter den hiesigen Blättern haben bei den Tieren Spuren hinterlassen, noch immer stehen Fleischfresser und Pflanzenfresser einander unversöhnlich gegenüber und beharren auf ihrer Lebensform als der einzig wahren. Die Pflanzenfresser fühlen sich von den Karnivoren existenziell bedroht und werfen ihnen Rückständigkeit vor; Fleischfresser sehen sich einer öffentlichen Hetzjagd ausgesetzt. Wegen längst vergangener Wettläufe mit einseitig tödlichem Ausgang würden nun ganze Arten unter Generalverdacht gestellt, instinktgesteuerte Beutegreifer zu sein, was prinzipiell zwar nicht von der Tatze zu weisen, zweifelsohne aber Faschismus im Schafspelz sei, und überhaupt hätten sich Beutetiere früher weniger angestellt, ja Genuss beim Gefressenwerden empfunden.

> Es wurde viel getuschelt: Ist das Geweih künstlich? Hat die Rauchschwalbe den Entzug geschafft?

Diesen wald- und feldanschaulichen Gräben zum Trotz gelang unter freiem Himmel eine frostige, aber friedliche Gala ohne größere Zerfleischungen. Dafür wurde viel über Anwesende getuschelt: Ist das Geweih künstlich? Hat die Rauchschwalbe den Entzug geschafft? Was läuft da zwischen Eiche und Pflaumenbaum, eine Wühlmaus? Hat der Auerhahn schon wieder seinen Bürzel vergrößern lassen? Was zum Kuckuck brütet der Geier aus und warum zum Geier ist der Kuckuck so ein Aas? Als später publik wurde, sämtliche Gerüchte habe der Klatschmohn gestreut, spendete dieser der Enthüllung den größten Applaus, wenngleich knallrot.

Wie schon in den vergangenen Jahren führten Hase und Igel durch den Abend und überboten sich gegenseitig mit immer schnelleren Überleitungen, wobei die zahlreichen Spitzen des Igels erheiterten und ihn als den gewitzteren Conférencier auswiesen.

Als Erstes wurde dann die sehr gediegene und begehrte Auszeichnung zur „Blume des Jahres“ verliehen, diese Ehre wurde der darob sehr überraschten Besenheide zuteil. Leicht wirr fegte sie auf die Bühne und staubte den Preis ab, kehrte aber rasch wieder um und den Boden um sich herum gleich mit.

Die nächste Trophäe ging an das „Höhlentier des Jahres“, und zwar an die Gemeine Höhlenstelzmücke. Durch eine Ungeschicklichkeit entglitt ihr die kiloschwere Dodoskulptur aus Bronze bei der Übergabe und knallte Laudator Heilbutt auf den flachen Kopf, der jetzt noch etwas platter ist. „Nicht schon wieder!“, blubberte der Heilbutt, dem die Ernennung zum „Fisch des Jahres“ erneut verwehrt blieb. Der Atlantische Lachs hatte sich bei der jüngsten Ausschreibung einfach geschickter präsentiert und dank Seitenkiemen die „Nase“ vorn.

Kontrovers wurde die Entscheidung der Jury aufgenommen, dem Grünen Knollenblätterpilz den Titel „Pilz des Jahres“ zu verleihen, zumal schmackhafte Sorten wie Pfifferlinge und Champignons erneut in die Röhre gucken mussten. Das sei ein Schlag ins Gesicht aller Pilzopfer und belohne Jahrtausende heimtückischen Giftmords, ließen Angehörigenverbände Geschädigter verlautbaren. Der Grüne Knollenblätterpilz will jetzt darüber nachdenken und vielleicht etwas ändern, eventuell sogar seinen Hut nehmen.

Erfreulicher hatte es die Feldlerche, bereits zum zweiten Mal konnte der Piepmatz die Trophäe als „Vogel des Jahres“ erflattern. In ihrer Preisrede stieg die Lerche vor Freude an die Decke, brach sich den Hals und dankte mit letzten Worten der Intensivlandwirtschaft für die ausgezeichnete Bedrohungslage, ohne die all das nicht möglich gewesen wäre. Ihre Artgenossinnen kündigten an, weiterhin gern im Bestand zu schrumpfen, um bald wieder auf dieser Bühne geehrt zu werden.

Nachdem auch der Kippenboden als Boden des Jahres prämiert und auf den Sieg erst mal eine Stange Zigaretten geraucht hatte, nachdem Distel, Gurke und Flatter-Ulme ihre Preise als Staude, Gemüse und Baum 2019 verliehen worden war und das Geißeltierchen Magnetospirillum sich bei der Wahl zur „Mikrobe des Jahres“ knapp gegen Rap-Amöbe Kollegah hatte durchsetzen können, nachdem noch viele weitere Wesen mit einem Preis gewürdigt worden waren, all die Spinnen und Lurche und Kobolde und was da noch so kriecht und flucht, konnte nun endlich der Sieger der Königsdisziplin des Naturdaseins, das „Wildtier des Jahres“ 2019, verkündet werden.

Nominiert waren die Smaragdeidechse, das Sommergoldhähnchen, die kleine Hufeisennase, die Äskulapnatter und das Reh. Die eigens aus Galapagos angereiste Laudatorin, Riesenschildkröte Anita, die es immerhin auf stolze 102 Lebensjahre bringt, machte es besonders spannend, als sie sich beim Verkünden des Siegers viel Zeit ließ, zunächst ihr Portemonnaie aus dem Bauchpanzer zog und bei den Glühwürmchen von der Saalbeleuchtung eine Flasche Sprudel mit winzigen Muscheln bezahlen wollte. Erst als Meisen Frau Schildkröte Ort und Zeit ins Ohr zwitscherten, konnte das Spektakel seinen angedachten Lauf nehmen.

Doch sogleich setzte sich die greise Schildkröte gewaltig in die Nesseln („Unkraut des Jahres 2006“), als sie das schließlich prämierte Reh nicht nur als „Frau vom Hirsch“ vorstellte, sondern der stark bejagten Spezies die Ehrung auch noch in der Kategorie „Wild des Jahres“ verleihen wollte. Das preisgekrönte Huftier nahm es jedoch gelassen und freute sich stattdessen, dass auch eine attraktive und erfolgreiche Top-Art wie die der Rehe für ihre starke Performance belohnt wird. Nächstes Jahr soll den Preis nach dem Willen des glücklichen Gewinners dann endlich auch einmal der Mensch bekommen.

Ralf Sotscheck

Ein Weihnachtsmann namens Boris Brexit

Der britischen Regierung sind die schlimmsten Folgen eines harten Brexit offenbar gar nicht bewusst. Wenn die Insel Ende März die Europäische Union verlassen sollte, kann sie Weihnachten auf Mitte März verschieben. Bisher konnte Santa, wie britische Kinder den Weihnachtsmann nennen, ungehindert einreisen, denn er lebt in Lappland im Norden Finnlands, und das gehört zur EU.

Nach dem Brexit muss er sich an die neuen Regeln halten. So darf er nicht mehr in den britischen Luftraum eindringen, sondern muss wie andere ausländische Lieferanten mit der Fähre über Dover einreisen. Den Kanaltunnel gibt es dann nicht mehr, denn der soll nach dem Brexit so schnell wie möglich gesprengt werden, so hat es die Regierung beschlossen.

Vorsichtshalber muss der Weihnachtsmann seinen roten Anzug an der Grenze abgeben und in einen Union-Jack-Mantel schlüpfen, damit er nicht versehentlich für einen russischen Agenten gehalten und vergiftet wird. Die Einreise ist für ihn dennoch problematisch, denn seine Papiere sind dubios. Der alte Weißbart hat viele Pseudonyme, Santa und Claus sind nur zwei davon. Patrick Freyne von der *Irish Times* schlug vor, er solle sich doch lieber einen gängigen englischen Namen zulegen, zum Beispiel Boris. Britische Kinder müssten ihre Wunschzettel dann an „Dear Boris“ richten.

Ihre Geschenke bekommen sie unverpackt, weil der Zoll die Päckchen geöffnet hat. Santa muss sie unter den Fernseher legen, denn Weihnachtsbäume sind verboten. Sie sind nämlich von Albert, dem Gemahl von Königin Viktoria, eingeführt worden. Und der war nicht nur Ausländer, sondern sogar Deutscher. Aber wenigstens bleibt den Briten der Mistelzweig erhalten. Man hängt ihn über die Tür. Darunter dürfte man theoretisch Fremde küssen, aber es gibt dann ja keine Fremden mehr, sondern nur noch Briten. Für die Truthähne wird Weihnachten deshalb ein rauschendes Fest: Bisher wurden sie von ausländischen Saisonarbeitern geschlachtet, doch die hat man alle nach Hause geschickt.

Auch Rudolf, das Rentier, bekommt Probleme bei der Einreise. Er muss sich wegen seiner roten Nase einem Alkoholtest unterziehen. Die verlorene Zeit kann der Weihnachtsmann aber wieder aufholen, indem er die Rentiere mit Anabolika vollstopft, um sie zu Höchstleistungen anzutreiben. Die EU-Restriktionen für die Behandlung von Tieren gelten dann ja nicht mehr. Die Labour-Abgeordnete Julie Ward wandte jedoch ein, dass Rudolf und seine Artgenossen Tierpässe benötigen.

Wenn alle Formalitäten erledigt sind, können die Engländer schließlich am 17. März gemeinsam mit den Iren feiern – die einen zelebrieren Weihnachten, die anderen den St. Patrick's Day. Aber gibt es den Weihnachtsmann überhaupt? Doch. Man muss nur ganz fest an ihn glauben. Das gilt auch für den problemlosen Brexit.

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag, Herausgeb.: taz.die tageszeitung. Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin **Postanschrift:** Postf. 610229, 10923 Berlin **Telefon:** 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Georg Löwisch, Katrin Gottschalk (stellv.), Barbara Junge (stellv.)
Chefreporter: Peter Unfried
Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, 030 | 2 5 902 0
Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes: Georg Löwisch
LeserInnenbriefseite: Gaby Sohl
Anzeigen Gesamtausgabe: Margit Jöhnk
Berliner Lokalteil: Bert Schulz | alle Berlin
Regionalteil Nord: Jan Kahlcke | Hamburg
Anzeigen: Andrea Bodirsky | Bremen Manfred Frenz | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516
Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.
Kleinanzeigen: Überregional und Berlin taz-Kleinanzeigen, Friedrichstraße 21
Tel.: Mo.–Fr. 9–15 Uhr 030 | 25 902 222
Fax: 030 | 2 59 02 444
E-Mail: kleinanz@taz.de
taz Shop | **Tel.:** 030 | 25 902 138
Anzeigenverkauf: Überregional und Berlin taz-Anzeigenabteilung, Friedrichstraße 21
Tel.: 030 | 25 902 238 |-290 |-289
Fax: 030 | 25 106 94 |
E-Mail: anzeigen@taz.de
Lokalteil Hamburg | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, **Tel.:** 040 | 38 90 17 452
Lokalteil Bremen taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Pieperstraße 7, 28195 Bremen, **Tel.:** 0421 | 96 02 64 42
Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführer: Karl-Heinz Ruch
Gesellschafter | 99,96%: taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin
Vorstand: Pascal Beucker, Redakteur Andreas Bull, Kaufmann Isabel Lott, Fotoredakteurin Berit Lusebrink, Verlagsmitarbeiterin Karl-Heinz Ruch, Kaufmann | alle Berlin
Aufsichtsrat: Stefanie Urbach, Kommunikationsberaterin, Berlin | Johannes Rauschenberger, Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, Stuttgart | Hermann-Josef Tenhagen, Journalist, Berlin
Druck auf PALM Recyclingpapier: A. Beig Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG, 25421 Pinneberg | prima Rotationsdruck Nord GmbH+Co. KG, 19243 Wittenburg | MDV GmbH & Co. KG, 35390 Gießen
Abo-Service: 030 | 25 902 590 9.00 – 16.30 Uhr | Mo. – Fr.
Fax: 2 59 02-680
E-Mail: abo@taz.de
Abo-Nummer nicht vergessen!
Mtl. Mindestpreis regulär 31,90 €

Nächster Halt: faire Arbeitsbedingungen?

Heute startet die BVG-Tarifrunde. Drohen Streiks? Kommen Busse bald pünktlich? Und ist die BVG überhaupt noch zu retten? Unser Autor beantwortet die wichtigsten Fragen

Die Endhaltestelle könnte der Streik sein: BVG-Angestellte fordern bessere Bedingungen Foto: Arne Immanuel Bänsch/dpa

Von **Daniél Kretschmar**

Am Montag geht es wieder los: Die Tarifrunde bei der BVG und ihrer Tochter Berlin Transport startet mit dem ersten Verhandlungstermin zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen zum Manteltarifvertrag Nahverkehr (TV-N). Beide Seiten erwarten „schwierige Verhandlungen".

Muss ich also wegen eines Streiks auf die S-Bahn umsteigen?

Nein. Nicht sofort jedenfalls. Die Gewerkschaft Verdi und die Tarifkommission der Beschäftigten geben sich zwar kämpferisch, wollen aber erst einmal abwarten, wie ihre Forderungen aufgenommen werden.

Wie viel Geld wollen die Beschäftigten denn haben?

Das steht noch nicht im Detail fest. In dieser Runde geht es zunächst darum, die vertraglich festgelegten Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Entgelttabelle ist turnusgemäß erst im März dran, wie jedes Jahr. Und dafür sind die ArbeitgeberInnen verpflichtet, bis Ende Februar ein Angebot vorzulegen.

Um welche Arbeitsbedingungen geht es denn so?

Zum Beispiel die Arbeitszeiten. So haben Beschäftigte mit Verträgen, die älter als 14 Jahre sind im Regelfall eine Wochenarbeitszeit von 36,5 Stunden, die danach eingestellten aber 39 Stunden. Ziel der Tarifkommission ist eine 36,5-Stunden-Woche für alle bei vollem Lohnausgleich.

36,5 Stunden? Das klingt ja ganz gemütlich.

Na ja, mal abgesehen von Ungleichbehandlungen unter KollegInnen, die dieselbe Tätigkeit ausüben, muss auch im Blick behalten werden, dass insbesondere der Fahrdienst eine extrem stressige Tätigkeit ist. Da wird man nicht für erfundene Selbstgespräche bezahlt.

Erzähl mir mehr.

Der Krankenstand in den verschiedenen Bereichen liegt bei 10 bis 15 Prozent. Das ist das Doppelte bis Dreifache des von den gesetzlichen Krankenkassen gemessenen bundesweiten Durchschnitts. Das ist zumindest ein Indiz dafür, dass die Arbeitsbedingungen bei der BVG nicht sonderlich zuträglich für die Gesundheit sind. Dazu klagen zum Beispiel BusfahrerInnen über hohe Belastungen durch den unmittelbaren Umgang mit der häufig unzufriedenen Kundschaft. Reduzierte Arbeitszeiten könnten durchaus dazu beitragen, die individuellen Folgen des Stresses besser abzufedern.

Ist der hohe Krankenstand auch die Ursache für die ständigen Zug- und Busausfälle?

Jein, da spielen sehr viele Faktoren mit rein: nicht zuletzt der überalterte und reduzierte Fuhrpark, der mit einer viel zu hohen Werkstattquote, wenn man so will, auch einen sehr hohen Krankenstand aufweist. Womit wir uns auch einem der Probleme bei den Tarifverhandlungen annähern: den Kosten für die Gesamtsanierung der BVG.

Da müssen die Personalkosten doch getrennt betrachtet werden, oder nicht?

Klar, aber der Senat hat neben der geplanten Fahrzeugneubeschaffung und infrastrukturellen Maßnahmen auch noch ein Programm aufgelegt zur zusätzlichen Gewinnung von 1.100 Beschäftigten für die BVG allein in diesem Jahr. Irgendwann muss mal jemand anfangen zu rechnen, wie viel das alles kostet.

Und, was würden die Forderungen der Tarifkommission denn kosten?

Verdi beziffert das Gesamtpaket auf rund 60 Millionen Euro. Das wäre eine Steigerung der bisherigen Personalausgaben der BVG um mehr als 10 Prozent.

Klingt viel, aber wenn sogar noch zusätzliche Beschäftigte gewonnen werden sollen, muss man die Jobs bei der BVG vielleicht attraktiver machen, oder nicht?

So ist zumindest die gewerkschaftliche Argumentation. Der Tarifvertrag bei der BVG ist bundesweit einer der schlechtesten für die Beschäftigten in einem Nahverkehrsunternehmen. Nur in Brandenburg ist die Vergütung noch niedriger als in Berlin. Das ist keine sonderlich strahlkräftige Werbung für neue KollegInnen. Zumal die BVG tatsächlich Personal an Konkurrenzunternehmen verliert. Die Deutsche Bahn und mit ihr die S-Bahn sind ebenfalls händeringend auf der Suche nach Leuten – und zahlen besser. Frank Kulicke, selber Mitglied der Tarifkommission, berichtete in der vergangenen Woche von wenig versteckten Abwerbeversuchen auch auf informellen Wegen, wie in geschlossen Facebookgruppen und dergleichen.

Wie viele Menschen arbeiten denn überhaupt bei der BVG?

Mehr als 12.000 im Mutterhaus und noch mal knapp 2.000, hauptsächlich FahrerInnen, bei der Berlin Transport.

Wie viele von denen sind bei Verdi organisiert?

Darüber schweigt sich die Gewerkschaft aus. Taktische Gründe. Man will der BVG die Einschätzung der Kampfstärke möglichst schwer machen.

Können die also ordentlich streiken?

Klar. Das kommt zwar nicht so oft vor, aber in der Vergangenheit haben die organisierten Beschäftigten wiederholt unter Beweis gestellt, dass sie zumindest tageweise praktisch den gesamten Betrieb der BVG lahmlegen können. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass die Kampfkraft signifikant abgenommen hätte.

Okay, aber wie läuft das dann? An der Straßenbahnhaltestelle hindern mich plötzlich Streikposten am Zugang?

Nein, zunächst würde die Tarifkommission nach eigener Auskunft Arbeitskampfmaßnahmen 24 Stunden vorher ankündigen, also ein bisschen Luft lassen, damit die Fahrgäste sich auf Ausfälle und andere Störungen einstellen können.

Zunächst?

Falls die BVG versucht, in diesen 24 Stunden zum Beispiel ErsatzfahrerInnen zu besorgen, wäre mit weitaus kurzfristiger angesetzten Maßnahmen zu rechnen.

Aber welche Tage könnte das denn betreffen?

Wie schon angedeutet, lässt sich das nicht so ohne Weiteres vorhersagen. Aber ich würde Augen und Ohren schon mal rund um die bereits feststehenden Verhandlungstermine offen halten, also den heutigen 28. Januar, den 11. Februar, sowie den 5. und 28. März.

Streikt diese BVG-Kampagne mit ihren Witzchen auf Facebook und Twitter denn dann wenigstens auch?

Hey, man kann nicht alles haben.

Die Wochenvorschau von **Anna Klöpper**

Grüne Ideen gegen Diskriminierung, ein Kita-Streik und ein Happy End

Wie schön: Nur noch eine Woche, dann sind schon wieder Ferien. **Winterferien,** diese eine Woche Anfang Februar, die man eigentlich auch nur auf dem Schirm hat, wenn man Schulkinder zu Hause hat. Die bekommen am Freitag ihre **Halbjahreszeugnisse** in die Hand gedrückt. Besser sollen die Berliner SchülerInnen werden, hatte Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) ja vergangene Woche gemahnt und mehr Deutschstunden und Leistungstests verordnet.

Klar, wer lesen kann, ist im Vorteil. Was den persönlichen Notenspiegel aber auch zuverlässig nach unten zieht: wenn SchülerInnen diskriminiert und gemobbt werden, sei es von MitschülerInnen, sei es von LehrerInnen. Am Mittwoch darf man daher gespannt sein, welche Gedanken sich die **Berliner Grünen** zum Thema **Diskriminierung an Schulen** gemacht haben.

Dass Berlin da Handlungsbedarf hat, hatte jüngst eine Anfrage des Grünen-Abgeordneten Sebastian Walter an die Bildungsverwaltung gezeigt. 170 Diskriminierungsfälle zumeist rassistischer Natur zählte die Bildungsverwaltung zwischen September 2016 und Juli 2017. Die Dunkelziffer dürfte hoch sein. Und: Überwiegend ging der Rassismus vonseiten der LehrerInnen aus. Ein altes Problem, für das frische Ideen immer willkommen sind – die Grünen wollen nun jedenfalls „Eckpfeiler" einschlagen in ein „nachhaltiges Gesamtkonzept".

Auch Antisemitismus ist ein Übel, das man – nicht nur an Schulen – einfach nicht los wird. Da hilft nur: Aufklärungsarbeit, immer wieder, auch wenn es mühsam ist. Dieses Konzept verfolgt ab Mittwoch eine **neue Ausstellung** im Lichthof des Auswärtigen Amts am Werderschen Markt. **„Verfolgen und Aufklären. Die erste Generation der Holocaustforschung"** beschäftigt sich mit den Biografien der PionierInnen auf diesem Gebiet. Die Ausstellung läuft noch bis Ende Februar, der Eintritt ist frei.

Und sonst? Es ist wieder **Kita-Streik** in Berlin! Für **Dienstag** ruft die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft die ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen in den landeseigenen Kindertagesstätten und Schulhorten in den Ausstand. Weil es noch früh in den Verhandlungen ist, startet man soft mit einem halbtäglichen Streik, also von morgens Dienstbeginn **bis mittags um 12 Uhr.** Immerhin: Die Fraktionsspitzen der rot-rot-grünen Koalition haben ihr Kommen und also ihre Unterstützung zugesagt.

Bei der letzten Tarifrunde für die Landesbediensteten vor zwei Jahren war die Streikbereitschaft hoch, die Hälfte der 277 landeseigenen Kitas blieb geschlossen. Der Unmut der Berliner ErzieherInnen entzündet sich an der Tatsache, dass sie im Vergleich zum Bundesschnitt deutlich schlechter bezahlt werden.

Sollten sich die Streiks verschärfen, hätten die Eltern Zeit, sich demnächst in die Schlangen vor den **Berlinale**-Ticketschaltern einzureihen. Ein quengelndes Kleinkind kann da ja von Vorteil sein: Die Mitwartenden verdrehen die Augen, lassen einen aber mit Glück drei Plätze vorrücken. Am 7. Februar beginnen die Filmfestspiele, zum letzten Mal mit Cheforganisator **Dieter Kosslick**. Am Dienstag wird das Festival-Programm verkündet, es ist zugleich Kosslicks **Abschiedsprogramm.** Klar, dass das ganz großartig wird, in seiner Branche mag man bekanntlich Happy Ends.

Verdrängte Erinnerung

Die Investorenpolitik des Senats verdrängt laut einem Bündnis einen Gedenkort jüdischer Zwangsarbeit

Von **Peter Nowak**

Für einen Gedenkort in der Kreuzberger Fontanepromenade demonstrierten am Samstag erinnerungspolitische Gruppen. „Fontanepromenade 15 – obdachloser Gedenkort“ stand auf einem Transparent, das direkt vor der ehemaligen „zentralen Dienststelle für Juden beim Berliner Arbeitsamt“ hing. Von dort aus wurden Jüdinnen und Juden zwischen 1938 und dem Ende des Zweiten Weltkriegs unter Anderem in die Rüstungsindustrie gezwungen.

Auch anlässlich des Internationalen Tages des Gedenkens der Opfer des Holocaust am 27. Januar hat die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) – Bund der Antifaschist*innen sowie stadt- und erinnerungspolitische Gruppen zur Kundgebung aufgerufen.

Seit Mai 2018 habe der Bremer Eigentümer des historischen Gebäudes Räume an Start-ups vermietet, die eigentlich als Gedenk- und Erinnerungsort geplant waren. Dafür hatte das Berliner Abgeordnetenhaus im Haushaltsplan für 2018/19 rund 100.000 Euro vorgesehen. Das Protestbündnis macht den Senat dafür verantwortlich, dass das Geld jedoch nie abgerufen wurde. Die Initiativen kritisieren, dass die Investorenpolitik Gedenken an den Rand dränge.

Lothar Eberhardt, der die Kundgebung angemeldet hat, weist auf eine 2013 durch bürgerschaftliches Engagement errichtete Tafel vor dem Gebäude hin, die an die Historie des Ortes erinnert. Nach der Sanierung steht sie allerdings nicht mehr direkt am Eingang, sondern am Rand des Gebäudes.

„Die Fontanepromenade muss ein Denkort werden, in dem über autoritäre Bürokratie nachgedacht wird, die das NS-Regime am Laufen hielt“, sagte Philipp Sonntag von der Organisation Child Survivors Deutschland (CSD), in der sich Nachkommen von NS-Verfolgten zusammengeschlossen haben. Er überbrachte Grüße von Horst Selbiger, den Beamte in der Fontanepromenade 15 in die Zwangsarbeit trieben. Wie viele damals Betroffene nennt er den Ort Schikanepromenade.

Auch Georg Daniels vom Verein Gedenkort Fontanepromenade 15 kritisiert: „Wir halten es für einen absoluten Skandal, dass ein solcher Geschichtsort der Immobilienspekulation geopfert wird und nicht als Gedenkort zur jüdischen Zwangsarbeit und zum Holocaust öffentlich genutzt wird“.

Frieder Böhne von dem Bündnis kündigte weitere Aktionen für die Schaffung und den Erhalt von Gedenkorten für die NS-Verbrechen an. Böhne erinnerte an die zahlreichen NS-Zwangsarbeiterlager, die es in ganz Berlin gegeben hat.

Ende März ist eine Fahrradtour zu verschiedenen Standorten geplant, die für weitere Erinnerungsorte in Frage kommen. Das ehemalige Postscheckamt an der Möckernstraße soll ebenso besucht werden, wie Amerika-Gedenkbibliothek am Halleschen Tor. Dort befand sich bis 1945 die Dienststelle, die für den Einsatz von Kriegsgefangenen in Berlin und Umgebung zuständig war. Eine vor Jahren angebrachte Gedenktafel ist nicht mehr zu entziffern. Die Aktist*innen fordern eine rasche Erneuerung der Tafel.

„Wir wollen ein sicheres Modell“

Mietexperte Benjamin Raabe spricht im Interview über die nächsten Schritte zum Mietendeckel und Einwände von Hausbesitzern

Interview **Volkan Ağar**

Foto: privat

Benjamin Raabe, 54, ist Jurist und spezialisiert auf Mietrecht. Er ist Mitglied des AK Mietrecht im Republikanischen Anwaltsverein und Mitglied des Netzwerks Mieten und Wohnen.

taz: Herr Raabe, die SPD hat vergangene Woche ein Papier über einen möglichen Mietendeckel veröffentlicht. Können Bundesländer diesen tatsächlich beschließen?

Benjamin Raabe: Die Länder haben zwar im Rahmen des Mietrechts keine Kompetenz, sie können aber gegebenenfalls – wenn sich bewahrheiten sollte, was der Jurist Peter Weber schreibt und worauf sich die SPD bezieht – preisrechtlich eingreifen. Sie können in dem Fall Mietobergrenzen einführen.

Der Eigentümerverband Haus & Grund argumentiert, dass das nicht gehe, weil die Kompetenz beim Bund liege.

Die Länder können in der konkurrierenden Gesetzgebung, wozu Zivilrecht und auch das Mietrecht gehören, nichts mehr machen, wenn der Bund hier bereits tätig geworden ist. Aber am Mietrecht soll auch nichts geändert werden. Es soll preisrechtlich reguliert werden. Das könnte gehen.

Warum?

Das Wohnungswesen gehört seit der Föderalismusreform 2006 nicht mehr zur konkurrierenden Gesetzgebung und ist ausschließlich Sache der Länder geworden. Hier kann das Land öffentlich-rechtlich Schranken setzen, die dann auch auf den Mietvertrag wirken. Das gibt es in Berlin bereits beim Zweckentfremdungsrecht.

Auch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung überprüft den Mietendeckel. Worum geht es genau?

Die Grundfrage, ob die Länder die notwendige Kompetenz tatsächlich haben oder nicht. Und wenn sie diese haben, ob der betreffende Sachverhalt bereits vom Bund geregelt ist oder nicht. Es geht derzeit ausschließlich um die Frage, ob der rechtliche Raum für einen Mietendeckel da ist. Um konkrete Ausgestaltung geht es noch nicht.

Wenn die Überprüfung positiv ausfällt, was wären die nächsten Schritte?

Dann müsste man sich ein Modell überlegen. Es geht dann um die Bemessungsgrundlage – also darum, ob sich der Deckel an den Vergleichsmieten, dem Mietspiegel, orientieren soll. Oder ob es einen Mietenstopp gibt, aktuelle Mieten also eingefroren werden. Auch das Einkommen der Mieter könnte dafür herangezogen werden.

Für welche Mieten soll das gelten?

Im Gespräch sind bereits bestehende Mietverträge und solche, die neu geschlossen werden. Die SPD hat Neubauten von ihrem Vorschlag ausgenommen, weil sie vermutlich Investitionen nicht beschneiden will.

Sie haben sich gerade mit den Grünen und Weber, der die Debatte ausgelöst hat, getroffen. Mit welchem Ergebnis?

Das war ein reines Brainstorming. Wir wollen ein möglichst sicheres Modell präsentieren, das nicht beim ersten Ruckeln zusammenfällt. Den Grünen ist es – so habe ich das miterlebt – sehr wichtig, hier gemeinsam mit den Koalitionspartnern zu agieren.

Die Gegner überprüfen derzeit wohl auch.

Ja, Haus und Grund wird das auch machen und eine Position entwickeln. Das Thema hat natürlich Sprengkraft. Wenn es einen Mietendeckel in Berlin geben sollte, kann es auch einen in Hamburg oder München geben.

Hausbesitzer argumentieren, Vermieter könnten sich bei einem Mietendeckel Instandhaltung nicht mehr leisten.

Das Problem kann man nicht vom Tisch wischen. Das gab es schon in den Zwanzigern und im Berlin der Nachkriegszeit. Man kann Regelungen dafür finden. Anderseits sind die Mieten mittlerweile so hoch, dass der Anteil, der für die Instandhaltung ausgegeben wird, sehr gering ist. Anders gesagt: Der Profit ist so groß, dass Wohnungsunternehmen auch bei einem Mietendeckel ohne Probleme für die Instandhaltung aufkommen könnten.

Weil Wohnraum eben doch eine Ware ist, hält Rot-Rot-Grün einen Mietendeckel für erforderlich Foto: Müller-Stauffenberg/imago

Kohle-Ausstieg

In Berlin soll 2030 Schluss sein

Beim Ausstieg aus der Kohleverstromung in Berlin verfolgt der Energiekonzern Vattenfall „einen klaren Zeitplan“. Das sagte Vorstandschef Magnus Hall am Wochenende. „Wir haben im vergangenen Jahr die Braunkohlenutzung in Klingenberg beendet und stellen auf Gas um. Das Kraftwerk Reuter C soll 2020 folgen, danach die Kraftwerke Moabit und Reuter West.“ In Lichterfelde und Marzahn würden Gaskraftwerke gebaut. „Bis spätestens 2030 werden wir in Berlin aus der Steinkohle heraus sein. Darin sind wir uns mit der Stadt Berlin einig.“ Vattenfall sehe sich „nach anderen Energiequellen um, etwa Restwärme und Abwärme von Industrieanlagen oder Datenverarbeitungszentren.“ Vattenfall betreibt in Berlin auch das Stromverteilnetz. Derzeit läuft ein Neuvergabeverfahren, Vattenfall hat sich wieder beworben. Hall sagte, er rechne für die nächsten Monate mit einer Entscheidung. *(dpa)*

Staats- und Domchor

Mädchen dürfen nicht mitsingen

Der Staats- und Domchor will ein reiner Knabenchor bleiben. „Es gab bisher die Bewerbung eines Mädchens, das nicht aufgenommen werden konnte, weil der Staats- und Domchor gemäß Satzung ein Knaben- und Männerchor ist“, sagte eine Sprecherin der Universität der Künste dem Evangelischen Pressedienst. Die Mutter des Mädchens stelle die Rechtmäßigkeit der Satzung infrage, eine juristische Klage liege allerdings nicht vor. Die Berliner Rechtsanwältin Susann Bräcklein, die sich in diesem Fall engagiert, hält den Ausschluss für diskriminierend. Seitens der UdK hieß es, die Ausbildung von Jungenstimmen unterscheide sich in entwicklungspsychologischer wie auch physiologischer Hinsicht von der künstlerischen Ausbildung von Mädchenstimmen. Mädchen erführen in der Berliner Sing-Akademie eine ebenso professionelle Ausbildung. *(epd)*

taz veranstaltung

Diskussion:

„Putin Putin …“
30 Porträtbilder von Ira Blazejewska

Russlands Präsident Wladimir Putin ist ein Mann mit tausend Gesichtern. Ira Blazejewskas Bilder, die nun erstmals in Berlin zu sehen sein werden, sind eine Auseinandersetzung jenseits von „Puting“ und „Putinbashing“.

Über Ira Blazejewska sowie unsere eigenen Putinbilder diskutieren wir an diesem Abend mit **Barbara Oertel**, taz Redakteurin für Osteuropa. Zur Einstimmung auf ein anregendes Gespräch wird der Berliner Schauspieler **Lorris Blazejewski** aus Dostojewskis „Aufzeichnungen aus dem Untergrund“ lesen.

Moderation: **Ambros Waibel**

Donnerstag, 31. Januar 2019, um 19 Uhr, Eintritt frei
taz Kantine, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin-Kreuzberg

Potse-Demo endet mit Gewalt

Tanz-Demo für linke Freiräume in Schöneberg: Die Polizei reagiert mit Härte, wie ein Video auf Twitter zeigt

Von **Anna Klöpper**

Eine Demo für linke Freiräume vor dem Schöneberger Jugendzentrum Potse mit rund 60 TeilnehmerInnen endete am späten Freitagabend in einer handfesten Auseinandersetzung mit der Polizei. Auf einer 30-sekündigen Videosequenz, die AktivistInnen bei Twitter veröffentlicht haben, sieht man zunächst, wie eine Gruppe von etwa fünf BeamtInnen auf die DemonstrantInnen zugeht. Ein Teilnehmer der Demo „Krach & Tanz für den Erhalt linker Freiräume“ scheint einen Beamten dann leicht am Oberkörper zurückzuschubsen. Der Beamte reagiert heftig: Er stößt den Mann zurück, der fällt, der Polizist setzt nach und holt zum Faustschlag aus. Ob der Schlag den Mann traf, ist wegen der schlechten Qualität des Videos nicht genau zu erkennen.

Die Polizei betonte am Sonntag, die Szene sei eine „Momentaufnahme“. Dennoch würden „die am Einsatz beteiligten Polizisten befragt, um den Sachverhalt aufzuklären“ und das Video zur weiteren Klärung an das Landeskriminalamt weitergeleitet. Insgesamt habe man in Zusammenhang mit der Demo neun Strafermittlungsverfahren, unter anderem wegen Verstoß gegen das Vermummungsverbot, eingeleitet. Drei Beamte seien bei dem Einsatz leicht verletzt worden.

Warum die Situation vor der Potse eskalierte, blieb indes zunächst unklar. Die Polizei spricht in einer Mitteilung von Alkoholkonsum und „polizeifeindlichen Sprechchören“. Von Seiten der Potse-AktivistInnen hieß es am Sonntag, man müsse den Vorfall selbst erst mal diskutieren.

Frust und Ärger

Grundsätzlich seien Frust und Ärger über die unsichere Zukunft des Jugendzentrums gerade groß. „Wenn wir keine Räume haben, tanzen wir eben auf der Straße“, sagte ein Sprecher.

Die Potse kämpft derzeit um neue Räume für ihr Jugendkollektiv. Der Mietvertrag in der Potsdamer Straße lief zum 31. Dezember aus. Das Bezirksamt hat zwar eine Alternative angeboten, die aus Sicht des Kollektivs aber ungeeignet ist, weil laute Konzerte dort nicht stattfinden können. Die Potse-AktivistInnen verweigern deshalb die Schlüsselübergabe an den Bezirk. Eine erste Frist zur Übergabe der Räume ist am 14. Januar verstrichen. Bezirksstadtrat Oliver Schworck (SPD) sagte zuletzt, es gebe, allein aus juristischen Gründen, bereits eine neue Frist. Allerdings betonte die Potse in einer Pressemitteilung vom Sonntag erneut, von dieser Frist noch nicht zu wissen.

Vor Gericht sagen Verkäufer von Straßenzeitungen übereinstimmend, dass die Konkurrenz am Hauptbahnhof wachse Foto: Marc Tirl/dpa

Wo Arm gegen Arm kämpft und keiner gewinnt

Weil die Konkurrenz zwischen Verkäufer*innen von Straßenzeitungen wächst, ist der Hauptbahnhof mittlerweile nach Nationen aufgeteilt. Gewalt ist unter Verkäufer*innen am Hauptbahnhof offenbar alltäglich – aber schwer zu ahnden, wie ein Prozess beim Amtsgericht zeigt

Von **Susanne Memarnia**

Bei Gerichtsprozessen bekommt man bisweilen Einblick in Welten, die in der Regel verschlossen bleiben. Beispiel Berliner Hauptbahnhof: Vielen Reisenden wird aufgefallen sein, dass sich dort in den vergangenen Jahren immer mehr bettelnde Menschen aufhalten, die Straßenzeitungen verkaufen – oder auch froh sind, wenn man ihnen einen Euro gibt und keine Zeitung nimmt. Doch woher sie kommen, wie sie leben – wer weiß das schon?

Einer von ihnen war am vorigen Donnerstag, 17. Januar, vor dem Amtsgericht Tiergarten angeklagt: Der 22-jährige Rumäne soll versucht haben, einem polnischen Pärchen, das am Hauptbahnhof ebenfalls zeitweilig Zeitungen verkaufte, Handy, Geld und Zigaretten zu stehlen. Zudem soll er den Mann geschlagen haben. Später am selben Tag – das Ganze soll im Mai 2018 gewesen sein – sollen er und drei andere Rumänen die beiden Polen bis zur Invalidenstraße verfolgt und dort verprügelt haben. Die Frau, die schwanger gewesen sein soll, habe infolgedessen ihr Kind verloren.

Die Herkunft der Beteiligten ist wichtig in diesem Fall. Denn die wachsende Konkurrenz der Verkäufer hat dazu geführt, dass diese ihre „Gebiete“ am Bahnhof nach Nationen aufgeteilt haben. Die Rumänen verkaufen respektive betteln am nördlichen Europaplatz, die Polen und Deutschen am Washingtonplatz, wie der Beschuldigte und die beiden Zeugen übereinstimmend dem Gericht erklären.

Auf Befragung der Vorsitzenden Richterin, zwei Schöffen sitzen ihr zur Seite, gibt der Beschuldigte zunächst zu Protokoll, „nicht so gut“ lesen und schreiben zu können. Er habe keine Schule besucht, keinen Beruf gelernt und keinen festen Wohnsitz. In Deutschland sei er immer für „zwei bis drei Monate, dann wieder weg, wieder hier“, übersetzt die Dolmetscherin für das Gericht. Seine Familie – Mutter, Brüder, Schwestern – seien in Rumänien. Er lebe „von den Zeitungen“, sagt er und schlafe „am Bahnhof“. Die gegen ihn erhobenen Vorwürfe bestreitet er. Der Pole habe ihn zuerst geschlagen, er habe sich nur gewehrt: „Er hatte schon was getrunken und sagte zu mir: Was guckst du so nach meiner Frau?“ Dass er später mit anderen die beiden erneut überfallen habe, sei auch nicht wahr, „ich schlage keine Frauen“, gibt er an.

Dann tritt der junge Pole, sichtlich eingeschüchtert oder verwirrt von der Gerichtsatmosphäre, in den Zeugenstand. Bei der Frage nach seinem Alter muss der 22-Jährige erst nachrechnen. Einen Beruf habe er nicht, übersetzt ein Dolmetscher auch für ihn. Eine Zeit lang habe er am Hauptbahnhof Zeitungen verkauft, dann nicht mehr, „weil von denen viel zu viele da sind“, sagt er und zeigt auf den Beschuldigten. Zur Zeit des Vorfalls habe er Pfandflaschen gesammelt.

Im Verlauf seiner Aussage spricht er immer wieder aufgeregt von „den Rumänen“, die am Bahnhof Leute beklauen würden „nachts, und alles“. Seine Schilderung, wie er an jenem Tag zunächst vom Beschuldigten, dann von vier Rumänen geschlagen worden sei und versucht habe, seine Frau zu schützen, kulminiert darin, dass er sich umdreht und ins Publikum zeigt. Dort sitzt ein junger Mann mit Mütze – der sei einer der Täter gewesen. Abends habe seine Frau wegen eines Tritts in den Bauch begonnen zu bluten, sie sei in die Charité gefahren. Die Arzt-Unterlagen seien später samt Rucksack gestohlen worden, „als wir unter einer Brücke schliefen“. – „Und das Kind?“, fragt die Richterin. „Ich weiß nicht, sie hat geblutet, bekam Tabletten. Ich kenne mich damit nicht aus.“

Der Pflichtverteidiger des Beschuldigten fragt nach, ob er den Rumänen auch geschlagen habe. Ja, er habe sich verteidigt und einmal aufs Auge getroffen. Ob er heute schon Alkohol getrunken habe? Die Verhandlung hat um 13 Uhr begonnen. „Ja, ein Bier, einen halben Liter.“ – „Sind Sie öfter so aufbrausend?“ – „Ich bin etwas nervös, so bin ich, ich habe ADHD (sic!).“ Ob er öfter in Schlägereien verwickelt sei? „Ja, das kommt schon vor.“

Als er den Saal verlässt, bittet die Richterin den Mann aus dem Publikum nach vorne, lässt seinen Namen notieren. Dann liest sie das Vorstrafenregister des Polen vor, das mehrere Einträge wegen Diebstahls und Körperverletzung enthält.

„Sind Sie öfter in Schlägereien verwickelt?“ – „Ja, das kommt vor“

Auch die polnische Freundin, 33 Jahre alt, leicht aufgedunsenes Gesicht, gibt an, keinen Beruf zu haben. Vor Verhandlungsbeginn hat die deutsche Begleiterin der beiden, bei denen diese mit Wohnsitz gemeldet sind, der taz-Reporterin erzählt, die junge Frau sei nach dem Vorfall wieder – wie schon vor der Schwangerschaft – dem Alkohol verfallen und nach Paris abgetaucht, wo sie im Obdachlosenmilieu versumpft sei. Erst am Vortag des Prozesses sei sie – im Zug, aber ohne Fahrkarte – nach Berlin zurückgekehrt.

Die Schilderung der Polin zu den Ereignissen jenes Tages klingt eigentlich plausibel, weicht allerdings in einigen Details von der Aussage ihres Freundes ab, wie die Richterin durch intensives Nachfragen herausarbeitet. Von wem der Beschuldigte denn nun Geld und Handy verlangt habe, will sie etwa wissen. „Von mir“, sagt die Zeugin – ihr Freund hat dagegen behauptet, von ihm. Auch auf die Frage, ob sie an jenem Tag schon Alkohol getrunken habe, sagt die Zeugin, anders als zuvor ihr Mann, nein, habe sie nicht.

An manchen Punkten scheinen sich Richterin und Zeugin schlicht nicht zu verstehen. So fragt die Richterin, warum die Zeugin ein Foto von ihrem Schwangerenbauch gemacht habe – das sie zum Beweis fürs Gericht mitgebracht hat. „Einfach so“, erklärt die Zeugin. Dass manche Schwangere tatsächlich ihren Bauch aus reiner Freude fotografieren, leuchtet der Richterin aber nicht ein. Sie fragt erneut nach dem Warum. „Um zu beweisen, dass ich schwanger bin“, sagt die Zeugin dann. Was die Richterin für unglaubwürdig hält: Niemand fotografiere seinen Bauch, wenn er noch nicht weiß, dass er einen Tritt hineinbekommen wird.

Am Ende bleibt einiges unklar. Etwa wann, wo und wie die Frau ihr ungeborenes Kind verloren hat. Mit ihrer eigenen Aussage bei der Anzeigenaufnahme vor acht Monaten konfrontiert – sie sei damals im sechsten Monat schwanger gewesen – und da blute man ja nicht nur ein paar Tage, sondern habe eine richtige Fehlgeburt, sagt sie nun, sie wisse all dies nicht mehr genau. Offen bleibt auch, warum das Gericht und die Staatsanwaltschaft nicht die Krankenunterlagen der Charité angefordert haben, die der Zeugin nach eigener Aussage gestohlen wurden, die es aber, wenn ihre Geschichte stimmt, geben muss.

Die Richterin unterbricht die Verhandlung. In der Pause spricht ein dritter Rumäne, der im Publikum sitzt, die Reporterin an. Es sei ja wohl klar, sagt er, dass „die Deutsche“ – die Begleitung der beiden Polen – die ganze Geschichte nur erfunden habe, um den Rumänen zu schaden. Warum? „Wegen der Konkurrenz beim Zeitungsverkauf.“ Als die Verhandlung weitergeht, schaut sich das Gericht zum Abschluss der Beweisaufnahme noch Videoaufzeichnungen der Überwachungskameras an, kann darauf aber nichts Eindeutiges erkennen, wie die Richterin feststellt.

Zum Schluss lässt die Anklage die Tatvorwürfe gegen den Rumänen mangels Beweisen fallen. „Die Zeugenaussagen sind so mangelhaft, dass man die Anklage nicht aufrechterhalten kann“, erklärt die Staatsanwaltschaft. „Leider sind das nicht die Bilderbuchzeugen, die man sich wünschen würde“, setzt sie hinzu. Der Beschuldigte wird freigesprochen. Auf Nachfrage der taz erklärt das Gericht, gegen zwei weitere Mittäter in der Sache sei gesondert ermittelt, aber bislang offenbar keine Anklage erhoben worden. Auf die Frage, warum das so ist, hat die zuständige Staatsanwaltschaft bislang keine Antwort gegeben.

Zwei Stunden nach Prozessende bekommt die taz einen Anruf von der deutschen Freundin der Polen. Die Rumänen seien wieder am Hauptbahnhof – der Beschuldigte und der Mann aus dem Publikum, der mit geprügelt haben soll. Sie hätten gelacht und gespottet, weil niemand den Angriff bezeugen konnte. Und sie hätten sie, die Deutsche, die vermeintliche Anstifterin der Anzeige, bedroht: „Du kriegst bald richtig Ärger“, sollen sie gesagt haben.

berliner szenen

Sogenannt inoffizielles Rauchen

Ich rauche schon seit einer Weile nicht mehr, zumindest offiziell. Das heißt, jeder, der mich mit einer Zigarette erwischt, darf sie mir wegnehmen und zu Ende rauchen. Das geht schon einige Monate so; offiziell rauche ich IQUOS, die elektrische Gesundheitszigarette von Marlboro, habe aber auch richtigen Tabak in der Hinterhand. Anfangs hatte ich tatsächlich gar nicht geraucht, aber da war ich auch im Krankenhaus gewesen. Manchmal in der Nacht hatte ich aber doch mit B. vor dem Urban gestanden, und wir hatten bulgarische Filterzigaretten geraucht, und die aus der psychiatrischen Station hatten Kopfhörer auf und ausgesehen wie verpeilte Raver – eine schöne Zeit, an die ich gern zurückdenke.

Und die Ärzte hatten dann gesagt, ich solle nicht mehr rauchen und nicht mehr trinken. Aber das mit dem Trinken war glaube ich ein Missverständnis gewesen, weil ich anfangs gesagt hatte, ich wäre Low-Level-Alkoholiker, weil ich doch fast immer zwei Bier am Abend trinke. So hatte das jedenfalls mit diesen elektrischen Ersatzzigaretten angefangen. Es ist mir immer noch etwas peinlich, wenn ich welche im Späti hole und der Spätibetreiber braucht auch immer noch eine Weile, bis er das Gewünschte gefunden hat, und man macht sich als Nichtraucher natürlich auch etwas vor, wenn man die kleinen Joints nicht als Zigaretten zählt.

Aber eigentlich zähle ich beim Rauchen überhaupt nicht, dachte ich auf meinem Weg zu M. Nachdem ich geklingelt hatte, höre ich Glas in der Wohnung klingen. Er begrüßt mich mit der Frage, ob ich mir die Haare gewaschen hätte. Ich sage, dass es draußen nur ein bisschen nass ist. Auf dem Küchentisch steht eine Sektflasche. Er fragt, ob ich ein Glas trinken möchte; weil er nicht trinken darf, hab ich keine Lust und mache mir einen grünen Teebeuteltee mit Orangengeschmack.

Detlef Kulbrodt

verweis

Mit Hypnose hetero werden?

„Reparativtherapien“ sind Pseudotherapien, um jemanden hetero zu machen. 2018 hat die Universität von Kalifornien in Los Angeles die Zahl der Menschen in den USA, die *conversion theraphy* gemacht haben, auf 698.000 beziffert. 77.000 Personen zwischen 13 und 17 seien derzeit in dieser Psychofolter oder in der Warteschlange dafür. Selbst ein Verbot, das 9 US-Staaten erlassen haben, greift nur bei staatlich anerkannten Therapeuten. Religiöse Scharlatane, meist christliche Fundamentalisten, dürfen weiter hypnotisieren und Stromschläge versetzen. Darum geht es auch in dem Film „Boy Erased“, der um 22 Uhr im Kino International (Karl-Marx-Allee 33) als Preview läuft.

3-D-Druck im Musikzimmer

Nach seiner gelungenen Sanierung und maßvollen Erweiterung eröffnet das Haus am Waldsee wieder. Den Auftakt macht die Konzeptkünstlerin und Bildhauerin Karin Sander mit sogenannten Gebauchsbildern

Von **Sabine Weier**

Karin Sander, Gebrauchsbild 106, Baustelle Einfamilienhaus, Hägenschwil, 2008–2010, Leinen auf Keilrahmen in Standardgröße, weiße Universalgrundierung, 60 x 80 cm Foto: Haus am Waldsee

Weiß grundierte Leinwände hängen am Haus am Waldsee: Hochformate, Querformate und Quadrate sind über die gesamte Fassade verteilt. Anachronistisch wirkt der Kommentar der Bildhauerin Karin Sander auf eine Kunst, welche die Leinwand doch schon im vergangenen Jahrhundert verlassen hat. Doch zu dem Ort, auf den Sander hier Bezug nimmt, passt dieser Anachronismus. Erbaut wurde die ehemalige Industriellenvilla 1922/23 im vormodernen englischen Landhausstil in Zehlendorf für die Textilfabrikanten-Familie Knobloch. Die verkaufte sie allerdings kurze Zeit später und emigrierte Anfang der 1930er Jahre nach Südamerika. 1946 eröffnete die Villa dann als Ausstellungshaus in dem Kunst gezeigt wurde, die sich von den Zwängen ihrer Konventionen befreit hatte. Die von den Nazis verfemte Avantgarde zog ein. Als Erstes präsentierte das Haus Plastiken von Käthe Kollwitz neben Arbeiten von Ewald Vetter. Nun also wurde der denkmalgeschützte Bau eineinhalb Jahre lang behutsam saniert, mit Sanders Einzelausstellung „ –Z“ eröffnet er wieder.

Die Konzeptkünstlerin lässt sich stets von dem leiten, was sie vorfindet. Der Ort steht in dieser Schau besonders im Vordergrund. Die frisch sanierten Räume sind gähnend leer, nur kleine Bildtitel sind an den Wänden zu lesen: „Speisezimmer/ Dining Room“, „Musikzimmer/ Music Room“, „Herrenzimmer/ Men’s Salon“ etc. nebst Jahreszahl und den Maßen der Leinwand draußen, zu welcher der jeweilige Titel gehört. So beginnt das Kino im Kopf: Welche Geschichten haben sich in diesen von verschiedenen Familien bewohnten Räumen wohl abgespielt? Während sich die Räume kraft der Vorstellung der BetrachterInnen mit Leben füllen, bemalt draußen die Witterung die Leinwände. „Gebrauchsbilder“ nennt Sander sie. Schon in den vergangenen Jahren hat sie leere Leinwände je für eine Zeit im öffentlichen Raum platziert. Später hängen sie samt ihrer Titel in anderen Ausstellungen. Dass sie dann nicht ohne Weiteres dechiffrierbar sind, ist bei Sander Programm.

Doch das ist nur ein Aspekt der Arbeit. Sander findet, die in die Architektur eingelassenen Leinwände wirkten wie Leerstellen, wie fehlende Pixel in einem digitalen Bild. Sie interessiert sich für die im Verborgenen agierenden Zeichensysteme der digitalen Kultur, für die Übersetzung von Bildern und Körpern in Daten. Wie bei ihren „3D Bodyscans“, für die Personen posieren und dann als Skulpturen gedruckt werden. Für ihre „Quellcodes“ füllt sie Museumsräume mit den Buchstaben- und Zahlenketten, die deren computergeneriertes Architekturmodell beschreiben. Das einzige in der Ausstellung gezeigte Objekt ist ein aus Google-Earth-Daten generiertes und 3-D-gedrucktes Modell des Hauses mit Skulpturengarten und See, platziert inmitten des ehemaligen Musikzimmers. Ein Landschaftsmotiv also außerhalb der Leinwand, die es tradierte, steht für die Erweiterung der Perspektive in der digitalen Kultur des Datenkapitalismus hin zum radikalen panoptischen Blick.

> So beginnt das Kino im Kopf: Was hat sich in diesen Räumen wohl abgespielt?

Seit 2005 macht die Leiterin des Haus Am Waldsee, Katja Blomberg, das Programm mit KünstlerInnen, die wie Sander international erfolgreich sind, aber einen Bezug zu Berlin haben. Nun will sie das Haus weiter öffnen. Im Herbst gastiert der Frankfurter Tobias Rehberger mit einer Einzelausstellung. Für einen neu gestalteten, in einem seitlichen Nachkriegsanbau untergebrachten Veranstaltungsraum hat er schon einen großflächigen Vorhang entworfen. Das Werk des britischen Bildhauers Lynn Chadwick, der schon 1960 hier ausstellte, tritt im Sommer in einen Dialog mit dem für seine Metallplastiken bekannt gewordenen Hans Uhlmann und Katja Strunz, die sich dreidimensional mit den verlorenen Utopien der Nachkriegszeit beschäftigt.

Zunächst wird es mit Ammar al-Beik ab März aber politisch. Der syrische Künstler kam 2014 über Beirut und Dubai nach Berlin. In seinen Filmen und Fotografien sucht er nach einer neuen syrischen Identität und thematisiert das Leben im Berliner Exil. Geplant ist eine Überblicksausstellung zu seinem Schaffen, wie sie bei der Konzeptkünstlerin Sander natürlich nicht hätte stattfinden können. Ihre Rückschau auf frühere Arbeiten hat sie in den Ausstellungskatalog verlegt. Dort sind sie nicht etwa chronologisch, sondern alphabetisch nach Titel geordnet. Einfach macht Sander es den BetrachterInnen auch in diesem Medium nicht, doch es ist etwas zu sehen.

Bis 3. März 2019,
www.hausamwaldsee.de

Weiß zu allem etwas zu sagen

Jens Friebe, live und schlicht großartig am Freitag im gefüllten Festsaal Kreuzberg: Wie queer Show, Beteiligte und RezipientInnen sind, muss man eigentlich kaum mehr betonen, das versteht sich von selbst

Von **Jenni Zylka**

Einfach mal Jens Friebe fragen. Sei’s Drogenkonsum, sei’s „Herr der Ringe“, sei’s Gender: Der Mann, sein neues, sechstes Album „Fuck Penetration“ hatte es soeben brillant bewiesen, weiß zu allem etwas zu sagen. Live, am Freitag im gefüllten Festsaal Kreuzberg, ist das nicht anders.

Friebe lässt den Abend gemach beginnen, nach einer Lesung und Vera Kropfs freundlichem Wienerin-mit-Gitarre-Auftakt, steht er am elektronischen Klavier und beweist, dass man textlich nicht simpel bleiben muss, um Menschen zum Mitgrölen zu bringen. Denn Hymnen, und das sind Songs wie das Titelstück „Fuck Penetration“ oder „Es leben die Drogen“ eindeutig, Hymnen können auch fernab von Stadion und Nationalgefühl gesungen werden, können gesellschaftliche Phänomene thematisieren, können zwischen den Zeilen mindestens genauso Relevantes wie in den Zeilen selbst ausdrücken. „It is a wonderful infinite melody / start any time we don’t need synchronisity / and we call the song fuck penetration“ schmetterte Friebe hingebungsvoll, flankiert vom unbezahlbaren Schlagzeugkünstler Chris Imler, Pola Schulten und Andi Hudl, die auch sofort einstimmen: „Fuck, fuck, fuck penetration!“, gemeinsam mit dem ganzen Saal. Alle würden jetzt gern die Penetration fucken. Und alle würden kurz darauf gern Drogen nehmen, mit Jens Friebe, wahlweise auch ohne: „Als ich sagte ich kann nicht mehr, war das gelogen – es leben die Drogen“, stimmt er an, während sich sehnsüchtige Klavierakkorde Richtung Dur auflösen.

Die Stücke, das fällt live mehr auf als auf der Platte, sind allerdings ganz schön kurz, als ob Friebe seine neuerdings auf Deutsch und Englisch funkelnden Gedanken zu Drogenkonsum, „Herr der Ringe“ und Gender eher als „conversation starter“ denn als Statement in den Ring werfen möchte: Zwei Strophen, zwei Refrains, man hatte sich gerade eingegroovt, hatte gerade Struktur und Inspiration des Songs begriffen, da ist er auch schon wieder vorbei. Dabei stand viel Schönes Pate bei Friebes musikalischen Ideen – das harmonisch-spannungsvolle Songwriting von David Bowie in den 70ern, die Rocksounds der späten 60er, die elektronische Unbekümmertheit der 80er, sogar, in „Herr der Ringe“ mit seinem gebetsmühlenartigen Fantext über die Filmreihe – vielleicht dank Imlers Lust am perkussiven Experimentieren – die irren, allein auf Rhythmus aufgebauten Klänge von Cyril Trotts oder Fun Boy Three: „Die Hügel sind Häuser, die Häuser sind Hügel“, rezitiert Friebe, „gespensterhaft zeigt sich das absolut Böse / als Mischung aus Wirbelsturm, Auge und Möse“. Und apropos: Wie queer Show, Beteiligte und RezipientInnen sind, muss man eigentlich kaum mehr betonen, das versteht sich bei Friebe (und vielen der fast zeitgleich agierenden, unterhaltsamen und weisen MusikerInnen aus seinem Umfeld, etwa „Oum Shatt“ oder „Ja, Panik“) längst von selbst, ein Glück. Die Notwendigkeit von mehr Queerness in der Welt zu beschreiben, ist klar eine von Friebes Intentionen, eine andere wird seine Liebe zur Sprache sein, sein Interesse daran, auch eigentlich kaum singbare Worte zu verweben, sie ebenso als Textur wie als Text zu begreifen: „Raus aus dem Idyll / auf teambildende Reisen / mit helfenden Elfen / und zaubernden Greisen.“

Freitag klappt das jedenfalls gut. Live klingen Friebes Songs natürlich partytauglicher und tanzbarer als auf dem Album, wo man dagegen sein Anliegen zur Weltverbesserung ernster nimmt. Und weil die kurzen Songs so schnell vorbei sind, spielt Friebe als Zugabe noch mal fast genauso lang, während seine Band eifrig die Instrumente wechselt. Dabei wäre die Musik, die sich selbstbewusst nicht einordnen lässt, schon abwechslungsreich genug. Aber auf allen Hochzeiten zu tanzen potenziert eben auch den Spaß.

lokalprärie

dienstleistungen

Carlos, der Mann für viele Fälle bei Renovierung und anderen Arbeiten: Helfe mit Rat und Tat bei und individueller Gestaltung von Wohn- und Arbeitsraum. Übernehme Garten- und Hauswartsarbeiten, Umzüge und Überführungen, kleine Transporte oder sonstige Erledigungen. Sie brauchen aktuell oder demnächst Unterstützung? Anrufe erbeten unter ☎ **0172/477 09 29** Bitte heben Sie diese Anzeige auf, falls Sie später auf meine Hilfe zurückgreifen wollen!

transporte

zapf umzüge, ☎ 030 61 0 61, www.zapf.de, Umzugsberatung, Einlagerungen, Umzugsmaterial, Beiladungen, Materiallieferungen, Akten- und Inventarlagerung

verschiedenes

Vom Bauschaum bedroht! Spatz, Schwalbe, Mauersegler, Turmfalke, Dohle oder Fledermaus wir sind von Euch und Euren Bauten abhängig. Doch Sanierung und Verdichtung nehmen uns Brutplätze, Schutz und Nahrung. Auf diese Veränderungen können wir kaum noch reagieren. Wie könnt Ihr helfen? Netzwerk Gebäudebrüter : **c.baradari@berlin.de**

Abo 030 - 259 02 - 590 | Hamburg 040 - 3890 17 - 0 | anzeigen@taz-nord.de | Bremen 0421 - 960 26 - 0 | Hannover 0511 - 89 7005 - 20 | hannover@taz-nord.de www.taz.de redaktion@taz-nord.de

Weil die Hochschulen die vereinbarten Quoten für den Studienerfolg verfehlten, hat Hamburgs Grüne Senatorin für Wissenschaft Katharina Fegebank die Zielquoten gesenkt. Das Nachbarland Bremen lässt sich erst gar nicht in die Karten gucken

Mehr als die Hälfte bricht ab

Die meisten, die hier reingehen, kommen ohne Abschluss wieder raus: Universität Hamburg
Foto: imago/Strussfoto

Von **Kaija Kutter**

In Hamburg wirbt seit anderthalb Jahren das sympthatische Projekt Shift dafür, dass junge Menschen, die an ihrem Studium zweifeln, sich eine Lehrstelle suchen. In einem taz-Bericht Anfang Januar unter der Überschrift „Nicht das Ende der Welt“ war zu lesen, dass von den 16.800 Studierenden, die 2017 die Hochschulen der Stadt verließen, nur 40 Prozent einen Abschluss in der Tasche hatten. Die Statistik kam von Shift, das wiederum die Zahlen nach eigener Auskunft aus der Wissenschaftsbehörde erhält.

Die 60 Prozent Abbrecher wurden in drei Gruppen geteilt: 28 Prozent, bezogen auf alle Studierenden, seien wegen fehlender Rückmeldung exmatrikuliert worden, 11,5 Prozent hätten ihr Studium erklärtermaßen endgültig abgebrochen, und 20 Prozent hätten „andere Gründe“ wie zum Beispiel „Unterbrechung des Studiums, Hochschulwechsel, Beendigung des Studiums ohne Prüfung“.

Was alle drei Gruppen eint: Die Haltekraft der Hamburger Hochschulen scheint aktuell nicht sehr hoch zu sein. Die Zahl 16.800 entspricht etwa der jährlichen Studienanfänger. Doch dass nur vier von zehn Abgängern einen Abschluss hätten, wäre überraschend und neu. Das kann eine bloße Momentaufnahme sein. Das statistische Bundesamt, das eine Betrachtung mit einigen Jahren Abstand vornimmt, überschlug jüngst, dass im Jahr 2016 immerhin 79 Prozent aller der im Jahr 2008 erstmals eingeschriebenen Hamburger Studierenden einen ersten Abschluss hatten.

Das Thema Erfolgsquote war mal ein heißes Politikum. Es war das Argument für die radikalen Reformen, mit denen Anfang der Nullerjahre der parteilose Wissenschaftssenator Jörg Dräger Hamburgs Hochschulen überzog. In den „Leitlinien“ des damaligen CDU-FDP-Schill-Senats von 2003 heißt es, die niedrige Studienerfolgsquote sei „eines der elementarsten Probleme“.

Den über 11.000 Anfängern der sechs staatlichen Hochschulen stünden „nur“ etwa 6.000 Absolventen pro Jahr gegenüber, also nur etwa 54,5 Prozent. Drum wurden die von zehn auf sechs Semester verkürzten „Bachelor“-Kurzstudiengänge eingeführt, die mit besserer Betreuung mehr Abschlüsse erzielen sollten.

Gelenkt werden sollte dies über „Ziel und Leistungsvereinbarungen“ (ZLV) mit jeder einzelnen Hochschule. In der ersten Vereinbarung, die Jörg Dräger 2007 mit der Uni Hamburg abschloss, wurde denn auch eine Erfolgsquote von 70 Prozent anvisiert. Aus 5.530 Anfängern in 2009 sollten 2012 dann 3.910 Absolventen werden. Seit 2013 sind diese Quoten fester Bestandteil der Hochschulsteuerung, wenn auch modifiziert. 2013/14 galt für die Uni nur noch eine Bachelor „Input-Qutput-Quote“ von 60 Prozent.

Doch mehrere Hamburger Hochschulen haben die Quoten wiederholt verpasst. In dem Fall wird ihnen nach einem komplizierten Schlüssel ihr „Leistungsbudget“ gekürzt, um maximal ein Prozent des Gesamtbudgets. Das Geld wird den Hochschulen für andere Projekte wieder zur Verfügung gestellt, doch die Sache ist unschön. Andere Länder wie Bremen haben nur Quoten ohne solche Sanktionen, machen aber auch nach Außen nicht transparent, was sie mit den Hochschulen vereinbaren.

Zum Jahr 2017 nun rangen die staatlichen Hochschulen der grünen Wissenschaftssenatorin Katharina Fegebank eine neue Regelung ab. Groß publik gemacht wurde sie nicht. Doch wer die Ziel- und Leistungsvereinbarung von 2017/18, die auf der Homepage der Stadt stehen, studiert, stellt fest, dass es plötzlich eine radikal gesenkte Quote gibt. Die Hochschulen müssen die Quote X ins 3. Fachsemester bringen und nur von dieser Anzahl wiederum einen gewissen Anteil zum Abschluss. So muss die Uni Hamburg 74 Prozent ins dritte Semester bringen, und von diesen 63 Prozent zum Bachelor. Das sind, setzt man nun Quote auf Quote, nur noch 46,7 Prozent als Ziel. Das liegt weit unter den von Jörg Dräger einst als untragbar kritisierten 54,5 Prozent.

Die Hochschulen seien mit der alten Quote unzufrieden gewesen, erläutert Fegebanks Sprecherin Julia Offen. Hätten sie doch nur begrenzt Einfluss auf den „Schwund“ in den ersten zwei Semestern, da oft falsche Erwartungen, unzureichende Qualifikation oder auch schlicht „ausprobieren“ Gründe für den Wechsel seien. Doch trotz dieser neuen Regel haben auch 2017 vier staatliche Unis die Quote verfehlt. Kommen die eingangs erwähnten 40 Prozent also doch der Realität recht nahe?

Angenommen wurde eine Zeit lang, dass private Hochschulen mit Sitz in Hamburg die Quote verdürben. Doch das bestätigt sich auf taz-Nachfrage nicht. Im Gegenteil scheinen die auf Einnahmen angewiesenen Privathochschulen eher den Absolventen-Schnitt zu erhöhen.

Der Abgeordnete Martin Dolzer (Die Linke) findet die hohe Zahl der Studienabbrecher „sehr bedenklich“ und will nun mit einer Großen Anfrage nachhaken, was hinter den Abbrüchen steckt. Dass die Kriterien in den Zielvereinbarungen noch „beschönigend geändert“ worden seien, spreche Bände.

Statt die Verantwortung für einen Abbruch bei den einzelnen Studierenden zu suchen, gehöre die Studienstruktur an den staatlichen Hochschulen und „negative Aspekte des Bachelor-Master-Systems“ hinterfragt. Im Bachelor würden auch fachfremde Mathe-Prüfungen zum Aussieben eingesetzt, was inakzeptabel sei. Der Hochschulpolitiker vermutet, die Zahlen seien eine Folge des Sparkurses in Hamburg: „Es bildet bundesweit das Schlusslicht.“

Hochschule Ade

Hamburg hat über 16.000 Studienanfänger pro Jahr, die sich auf neun staatliche und 14 private Hochschulen verteilen.

An der Uni Hamburg gibt es laut Zielvereinbarung jährlich 5.780 Anfänger im Bachelor-Studium. Dem standen 2015, 2016 und 2017 je rund 3.800 Bachelor-Studierende gegenüber, die die Uni ohne Abschluss verließen. Nur ein kleinerer Teil von diesen wechselt das Fach oder die Hochschule.

Auch an der Hochschule für Angewandte Wissenschaft gingen laut einer CDU-Anfrage in 2014 und 2015 fast die Hälfte der Bachelors ohne Abschluss.

Laut Bildungsfinanzbericht 2018 haben die Länder ihre Ausgaben für Hochschulen von 2010 bis 2017 um 28 Prozent gesteigert. Nur in Hamburg gingen die Ausgaben um 1,4 Prozent zurück.

Im Lande Bremen machen an den vier staatlichen Hochschulen die deutliche Mehrheit der auf Bachlor Studierenden einen Abschluss.

Kommentar **Kaija Kutter** über Studienabbrecher

Mehr Ambitionen bitte!

Sicher, ein Studienabbruch ist kein Beinbruch. Auch wenn junge Leute nur ein paar Semester Uni-Luft schnuppern und nachher etwas anderes machen, haben sie dort fürs Leben gelernt. Deshalb machen auch Studienaussteiger-Projekte wie Shift gewissen Sinn. Doch Hamburg hat sich offenbar an ein hohes Maß von Schwund gewöhnt, gibt sich geradezu lässig und unambitioniert. Hier geht es eben auch um vergeudete Lebenszeit und enttäuschte Hoffnungen.

Dass man die Studienerfolgsquoten steigern müsse, war lange Zeit ein Steckenpferd der Konservativ-Neoliberalen. Es diente als Argument dafür, die Hochschulen mit ihren Freiräumen abzuwickeln, und aus den Diplomstudiengängen mit zehn Semestern Regelstudienzeit zwei Kurz-Studiengänge zu machen: den Bachelor und den Master. Das sollte mehr Absolventen bringen. Nach dem Motto: Lieber den Bachelor in der Hand als die Taube auf dem Dach. Doch Ruhe zum Studieren bleibt da weniger, schon nach zwei, drei Semestern müssen sich Bachelor-Studierende die Zukunftsfrage stellen.

Dass nun so viele nicht an der Uni bleiben, wird einige Gründe haben. Verunsicherung, Neuorientierung, Angst vor der eignen Zukunft, scharfe Prüfungen, Überforderung, aber eben auch schlechte Studienbedingungen. Viele derer, die hier schnell wieder aufgaben, dürften unter den eher provisorischen Bedingungen der vom Bund bezahlten Sonderprogramme studiert haben. Und es ist ja bekannt: Weil der Hamburger Senat unbedingt die Schuldenbremse ziehen möchte, wurden die Hochschulen nicht auskömmlich finanziert. Demos gibt es keine mehr, denn Studienabbrecher sind nicht organisiert. Die Sorgen werden individualisiert und das Versagen ist auch schambesetzt.

Dass Uni-Leitungen Zielvereinbarungen ändern möchten, die sie eh nicht einhalten können, ist verständlich. Aber selbst Fachpolitiker im Parlament sagen, sie hätten davon nichts mitbekommen. Die Hochschulen und die Behörde dealen das unter sich aus. Das Thema ist entpolitisiert. Die Frage, ob die Uni gut ist oder nicht, wird auf abstrakte Exzellenz-Titel reduziert.

Darum gehört das Thema auf die Tagesordnung. Zu fragen ist, ob die Reform überhaupt hält, was sie versprach. Denn viele halten nicht mal den Spatz in der Hand.

südwester

Total närrischer Norden

Helau? Alaaf? Welche Narrenrufe sind eigentlich in Niedersachsen en vogue? Genauer in Braunschweig? Dort laufen die Vorbereitungen für den **größten Karnevalsumzug** in Norddeutschland auf Hochtouren. Ja, sie haben richtig gelesen: Karneval! Rund 25 Motivwagen zogen am Sonntag in eine **extra dafür gebaute Lagerhalle** um, und auf ihrer sechs Kilometer langen Fahrt konnte man einen ersten Blick auf sie erhaschen. Tausende aktive Karnevalisten werden erwartet, zwanzigtausend Besucher obendrauf. Wer also Lust hat, so richtig „närrisch“ zu sein, was ja eine **hervorstechende Charaktereigenschaft des Nordlichts** ist, muss also nicht bis nach Kölle oder Mainz. Ach ja: Der krachende Umzug hat einen Namen, den sich niemand merken kann: **„Schoduvel“**. Da bleiben wir doch lieber bei Helau. Oder Alaaf.

das portrait

War schonmal als Spieler bei Hannover 96: Jan Schlaudraff
Foto: dpa

*Der Ex-Hannoveraner **Jan Schlaudraff** hat Perspektiven*

So düster es derzeit bei Hannover 96 auch aussieht – für ihn ist es der richtige Zeitpunkt. Ab Mitte des Jahres unterstützt Jan Schlaudraff als Assistent den aktuellen Geschäftsführer Horst Heldt. Schlaudraff war schon Nationalspieler und Profi des FC Bayern München, ehe er 2008 zu Hannover 96 wechselte.

Der heute 35-Jährige war Publikumsliebling, wurde auch mal auf die Tribüne verbannt und ist in Köpfen der Fans ein echter „Roter". Schlaudraff lebt in der Region. Ihn wird an 96 wohl vor allem reizen, dass es viel Luft nach oben gibt.

Seit seinem Karriereende 2015 hat Schlaudraff als Spielerberater gearbeitet, die wichtigsten Prüfungen als Trainer geschafft und ist Familienvater geworden. Der Mann ist in der Szene bestens vernetzt, hat zuletzt extrem viele Fußballspiele live gesehen und will unbedingt etwas bewegen.

Dummerweise ist Hannover 96 derzeit ein Verein, der sich mit Nachdruck für den Abstieg aus der Ersten Bundesliga empfiehlt. Richtig gute Spieler werden nicht über einen Wechsel an den Maschsee nachdenken. Dass Cheftrainer André Breitenreiter mangels Erfolg abtreten musste, liegt auf der Hand.

Ob Manager Heldt im Fall eines Abstiegs wirklich noch in Hannover bezahlt werden kann oder soll, erscheint fraglich. Warum also um alles in der Welt kehrt Schlaudraff jetzt zu 96 zurück? Sein Engagement, versichert der schlaue Mann, sei nicht abhängig von der Spielzeit oder aktuell handelnden Personen.

Bis zum Amtsantritt von Schlaudraff gibt es bei 96 noch viel zu erleben. Stück für Stück will Präsident Martin Kind etwas von seiner Machtfülle abgeben. Er sucht Zuarbeiter mit Know-how und Heimatgefühl, die Verantwortung übernehmen.

Dass Kind und Schlaudraff zusammenfinden, überrascht. Der Präsident hatte sich nicht immer über den teuren Spieler gefreut. Nun kommt Schlaudraff für Vieles infrage: Scout, Vermittler zwischen Mannschaft und Vereinsführung oder Kronprinz. *Christian Otto*

Trainerrauswurf in vielen Akten

Der Bundesliga-Vorletzte Hannover 96 trennt sich wie seit Tagen erwartet von seinem Trainer André Breitenreiter. Ein Nachfolger steht noch nicht fest. Ex-HSV-TrainerThomas Doll gilt als Favorit

Von **Marco Carini**

Das Aus am Sonntagmittag konnte André Breitenreiter nicht wirklich überraschen. Einen Tag nach der 1:5-Pleite von Hannover 96 bei Borussia Dortmund haben Clubchef Martin Kind und Manager Horst Heldt ihr seltsames Schauspiel beendet und die längst erwartete Trainer-Trennung vollzogen. Co-Trainer Volkan Bulut wurde ebenfalls freigestellt.

Wer die Niedersachsen nun auf die nächste Partie gegen RB Leipzig am Freitag vorbereitet, ist unklar. Die Nachfolge soll „so zeitnah wie möglich geregelt" werden, hieß es aus der Vereinszentrale.

„Breitenreiter und sein Team haben in den letzten Wochen und Monaten wirklich alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Mannschaft wieder in die Erfolgsspur zurückzuführen", erklärte Heldt am Sonntag. „Dies ist leider nicht gelungen. Deshalb sind wir zu dem Schluss gekommen, eine Trennung vorzunehmen."

96-Boss Kind wollte die Beurlaubung nicht kommentieren. Mit seinen widersprüchlichen Äußerungen über Breitenreiter war der Clubchef selbst an der fatalen Außendarstellung des Vereins beteiligt gewesen. Bereits nach dem desolaten Auftritt zum Rückrunden-Start gegen Werder Bremen (0:1) hatte es laut Medienberichten zu einer Trennung kommen sollen. Diese dementierten Heldt und Kind zaghaft erst einen Tag später. „Ich bin enttäuscht", hatte Breitenreiter damals die ihm fehlende Rückendeckung kommentiert.

Vor der Partie gegen Dortmund beklagte er zudem die mangelnde Kommunikation. Vor dem Spiel hatte Sportchef Heldt vom Präsidenten öffentlich den Auftrag erhalten, den Trainermarkt zu sondieren. Nach dem Debakel von Dortmund forderte Breitenreiter „eine klare Ansage, was jetzt los ist" und somit ein Ende der Hinhalte-Taktik der Vereinsbosse.

Die gab es, nachdem Kind und Heldt sich nach dem Spiel und am Sonntagmorgen beratschlagt hatten. „Die Entwicklung zeigt, dass wir einen neuen Impuls setzen müssen, um die Wende schaffen zu können", erklärte Heldt. „Unser Ziel bleibt klar: Wir wollen auch nächstes Jahr in der Ersten Liga spielen."

Hannovers Entwicklung unter Breitenreiter war fatal. 19 Spiele, nur zwei Siege, Platz 17. „Normalerweise wäre der Trainer in Hannover schon lange entlassen", hatte der nun freigestellte Coach am Samstag selbst bemerkt.

Als Favorit für Breitenreiters Nachfolge gilt der frühere HSV-Trainer Thomas Doll, der zuletzt bis August 2018 Coach des ungarischen Clubs Ferencvaros Budapest war. Auch Ex-96-Trainer Mirko Slomka und Peter Stöger (Dortmund und Köln) werden Chancen eingeräumt.

Die atmosphärischen Störungen zwischen Breitenreiter und vor allem Präsident Kind waren zuletzt nicht mehr zu übersehen. Im Wintertrainingslager stritt er mit Kind öffentlich über die Verpflichtung neuer Spieler. Auch innerhalb der Mannschaft sorgte Breitenreiter für Verwunderung. Erst machte er teaminterne Probleme innerhalb des Kaders öffentlich, dann nahm er die angedrohte Streichung des Weihnachtsurlaubs wieder zurück.

Osnabrück bleibt cool

Bei einem leidenschaftslosen Derby gegen Meppen spielt der runderneuerte VfL mit der Souveränität eines Tabellenführers, erreicht aber nur ein 0:1. Stärkste Defensive der Liga

Von **Thomas Wübker**

Der VfL Osnabrück hat sein Derby gegen den SV Meppen am Samstag knapp gewonnen. Die Männer in den lila-weißen Jerseys warteten mit dem Selbstbewusstsein eines Tabellenführers geduldig auf ihre Chance. Als die in der 36. Minute kam, nutzte Benjamin Girth eine Unsortiertheit in der sonst dicht gestaffelt stehenden Meppener Abwehr und erzielte in seinem ersten Spiel für den VfL seinen ersten Treffer.

VfL-Trainer Daniel Thioune und Sportdirektor Benjamin Schmedes hatten die Mannschaft nach der kläglichen Vorsaison auf den Kopf gestellt und neu sortiert. 15 Spieler verließen den Verein, 15 neue kamen. Dabei ist die Abwehr zu einem Baustein des Erfolgs geworden, obwohl sie sich gegen Meppen ungewohnte Schwächen leistete.

Dennoch ist der VfL aktuell mit 15 Gegentoren die defensiv stärkste Mannschaft der 3. Liga. In der Saison 2017/18 kassierte der VfL noch 67 Tore, was den drittschlechtesten Wert der Liga darstellte. Dem gegenüber stand der Wert von nur 47 geschossenen Toren: Das war Platz fünf – von unten.

In dieser Saison ist alles anders. Schon jetzt hat der VfL sechs Punkte mehr als in der kompletten Vorsaison. Stürmer Marcos Alvarez schoss im gesamten vergangen Jahr acht Tore. Jetzt hat er schon zum Beginn der Rückrunde eins mehr geschossen. Dadurch, dass der VfL mit Benjamin Girth von Holstein Kiel einen Spieler geholt hat, der in der Vorsaison beim SV Meppen 19 Tore erzielt hat, haben die Osnabrücker noch mehr Offensivkraft erhalten.

Es gibt weitere Gründe dafür, warum der VfL oben steht, die nicht statistisch erfasst sind. In der runderneuerten Mannschaft kämpft jeder für jeden. Abzulesen ist das an der Zahl der Siege, die der VfL nach einem Rückstand eingefahren hat. Fünf Mal war dies der Fall – bisweilen in den letzten Sekunden der Spiele.

In diese außergewöhnlichen Erfolge reiht sich auch der Sieg bei Eintracht Braunschweig am 13. Spieltag ein. Beim ewigen Angstgegner der Osnabrücker gelang der erste Sieg nach 58 Jahren. Solche historischen Errungenschaften und solche Geschichten treiben auch die Leute wieder ins Stadion. Die Folge: Der VfL ist die heimstärkste Mannschaft bislang in dieser Saison.

Meppens Trainer Christian Neidhart sagte nach dem Spiel gegen Meppen, in dem sich zwei fast gleichwertige Teams gegenüberstanden: „Am Ende gewinnst du solche Spiele, wenn du oben stehst und steigst vielleicht auf."

Daniel Thioune kritisierte, dass der VfL in der 2. Halbzeit zu viel verwaltet habe. Seine Elf hatte zunächst Probleme mit dem Gegner. „Aber dann haben wir den Ball gut laufen lassen und unsere Grundordnung gefunden." Er habe seiner Mannschaft vor dem Derby gesagt, es sei wie ein Pokalspiel: „Do or die. Heute war do."

> Mit Benjamin Girth hat der VfL einen Spieler geholt, der ihm noch mehr Offensivkraft gibt

Daniel Thioune hat seine Equipe stets richtig eingestellt. Er ist einer dieser Trainer, die nicht auf einem taktischen Konzept beharren, sondern es auch während des Spiels umstellen. Auch am Samstag hatte der VfL die richtige Einstellung. Er agierte souverän, verließ sich auf seine Stärke und spielte sachlich, ja sogar mit einer gewissen Coolness das Derby.

Es war ein weiteres Kapitel in der Erfolgsgeschichte, das der VfL in dieser Spielzeit schreibt. Ansonsten gibt es über das Derby nicht viel zu berichten. Im Nieselregen spielten beide Teams leidenschaftslos. Thioune weiß den unerwarteten erfolgreichen Saisonverlauf realistisch einzuschätzen. Vor allem nach dem Derby-Sieg steigen jedoch die Ansprüche beim Publikum. Die Rufe nach dem Aufstieg werden immer lauter – und auch realistischer.

Wohin der Weg des SV Meppen führt, bleibt abzuwarten. Das Team präsentierte sich in Osnabrück teilweise verunsichert. Zwar spielte die Mannschaft von Christian Neidhart bis zum 0:1 mit einer sicheren Abwehr und hatte in Eric Domaschke einen extrem reaktionsschnellen Torwart. Dennoch fehlte es in der Offensive an Durchsetzungskraft und Fortune, obwohl die Meppener vor allem im Schlussspurt erheblichen Druck aufbauten.

Jubel nach dem 0:1 für Osnabrück durch Benjamin Girth
Foto: pmk/imago

kurzpass

Alster-Herren werden Hallenhockey-Meister

Die Herren vom Club an der Alster Hamburg sind deutsche Hallenhockey-Meister geworden. In spannenden Endspielen der 58. Endrunde in Mülheim/Ruhr setzten sie sich am Sonntag mit 6:4 (4:3) gegen den TSV Mannheim durch. Bei den Frauen war zuvor der Titelverteidiger Club an der Alster Hamburg im Penalty-Schießen 2:1 (5:5, 3:4) gegen die Damen des Düsseldorfer HC unterlegen. Für die DHC-Damen war es der zweite, für Alsters Herren der dritte Hallentitel. *(dpa)*

Vierter Sieg in Folge für Buxtehude

Die Handballerinnen des Buxtehuder SV haben ihre Siegesserie in der Bundesliga ausgebaut. Das 29:26 (10:13) bei der Neckarsulmer Sport-Union am Samstag war der vierte Erfolg nacheinander für die Mannschaft von Trainer Dirk Leun. Der Coach gab nach der Partie zu: „Das waren zwei schmeichelhafte Punkte für uns. Gefühlt haben wir 30-mal frei vor dem Tor verworfen." *(dpa)*

Laura Ludwig nach Babypause schwer motiviert

Olympiasiegerin Laura Ludwig aus Hamburg hat durch die sportliche Auszeit aufgrund der Geburt ihres Sohnes neue Motivation für die Karriere als Beach-Volleyballerin gefunden. „Ich weiß nicht, ob es ohne die Babypause so gewesen wäre. Zumindest wäre es nicht so extrem", sagte die 33-Jährige der *Welt am Sonntag*. Nach dem Karriere-Ende ihrer Partnerin Kira Walkenhorst startet sie nun mit Margareta Kozuch den Anlauf zu den Sommerspielen 2020 in Tokio. „Wir verstehen uns gut, kennen uns, seit wir 14 Jahre alt sind, haben also eine Basis", sagte sie. *(dpa)*

„Depression ist ein Massenthema“

Jeder zweite Psychotherapie-Patient bekommt keine Behandlung. Nora Blum hat ein Online-Portal zur Selbsthilfe aufgebaut

Interview **Jan Paersch**
Foto **Miguel Ferraz**

Psychotherapie war schon Thema am Esstisch ihrer Eltern: Nora Blum

taz: Frau Blum, wie geht's Deutschland, psychisch gesehen?

Nora Blum: Verbesserungswürdig. Es gibt in Deutschland noch immer sehr viele Menschen, die unter psychischen Erkrankungen leiden. Um die zehn Millionen Menschen haben Angststörungen und Depressionen. Diese Zahl ist seit Langem in etwa konstant, nur die Offenheit ist größer geworden. Die Anzahl derer, die Hilfe in Anspruch nehmen wollen, steigt. Viele davon bekommen diese Hilfe aber nicht.

Sie kommen aus einer Familie von Psychologen, richtig?

Meine Mutter ist Psychotherapeutin, mein Onkel Psychoanalytiker. Mein Bruder ist mittlerweile Life-Coach. Bei uns zu Hause am Esstisch war Psychologie ständig Thema. Meine Mutter hat uns schon früh Techniken beigebracht, wie wir es selbst schaffen, uns besser zu fühlen. Zum Beispiel, wenn ich nicht schlafen konnte.

Was haben Sie dann gemacht?

Viele Menschen geraten in eine Gedankenspirale. Das kennt jeder: Was muss ich morgen alles machen, hab ich dies und jenes bedacht? Es ist ein einfacher Trick, aber er hilft: vor dem Schlafengehen seine Gedanken externalisieren. Alles aufschreiben, dann ist das Wirrwarr nicht im Kopf, und auch hinzufügen, was man tun will, damit alles funktioniert. Ich war immer schon proaktiv, um zu schauen, wie ich Dinge ändern kann. Ich habe zum Beispiel eine Liste meiner Ressourcen angelegt, die half mir, wenn ich traurig war. Ich bin davon überzeugt, dass das eine gute Präventivarbeit gegen psychische Erkrankungen ist.

Was kam noch am Esstisch zur Sprache?

Gefühle wurden immer ausdiskutiert. Ich habe das als Privileg empfunden. Ich wurde zwar bedauert, schließlich ist meine Mutter auch Paar- und Sexualtherapeutin. Aber wenn meine Freundinnen bei uns anriefen, wollten sie oftmals nur mit ihr sprechen. Sie meldeten sich wegen ihres Liebeskummers, und dann schrieb meine Mutter mit ihnen Listen.

Ihr Berufswunsch war also früh klar?

Ich konnte gar nicht verstehen, wie jemand etwas anderes als Psychologie machen wollen könnte. Für mich gab es immer schon nichts Spannenderes als herauszufinden, warum wir uns so verhalten, wie wir uns verhalten. Ich habe die Entscheidung nie bereut, das Fach zu studieren. Ich fand alles spannend.

Dafür brachten Sie ein gutes Abitur mit?

Ich war schon immer eine Streberin. Ich habe einfach gerne gelernt. Ich habe die Abiturnote 1,0 gemacht und wurde deshalb für ein Stipendium vorgeschlagen. Ich habe dann im englischen York meinen Bachelor gemacht und bin für den Master nach Cambridge gegangen. Dort hatten viele Psychologen, die ich bewunderte, studiert. Ich habe mich auf Sozialpsychologie und Hirnforschung fokussiert. Um das Stipendium zu behalten, musste ich stets zu den besten zehn Prozent gehören.

Was kam danach?

Ich wollte nicht direkt in die Klinische Psychologie. Und eigentlich wollte ich erst einmal etwas anderes, Aufregendes machen. So bin ich beim Startup-Inkubator Rocket Internet gelandet, in der Abteilung, die die unterschiedlichen Unternehmen aufbaut.

Ganz ohne betriebswirtschaftliche Kenntnisse?

Ich musste in kurzer Zeit sehr viel lernen. Das hat mir als Gründerin später sehr geholfen. Mein erstes Projekt war gleich Foodora. Die wuchsen rasend schnell, jede Woche verdoppelte sich die Mitarbeiterzahl. Meine Mutter meinte schon zu mir: Es ist ja in Ordnung, wenn du viel arbeitest, aber muss es unbedingt ein Essens-Lieferservice sein? Und auch ich dachte mir, dass ich eigentlich gerne wieder etwas mit Psychologie machen wollte.

Sie bekamen die Idee für Ihr Online-Soforthilfe-Portal gegen psychische Belastungen.

An Selfapy arbeitete ich zu der Zeit schon intensiv am Wochenende. Das Versorgungsdefizit in Deutschland ist riesengroß. Jeder zweite Patient bekommt keine Behandlung. Die Wartezeit beträgt im Schnitt fünf Monate. In der Psychiatrie, in der ich ein Praktikum gemacht hatte, wurden Menschen nur aufgenommen, wenn sie knapp vorm Suizid standen.

Nun geht es ja nicht allen Therapiebedürftigen so schlimm.

Jeder zweite Mensch erkrankt mindestens einmal im Leben an einer depressiven Episode. Das ist ein Massenthema. Meine Mitgründerin Katrin Bermbach arbeitete in der Charité Berlin. Ihre Hauptaufgabe war es, Therapieplätze abzusagen! Obendrein ist die Hemmschwelle groß. Im Studium habe ich erlebt, wie viele abgebrochen haben, weil der psychische Druck zu groß wurde. Wir haben uns gedacht: Es muss eine niedrigschwellige Beratung geben, die sofort hilft, ein Online-Programm mit psychologischer Begleitung. An der Charité fing Katrin dann an, erste Kurse zu schreiben.

Ihr Online-Portal fing also ganz analog an?

Wir haben Bücher gewälzt und forschungsbasierten Content geschrieben, den wir mit den Charité-Professoren abgeglichen haben. Dann haben wir den Fragebogen kostenlos auf einer E-Learning-Plattform angeboten. Schon damals haben wir den Patienten angeboten, zusätzlich einmal die Woche ein Telefongespräch mit PsychologInnen führen zu können. Das waren damals nur wir beide. Das wurde sehr gut angenommen. Schließlich haben wir den Sprung ins kalte Wasser gewagt und ich habe bei Rocket Internet gekündigt. Die Tage waren lang, aber es hat unglaublich viel Spaß gemacht.

Ist das nicht eine Krankheit unserer Zeit, dass keiner mehr weiß, wo die Arbeit aufhört und wo die Freizeit anfängt?

Der Job soll heutzutage Selbstverwirklichung sein. Das ist schon so. Da muss man ein gutes Mittelmaß finden. Ich nehme mir mittlerweile auch mal Tage, an denen ich keine Mails beantworte. Aber Selfapy ist meine große Liebe, das Unternehmen habe ich immer im Kopf. Das ist gut, wenn es gut läuft, aber wenn es Probleme gibt, fällt es mir schwer, mich davon zu lösen.

> **Ein einfacher Trick: vor dem Schlafengehen seine Gedanken aufschreiben, dann ist der Wirrwarr nicht im Kopf**

Nun sind Sie Geschäftsführerin, mit 27 Jahren.

Der Titel bedeutet eigentlich nur, dass ich für alles zuständig bin. Heute fokussiere ich mich auf die Zusammenarbeit mit den Investoren und Krankenkassen. Wir müssen denen 113 gesetzliche Verträge vorlegen, dazu kommen 30 private. Ich tingele dafür durch das ganze Land. Es gibt ja so viele Kassen! Bisher übernimmt nur ein Teil davon die Kosten unserer Programme.

Im Schnitt kosten Ihre begleiteten Programme 100 Euro im Monat. Was ist, wenn Bedürftige das nicht zahlen können?

Wer es sich wirklich nicht leisten kann, der bekommt Rabatt. Wir wollen keine Abstriche machen, was die Wirksamkeit der Programme angeht. Wir sind kein Social-Profit-Unternehmen, aber unser Hauptziel ist auch nicht die Profitmaximierung. Investoren sind meist nicht begeistert davon, dass wir die kostenintensive telefonische Betreuung anbieten. Aber wir wollten nie ein reines Tech-Produkt machen. Menschlicher Kontakt ist wichtig.

Sie werben mittlerweile nicht mehr mit dem Begriff „Online-Therapie“.

Das ist kein geschützter Begriff, aber wir wollen nicht missverstanden werden. Wir bieten keine Psychotherapie an, das können nur approbierte Therapeuten face-to-face leisten. Für uns arbeiten Psychologen in Ausbildung, die parallel in Kliniken arbeiten. Für die ist das ein guter, flexibler Nebenjob.

Können denn unfertige Therapeuten mit schwerkranken Patienten umgehen?

Wir fragen immer mögliche Suizid-Absichten ab. Wer apathisch wirkt oder bestimmte Schlüsselwörter äußert, wird gleich an Kliniken weitergeleitet. Die Gespräche sollen keine Psychotherapie ersetzen, das ist per Telefon gar nicht zu leisten. Wir geben so eine Rückmeldung zum Online-Programm und motivieren, weiterzumachen. Es ist ein Selbsthilfeprogramm, das nur durch aktive Mitarbeit des Nutzers funktioniert und nachhaltig ist, weil man sich die Strategien selbst aneignet.

Was macht man so in Ihren Programmen?

Man lernt Strategien, die einem helfen, sich besser zu fühlen, zum Teil ganz banale Dinge, die aber viele nicht hinbekommen. Sich mit seinen Stärken befassen! Wer in einer Krise ist, vergisst die positiven Dinge um sich herum.

Sie haben auch ein Programm gegen Burn-Out. Ist das nicht bloß ein Modewort für „Depression“?

Das beobachten wir auch. Viele Nutzer buchen unser Burn-Out-Programm, und dann schieben wir sie im Verlauf in das Depressions-Programm. Burn-Out ist keine diagnostizierte Krankheit, aber es ist eine Sub-Form einer Erschöpfungsdepression.

Sie bieten auch Unternehmen psychologische Unterstützung an.

Es sind schon einige auf uns zugekommen, denn psychische Erkrankungen sind mittlerweile der zweithäufigste Grund für Arbeitsunfähigkeit. Das Angebot von Betriebspsychologen wird oft nicht wahrgenommen. Unser Programm ist niederschwellig und anonym. Und die Firma zahlt.

Hätten Sie ein Problem, wenn es auf einmal genug reguläre Therapieplätze für alle gäbe?

Es wird immer einen Bedarf für Online-Therapie geben. Wir behandeln auch Menschen, die normalerweise keine Therapie machen würden. Die schätzen die Flexibilität und brauchen gar keine richtige Gesprächstherapie. Unsere Übungen kann man per App auf dem Weg zur Arbeit machen.

Was haben Sie noch vor mit Selfapy?

Wir wollen das Thema Sucht angehen, aber auch Zwangsstörungen. Schizophrenie würden wir gerne behandeln, auch wenn es schwierig ist. Posttraumatische Belastungsstörungen würden sich dagegen gut online behandeln lassen.

Haben Sie selbst Zwänge und Süchte?

Eigentlich nicht. Ich fühle mich durch meinen Hintergrund sehr gut gewappnet. Ein kleiner Zwang vielleicht: Ich telefoniere noch immer jeden Tag mit meiner Mutter. Da bin ich ganz Mamakind.

Sie wohnen und arbeiten mittlerweile in Berlin. Da sind Sie ja in guter Start-Up-Gesellschaft.

Ich wohne seit vier Jahren in einer Siebener-WG. Alle meine MitbewohnerInnen sind selbständig. Das Berliner Umfeld hat mich schon geprägt: Mach dein Ding, und wenn du fällst, dann fällst du eben – und machst was anderes.

Haben Sie auch das Nachtleben der Hauptstadt für sich entdeckt?

Die Techno-Szene ist nicht so meine. Ich höre vor allem deutschen Schnulzpop, also Philipp Poisel und Co. Meine Freunde meinen, davon würden sie depressiv werden. Aber ich finde das schön.

Nora Blum

27, wuchs in Hamburg-Lokstedt als Tochter eines Anwalts und einer Therapeutin auf. Nach dem Psychologie-Studium in England baute sie das Online-Portal Selfapy auf, das Hilfe bei psychischen Belastungen vermittelt. Nora Blum lebt in Berlin.

www.taz.de, redaktion@taz-nord.de, Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg

Derzeit als Unterkunft ungeeignet: Wohncontainer in der Luruper Hauptstraße Foto: Miguel Ferraz

Schimmel am Buggy

Feuchte Wände, Sporenbefall, unhygienische Waschräume: In der Unterkunft Luruper Hauptstraße leben Frauen und Kinder unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen

Von **Marco Carini**

Heizungen, die nicht regulierbar seien, so viel Schimmel, dass sogar Kleidungsstücke und Kinderwägen davon befallen seien. Das berichtet die Altonaer Bezirksabgeordnete der Linkspartei, Blanca Merz, über die Zustände im sogenannten Frauenblock der aus Wohncontainern bestehenden Flüchtlingsfolgeunterbringung. Hier, in der Luruper Hauptstraße, sind 13 schutzsuchende Frauen mit ihren Kindern untergebracht.

Nicht nur die Linkspartei ist alarmiert. „Die Zustände sind untragbar", weiß auch der flüchtlingspolitische Sprecher der Altonaer CDU, Andreas Grutzeck. Dass die Unterbringung gesundheitsgefährdend sei, wurde sogar schon kinderärztlich bestätigt.

In einem Attest, das der taz vorliegt, fordert der behandelnde Arzt eines drei Monate alten Mädchens, das in der Unterkunft untergebracht ist, „einen zeitnahen Umzug in eine adäquate Wohnung". Die Container seien für Säuglinge „nicht geeignet". Kaputte Heizungen, ständige Feuchtigkeit und permanenter Durchzug im Wohnbereich und schließlich eine unhygienische Toilette, die „mit 13 anderen Familien geteilt" werde, machten schwerwiegende Infektionskrankheiten wahrscheinlich.

Bereits seit Monaten machen verschiedene Flüchtlingsorganisationen auf die gesundheitsgefährdenden Zustände in Lurup aufmerksam. Bisher allerdings ohne Erfolg. Sie wendeten sich an den städtischen Träger Fördern und Wohnen, an die Unterkunftsleitung. „Der Gesprächsverlauf war von Seiten der Zuständigen arrogant und respektlos." Die „Missstände und Mängel wurden negiert, bestritten, verharmlost", heißt es in einem Protokoll der Initiativen, zu denen etwa das Café Exil und die Karawane gehören.

BezirkspolitikerInnen haben sich jetzt der Sache angenommen. Vor wenigen Tagen befasste sich der Hauptausschuss der Bezirksversammlung Altona mit den Zuständen in der Folgeunterkunft. Der einstimmig verabschiedete Beschluss findet klare Worte: „Die Lebensumstände für die Menschen, insbesondere Frauen, in der Luruper Hauptstraße, sind (...) unzumutbar. Schimmel und Feuchtigkeit sind vor allem in den Bereichen mit Außenzugängen gesundheitsgefährdend."

Zuvor hatte die Linke einen Antrag gestellt, die betroffenen Frauen von der Luruper Hauptstraße in die Unterkunft für schutzbedürftige weibliche Geflüchtete am Kaltenkircher Platz in Altona unterzubringen. Ein Vorschlag, der aber rechtlich schwer umsetzbar ist, da es sich bei der Luruper Einrichtung um eine Folgeunterkunft, beim Kaltenkircher Platz aber um eine Erstaufnahme handelt. Die Linke zog ihren Antrag schließlich zurück.

> Die Container seien für Säuglinge „nicht geeignet", heißt es in einem ärztlichen Attest. Feuchtigkeit und Durchzug machten Infektionen wahrscheinlich

In Vertretung der Bezirksversammlung forderte der Hauptausschuss die Sozialbehörde deshalb auf, „unverzüglich für diese BewohnerInnen der Unterkunft ... adäquate Wohnverhältnisse zu schaffen". Auch beim zentralen Koordinierungsstab Flüchtlinge ist diese Botschaft angekommen. „Der Beschluss ist uns bekannt", so Stabssprecher Daniel Posselt. Die Verhältnisse in der Unterkunft waren es bislang offensichtlich nicht. „Im Moment verschaffen wir uns eine genaue Übersicht zum Standort Luruper Hauptstraße."

Ein Satz, der Andreas Grutzeck verärgert. Denn die katastrophalen Zustände in der Unterkunft seien schon lange bekannt. „Es ist blanker Unsinn, dass sich der Koordinierungsstab erst mal eine Übersicht verschaffen muss. Jetzt geht es um schnelles Handeln."

CDU spielt mit Terrorangst

Nicht nur Verfassungsschutzchef Voß will mehr Befugnisse bei der Telefonüberwachung

Mit Blick auf die bevorstehende Einführung des neuen Mobilfunkstandards 5G fordert die CDU mehr Befugnisse für den Verfassungsschutz. Aufgrund der Verschlüsselungsmöglichkeiten im neuen Netz müsse dem Verfassungsschutz der Einsatz der sogenannten Quellen-Telekommunikationsüberwachung ermöglicht werden, „um an die Kommunikation von Terrorverdächtigen und Extremisten zu kommen", heißt es in einem Antrag der CDU-Fraktion für die Bürgerschaft.

Darin wird der rot-grüne Senat aufgefordert, das Hamburgische Verfassungsschutzgesetz zu novellieren und dem Nachrichtendienst zum Einsatz der Quellen-Telekommunikationsüberwachung zu ermächtigen.

Mit Blick auf Kinder in Salafisten-Familien müsse es dem Verfassungsschutz zudem möglich sein, Daten von unter 14-Jährigen zu speichern, wenn es Anhaltspunkte dafür gebe, „dass das Kindeswohl durch die Eltern gefährdet wird", fordert die CDU. Hamburgs Verfassungsschutzchef Torsten Voß hatte sich erst kürzlich für eine entsprechende Überwachung und eine Absenkung des Mindestalters zur Datenerhebung ausgesprochen. Bei diesem Vorgehen werden sogenannte Trojaner auf Handys eingesetzt, um Gespräche abzuhören, bevor diese verschlüsselt über das Netz übertragen werden.

Bisher sei dies nur für die Polizei, nicht aber für das Landesamt für Verfassungsschutz vorgesehen, sagte CDU-Innenexperte Dennis Gladiator. „Da hier wichtige Erkenntnisse im Kampf gegen rechts- und linksextreme, aber auch islamistische Gefahren frühzeitig gewonnen werden können, um diese zu verhindern, muss hier dringend nachgebessert werden."

In ihrem Antrag fordert die CDU eine Ermächtigung des Verfassungsschutzes „nach dem Vorbild des Gesetzes über die Datenverarbeitung der Polizei". Wie Voß sprach sich auch Gladiator für eine Absenkung des bei 14 Jahren liegenden Mindestalters zur Datenerfassung durch den Nachrichtendienst aus. Die frühe islamistische Sozialisation von potenziellen Dschihadisten stelle die Sicherheitsbehörden immer wieder vor Herausforderungen. *(dpa)*

heute in hamburg

„Wir schaffen andere Sichtweisen"

Preisverleihung „Surveillance Studies-Preis 2019": 18.30 Uhr, Edmund-Siemers-Allee 1, Gebäude ESA West, R. 221

Interview **Frieda Ahrens**

taz: Herr Zurawski, sollte man nicht eigentlich mal damit aufhören, Journalisten Preise zu verleihen?

Nils Zurawski: Ehrlich gesagt habe ich mir schon Gedanken gemacht, ob wir die Verleihung des Surveillance-Studies-Preises dieses Jahr aussetzen sollen, nach der Geschichte mit dem Ex-*Spiegel*-Redakteur Claas Relotius.

Der für seine zum Teil erfundenen Geschichten mehrfach ausgezeichnet wurde.

Es gibt ja ganze Seiten mit Journalisten-Preisen im Internet. So viele Preise gibt es. Braucht man das wirklich? Die Frage ist berechtigt, ich habe da keine klare Antwort drauf.

Also hat die Preisverleihung in diesem Jahr schon einen bitteren Nebengeschmack?

Ja, natürlich. Ich denke schon: Boah, jetzt bist du auch einer, der was vergibt. Und Journalisten, die wir auszeichnen, haben oft schon Preise gewonnen. Da stellt sich die Frage: Haben wir besonders gute Journalisten oder kriegt sowieso jeder halbwegs anständige Journalist im Laufe seines Lebens so einen Preis?

Hat sich das Verhalten der Jury oder die Recherche geändert?

Nein, aber die Artikel, die wir zugeschickt kriegen, haben fast nie einen Story-Charakter, sind oft sehr technisch. Die unterscheiden sich also stark von Artikeln von beispielsweise Relotius. Sehr erzählerischen Beiträgen steht die Jury ohnehin skeptisch gegenüber. Dieses Jahr war auch der Film The Cleaners in der Diskussion, ein Film über Facebook, aber den wollte keiner so richtig anfassen.

Warum gibt es den Surveillance-Studies-Preis?

Ich habe mich zum einen geärgert, dass die Themen Überwachung und Kontrolle, obwohl sie alle betreffen, immer nur sehr klein diskutiert werden. Da bedarf es einer größeren Öffentlichkeit. Das Zweite ist, dass das populäre Schreiben darüber – also nicht nur in einem wissenschaftlichen Kontext, in dem wir immer veröffentlichen – noch wichtiger ist. So werden andere Sichtweisen auf das Thema geworfen. Und es wird eine Vernetzung geschaffen zwischen Wissenschaftlern und Journalisten.

Warum haben Sie sich dieses Jahr für den Fokus auf die Polizei entschieden?

Weil es an der Zeit war. Das Thema predictive policing, also vorhersagende Polizeiarbeit, ist gewissermaßen der letzte hot shit.

Wer hat gewonnen?

Timo Grossenbacher hat einen Text für die Onlineseite des Schweizer Fernsehens geschrieben: „Predictive Policing – Polizei-Software verdächtigt zwei von drei Personen falsch". Der hat gewonnen.

Foto: privat

Nils Zurawski, 50, arbeitet fürs Institut für kriminologische Sozialforschung an der Universität Hamburg.

nachrichten

Kohlegegner besetzen Bagger

Nach der Besetzung von Baggern im Kohle- und Erzhafen hat die Polizei am Sonntag erste Demonstranten von den Maschinen geholt. Rund 40 Kohlegegner waren auf drei Bagger und eine Verladebrücke geklettert, wie ein Sprecher der Gruppe sagte. Sie forderten den sofortigen Ausstieg aus Verstromung, Abbau und Import von Stein- und Braunkohle. Die Polizei schritt am Abend mit Spezialkräften ein. *(dpa)*

das thema 3

Protest gegen Paragraf 219a

Rund 120 Menschen haben laut Polizei gegen das Informationsverbot für Schwangerschaftsabbrüche demonstriert. Auf der Kundgebung am Jungfernstieg forderten sie am Samstag die Streichung des Paragrafen 219a. *(dpa)*

Anzeige

Unter Palmen aus Stahl

Die Geschichte eines Straßenjungen

Lesung mit Domink Bloh

Do, 31. Januar 19:30 Uhr
Stadtteilkulturzentrum Kölibri
Hein-Köllisch-Platz 12

Eintritt frei!
Wir sammeln Spenden für das Straßenmagazin **Hinz&Kunzt**

Finanziert durch die FHH Behörde für Schule und Berufsbildung

Das Mediterraneo in Bremerhaven soll jetzt ein Outlet-Center werden, bevor Tedi & Co. übernehnen Foto: Carmen Jaspersen/dpa

Outlet der Hoffnung

Bremerhavens einzigartiges Tourismus-Angebot Mediterraneo war offenbar nicht einzigartig genug. Der Besitzer hat das Einkaufscenter einem Outlet-Betreiber anvertraut

Von **Klaus Wolschner**

Manch ein Ladenpächter erfuhr es erst aus der Zeitung. Immerhin wusste es Bremerhavens Oberbürgermeister Melf Grantz (SPD) ein paar Tage vorher: Abgesehen von dem schon länger zu beobachtenden Leerstand deutete bisher wenig darauf hin, dass aus dem eigentlich als gehobenes Einkaufscenter angetretenen Mediterraneo und Hoffnungsschimmer Bremerhavens ein Outlet-Center werden soll.

Es ist über zehn Jahre her, da wollte Bremen mit dem inzwischen in Hamburg ansässigen Immobilienbesitzer AVW groß herauskommen: das Haven-Höövt-Einkaufszentrum in Vegesack, das Walle-Center und die „Markthalle" auf dem Sedanplatz, hochwertige Einkaufsangebote, die die Kundschaft anlocken sollten. Heute drückt auf dem Sedanplatz Tedi die Preise, das Haven-Höövt scheiterte bekanntlich. Was blüht nun dem 9.000 Quadratmeter großen Mediterraneo?

Der Eigentümer sieht seine Kernkompetenzen „in der Realisierung von anspruchsvollen, städtebaulichen Entwicklungen". Das steht so in dem Prospekt, mit dem die Firma AVW nun das „Outlet-Center" anpreist, das an die Stelle des bisherigen Mediterraneo treten soll.

„Der stationäre Einzelhandel befindet sich momentan in schweren Zeiten", heißt es im Prospekt weiter, die Kunden bevorzugten Online-Käufe. Auf der Internetseite verspricht das Mediterraneo immer noch, auf „völlig neue Akzente in der Shopping-Welt" zu setzen. Doch gut zehn Jahre nach der Eröffnung steht es nicht gut um das „ungewöhnliche Shopping-Ambiente", in dessen Zentrum eine Piazza mit – staatlich finanzierter – Glaskuppel zum gastronomischen Erholen lockt.

> Zehn Jahre nach der Eröffnung steht es nicht gut um das „ungewöhnliche Shopping-Ambiente"

Nun soll ein Outlet, in dem Artikel verbilligt angeboten werden, die Rettung bringen. „Das Outlet-Konzept wird das bestehende Einkaufserlebnis deutlich vielseitiger machen. Auch Marken, die einst Mieter in Bremerhaven waren, werden wieder zurückkehren können", heißt es von der AVW. Besonders Sportartikel, Unterwäsche und qualitative Markenanbieter aus dem Innenstadtsortiment sollen künftig zum Zuge kommen. Man erhoffe sich Kunden aus einem Umkreis von 90 Kilometern.

Zwar hat die Stadt neben der Glaskuppel auch das Fundament für die Parkgarage gebaut und einen Glasübergang in das benachbarte Columbus-Center für sechs Millionen finanziert. Dennoch hat sie keinen Einfluss auf die Ausgestaltung der privaten Flächen. Melf Grantz bleibt optimistisch: „Wenn das gut gemacht ist, dann kann ein kleinteiliges Outlet die Innenstadt stärken." Ein Outlet-Center dort sei „allemal besser als ein Standort auf der grünen Wiese".

Der Einzelabgeordnete Jürgen Milchert (parteilos) hat eine ganz andere Idee: Könnte das neben dem Alfred-Wegener-Institut und dem Klimahaus gelegene „Mediterraneo" nicht zur ökologischen Markthalle werden? Mit Elektroautos, Fahrrädern, Museums-Shops und einem „Speakers Corner" auf der Piazza? Doch dafür ist es wohl zu spät. Der Eigentümer hat längst einen Betreiber unter Vertrag. Er heißt „1a-Outlet" und hat nach eigenen Abgaben mit dem City Outlet Bad Münstereifel „die gesamte Stadt vor der Verödung gerettet". Was will Bremerhaven mehr?

Vergangene Woche sprach Outlet-Projektbetreuer Oliver Maronna mit den Ladenbesitzern. Nach und nach sollen Outlet-Firmen nun die Ladenflächen übernehmen. Und auch die bestehende Läden können nur mitmachen, wenn sie 30 Prozent Rabatt auf ihre Ware geben. Piazza und Außengastronomie sollen im Prinzip bleiben. Und wer das nicht will, kann ins Columbus-Center umziehen, sagt Maronna. Die 20 verkaufsoffenen Sonntage des Mediterraneo will er gern beibehalten.

In den ersten Jahren hat das Mediterraneo vor allem vom Tourismus gelebt. Doch mit der Zeit wurden die Besucher weniger. Mit den Bremerhavener Segelmachern verlässt zum Monatsende eine besondere Attraktion das Einkaufscenter. „Die Kundenfrequenz im Mediterraneo ist erschreckend wenig geworden", erklärt Chefin Eva Erkenberg nach neun Jahren im Mediterraneo. Ab Februar zieht ihr Laden in die Hafenstraße um und erweitert sein Angebot um eine gläserne Manufaktur.

heute in bremen

„Zukunft Pflege – Zukunft Klinikum Ost", 19 Uhr, Kulturambulanz, Züricher Straße 40

„Keine 15.000 Pflegekräfte aus dem Hut zaubern"

Interview **Moritz Warnecke**

taz: Herr Pirooznia, was hat die Zukunft des Klinikums-Ost mit der Zukunft der Pflege in Bremen zu tun?

Nima Pirooznia: Die Veranstaltung wird von der Stadtteilgruppe Osterholz initiiert, wo sich bekanntlich das Klinikum-Ost befindet. Die zentrale Frage wird sein, wie wir die gesundheitliche Versorgungssicherheit für Bremen in Zukunft gewährleisten wollen. Das muss sich auch das Klinikum fragen, gerade weil dort ein Teil des Pflegepersonals ausgebildet wird.

Pflegekräfte in Bremen klagen über schlechte Arbeitsbedingungen und Stellenabbau in den Krankenhäusern. Was kann die Politik tun, um das zu ändern?

Dazu muss die Wertschätzung und Vergütung des Pflegepersonals gestärkt werden. Außerdem müssen wir bessere Arbeitsbedingungen schaffen, sodass die Pflegekräfte ihr gesamtes Berufsleben in dem Bereich verbringen können. Nur so können wir das Loch, das aus dem anstehenden Generationswechsel entstehen wird, füllen. Kurzfristig werden wir nämlich keine 15.000 Pflegekräfte aus dem Hut zaubern können. Eine gute Ausbildung braucht schließlich Zeit.

Im letzten Jahr hat es ein Volksbegehren von Klinikmitarbeitern gegeben, die eine im bremischen Krankenhausgesetz festgeschriebene Personalabmessung für alle Stationen und Bereiche fordern. Was halten Sie davon?

Die Forderung nach einer wissenschaftlichen Begutachtung des Bedarfs ist richtig. Leider wird nur davon ausgegangen, dass das Land Bremen die Personalvorgaben einfach so beschließen könnte.

Kann es das nicht?

Nein, die Gesetzgebungskompetenz liegt erst mal beim Bund, die er mit Jens Spahns Gesetz zur Verstärkung der Pflege wahrnimmt. Ich halte Spahns Gesetz für unzureichend, um den Pflegenotstand zu bekämpfen. Im Ziel bin ich mir mit dem Bündnis für mehr Pflegepersonal einig, aber nicht beim vorgeschlagenen Weg.

In der Stadt Bremen gibt es insgesamt zehn Krankenhäuser. Sind das möglicherweise zu viele?

Wir haben zwar eine hohe Dichte an Krankenhäusern, aber nicht alle sind Vollversorger. Wir wollen uns die Strukturen genauer ansehen, damit eine gute und wohnortnahe Gesundheitsversorgung für die Bürger*innen gewährleistet bleibt.

Foto: Grünen-Fraktion

Nima Pirooznia, 37, Wirtschaftswissenschaftler, Standortleiter einer Digitalagentur, ist gesundheitspolitischer Sprecher der Grünen Bürgerschaftsfraktion.

das haltet-den-müll-warm-wetter

Abfälle können am Boden der Restmüll- und Biotonnen festfrieren und dann bei der Leerung nicht rausflutschen, warnt die Stadtreinigung. Der Tonne einen Platz am Kamin geben muss man aber nicht, wenn's **bei 1 bis 4 Grad plus regnet**

nachrichten

Ein Fest für zwei Romane

Für den Roman „Unter der Drachenwand", der laut Jury differenziert und anschaulich das Kriegsjahr 1944 vergegenwärtigt, wird Arno Geiger heute mit dem Bremer Literaturpreis ausgezeichnet. Beim Festakt im Rathaus wird zudem Heinz Helles Buch „Die Überwindung der Schwerkraft" mit dem Förderpreis geehrt. Der ist mit 6.000, der Hauptpreis mit 25.000 Euro dotiert. *(epd/taz)*

leserInnenbriefe

Einfach mal wegbleiben!

„Das Eis wird dünner",
taz Bremen 23. 1. 19
Ist der Männerclub sexistisch? Ja. Verstößt er gegen geltendes Recht? Nein. Alle Politiker, insbesondere die -innen, die sich jetzt empören, sollten, um glaubwürdig zu bleiben, auch ihre Stimme erheben, wenn es um Clubs wie die katholische Kirche geht, die für ihre Führungsriege auch einen absoluten Penisvorbehalt hat.
Die Wichtigkeit dieser Clubs entsteht ja nur dadurch, dass man sie ihnen zubilligt. Wie wär's einfach mit ignorieren und nicht beachten? Etwas Hohn über die alten Herren darf auch dabei sein. *Carine Salazar, taz.de*

Der Herrenclub hat Einfluss

„Das Eis wird dünner",
taz Bremen vom 23. 1. 19
@Carine Salazar: Die Wichtigkeit dieser Clubs entsteht aus den Mitgliedern. Und die alten Herren stellen einen nicht zu unterschätzenden Wirtschaftsfaktor und somit einen Machtfaktor in Bremen da. Alleine die Firma Lampe & Schwartze KG, bei der der Präsident der Eiswette, Patrick Wendisch, Gesellschafter ist, macht 40 Mio EUR Jahresumsatz. *Sven Günther, taz.de*

Sexismus pur

„Das Eis wird dünner",
taz Bremen vom 23. 1. 19
Die Kommentare hier gehen an der Sache vorbei. Dabei steht der tatsächliche Affront doch klar im Artikel: Die Veranstalter haben die offizielle Repräsentantin des Landes Bremen, die Stellvertreterin des Ministerpräsidenten, die automatisch einspringen würde, wenn der auf Anfrage verhindert ist, nicht eingeladen. Warum? Weil sie eine Frau ist. Stattdessen wurde jemand eingeladen, der ohne repräsentative Funktion für das Land Bremen ist – nur weil er ein Mann ist. Das ist offene Missachtung des Amtes und klar nichts anderes als Sexismus. *Kawabunga, taz.de*

Es gibt Schlimmeres

„taz ist zu unbequem",
taz Bremen vom 22. 1. 19
Ich finde, das ist Jammern auf hohem Niveau. Sicher ist es nicht schön, wenn man von einer Veranstaltung ausgeschlossen wird, aber eine Gefahr für die Pressefreiheit ist wohl kaum zu erkennen. Eher ein Armutszeugnis der Partei, das sich die taz öffentlichkeitswirksam zunutze machen kann. Schlimmer finde ich die persönlichen Repressalien, die Menschen erleben dürfen, die mal der falschen Zeitung ein Interview gegeben haben.
Da wird bei öffentlichen Veranstaltungen der Zugang verwehrt, die Diskussionsbeiträge werden niedergebrüllt und mitunter auch mal arbeitsrechtliche Konsequenzen gefordert. Insofern ist das mit den Grundrechten und wem die zustehen schon eine kniffelige Angelegenheit. *Tabus Überall, taz.de*

taz bremen
Pieperstr. 7
28195 Bremen
briefe@taz-bremen.de
www.taz.de

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von Leserbriefen vor.
Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.